Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunismus und Klassenkampf – Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

19.04. Geschichte der Klassenkämpfe im Ruhrgebiet und im Rheinland

1. Revolutionen sind der Motor der Geschichte. · a) Die französische Revolution · b) Die 48er Revolution in Deutschland · c) Die Pariser Kommune · d) Die Oktoberrevolution · e) Die chinesische Revolution

2. Kolonisierung des amerikanischen Kontinents. Unterwerfung des Südens durch den Norden. Das US-Völkergefängnis. · a) Der Goldhunger treibt die untergehenden Feudalreiche um die Welt. Dahinter steckt die Handelsbourgeoisie. Spanien und Portugal erste Kolonialmächte in Amerika. · b) Der Norden wird unter Führung der Bourgeoisie kolonisiert. Holland, England aber auch Frankreich kolonisieren Nordamerika. Die Bauern und Kleinbürger tragen den Unabhängigkeitskampf gegen England. Entstehung der Yankee-Bourgeoisie. · c) Mit dem Vordringen des Kapitalismus wird die indianische Bevölkerung ausgerottet. Reservate der Indianer. Siedlungsgebiete der Afro-Amerikaner nach der Aufhebung der Sklaverei. · d) Unterwerfung Süd-Amerikas durch die USA. Endgültiger Vernichtungskrieg gegen die indianischen Bauern. Zerkleinerung Mexikos und Beschlagnahmung der mexikanischen Arbeitskraft. · e) Der Kampf der unterdrückten Völker Südamerikas, der nordamerikanischen Indianer und der Afro-Amerikaner für Unabhängigkeit und nationale Befreiung wird zu einer Reserve des Kampfes der Arbeiterklasse für die proletarische Revolution in den USA. Unterhöhlung der Fundamente der US-Supermacht. Risse im Gebälk.

3. Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß. · a) Die ersten Opfer der Zarenherrschaft und ihres Expansionismus waren die russischen Bauern. 16. und 17. Jahrhundert. Das Bauernland wird in Grundherrenland verwandelt und die Bauern werden durch Schollenbindung zu Leibeigenen, andere werden direkt zu Sklaven. Wüstung und Neusiedlungsbewegung. Neue Vorwände für die Ausdehnung der Zarenherrschaft. · b) Als obersten Grundherren und Händler drängt es den Zaren an die Ostseehäfen. Eroberungsbemühungen und schließlich Eroberung Livlands, Estlands und Finnlands. Später dann Litauens und großer Teile Polens. · c) Im Süden lockt das Schwarze Meer und der Zugang zum Mittelmeer. Der Panslavismus, ein zaristisches Instrument der Expansion auf dem Balkan. · d) Im Osten winken der Pazifik und die Reichtümer Chinas. Unterwerfung Zentralasiens und Vorstoß in den Fernen Osten. Die Niederlage gegen Japan leitet den Untergang des Zarismus ein. Revolution von 1905. · e) Die UdSSR führt den Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus und schafft den Rahmen für das Zusammenleben der befreiten Völker. Die Sozialimperialisten restaurieren das zaristische Völkergefängnis. Nur das herrschende Proletariat konnte das Bündnis der Völker der UdSSR und ihre Einheit sichern. Die Ängste der neuen Zaren vor dem „Neuerwachen des Nationalismus".

4. Das Christentum. Aus den religiösen Hoffnungen der „Mühseligen und Beladenen" der römischen Sklavenhaltergesellschaft wurden die irdischen Waffen der Ausbeuter und Unterdrücker. Das moderne Proletariat hat wirksame theoretische Waffen. · a) Die „Mühseligen und Beladenen" des römischen Reiches konnten ihre Hoffnungen nur ins Jenseits verlegen. Von dort sollte allerhand kommen und für dort versprach das Christentum allerhand. · b) Im Schmelztiegel der römischen Sklavenhalterherrschaft konnte das Christentum zur „Weltreligion" werden. · c) Die Sklavenhalter ergreifen das Christentum zwecks Verewigung der Sklaverei. Byzanz. Aber ihre Herrschaft war nicht zu halten. · d) Christliche Hierarchie und christliche Gleichmacherei. Die christlichen Feudalherren und die christlichen Bauern hatten nicht unter der gleichen religiösen Dunstglocke Platz. Katholizismus und Protestantismus. Vor allem aber diente der Protestantismus der aufkommenden Bourgeoisie. · e) Das moderne Proletariat braucht für seine Hoffnungen kein Jenseits. Seine Hoffnungen keimen im Diesseits. Marxistische Religionskritik.

5. Der Islam. Seine Entstehung im Kampf gegen die Sklavenhalterherrschaft des byzantinischen Reiches und seine Renaissance im Kampf gegen den Imperialismus. · a) Der Islam zog seine Kraft aus dem Kampf gegen Byzanz, die Hochburg der Sklavenhalter. Er einigte die arabischen Beduinen im Kampf gegen die Sklavenhalter. · b) Der Erfolg der arabischen Eroberungsfeldzüge zeigt die Überlegenheit der freien Beduinenheere über die Heere der Sklavenhalter. Mit den Eroberungen entwickelt sich Sklaverei und Feudalismus. Die demokratischen Elemente des Islam werden durch die aristokratischen überdeckt. · c) Die Osmanen werden die Führer des Islam. Eroberung Konstantinopels. Das osmanische Reich. · d) Das osmanische Reich kommt unter den Druck der kapitalistischen Staaten, die sich in Europa heranbilden. Es wird zerstückelt. · e) Die islamischen Völker werden durch den Imperialismus unterdrückt. Weil die islamischen Völker unterdrückt sind, wird der Islam zu einer Waffe der unterdrückten Völker. Die proletarische Kritik des Islam ist jedoch fällig.

6. Deutsche Geschichte: 6.01. Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens · a) Die „Kreuzzüge" – unter feudaler Verkleidung beginnt die kapitalistische Produktionsweise ihren Zug um den Erdball mit Schwert und Feuer. · b) Die „Wendenkreuzzüge" – die Handelsbourgeoisie Norddeutschlands sucht einen eigenen Weg zu den Reichtümern des Ostens. · c) „Nach Nowgorod! Nach Nowgorod!" – Die hansische Handelsbourgeoisie geht zum Sturmangriff über – Byzanz ist das Endziel der Kreuzfahrt. · d) Wenn nicht über die Düna, dann über die Weichsel! Die Pruzzen sind im Weg, die Pruzzen müssen weichen. · e) Zusammenrottung der hansischen Handelsbourgeoisie zum kriegerischen Städtebund – Blockade, Kriege und weitere Ostfeldzüge zur Hebung des Geschäfts. · f) Die deutsche Ostkolonisation – eine schwere Hypothek für die Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung.

6.02. Die deutschen Bauernkriege. Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion · a) Die ökonomische und politische Lage im Spätmittelalter. Rechtsverhältnisse der Bauern in den verschiedenen Landstrichen. Beschwerden, Artikel, Verträge, Chroniken, Reden zum Bauernkrieg · b) Der Befreiungskampf der Dithmarscher Bauern von 1507. · c) Die Forderungen und Kämpfe der Bauern in Süddeutschland 1525. · d) Das Bündnis von Stadt und Land und der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Bauern. Luther und Münzer. · e) Die Ergebnisse des Bauernkrieges und die weitere Fortsetzung der Kämpfe. Die Kämpfe der Salpeter. Die bürgerlichen Schulbücher wollen die Kämpfe der Bauern im Nachhinein nochmal unterdrücken.

6.03. Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Feudalismus verfault und siecht weiter. In Deutschland fehlt der Bourgeoisie der Hebel des Königtums. · a) Das deutsche Kaisertum – ein Instrument der politischen, sozialen und kirchlichen Reaktion. · b) Die inneren Widersprüche des Reiches. Die Bourgeoisie sucht nach politischen Hebeln der Entwicklung des Kapitalismus. · c) Mit Schweden und Frankreich greifen zwei moderne Staaten in den Krieg ein. · d) Habsburg wird geschlagen und nach Osten gedrängt. · e) Der preußische Kolonialistenstaat gewinnt an Einfluß. Die Entwicklung bleibt zersplittert. Die Kräfte des Volkes liegen nieder. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist gehemmt und die Revolution auch.

6.04. Die Unterdrückertätigkeit Friedrichs des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation. Feudalismus und Bourgeoisie beginnen sich zu verschwägern. · a) Der preußisch-österreichische Gegensatz. Zwei Kolonialistencliquen prügeln sich um Deutschland. · b) „Friedrich der Große" – ein halber Agent des Zaren. Aber auch für England tätig. · c) Die Bourgeoisie entwickelt sich, wenn überhaupt, unter Staatsaufsicht. Heereslieferanten für die Kolonialistencliquen. Die Bauern werden immer ärmer. · d) Schaffung einer großen zwangsgehobenen, zusammengeraubten Armee. Ihre Überlegenheit dauerte nicht lang. · e) Zentralisierung des Staatsapparates. Entstehung einer eng mit dem Junkertum verbundenen Bürokratenschicht. Preußischer Amtsadel.

6.05. Die französische Revolution rüttelt die deutsche Nation wach. In den Kriegen gegen die napoleonische Besatzung wird sie ideologisch und politisch erneut in Ketten gelegt. · a) Mit der Revolution setzt sich die französische Nation an die Spitze des europäischen Fortschritts. Das sehen viele Deutsche so und betrachten die Revolution als ihre eigene Sache. · b) Deutsche Jakobiner und deutsche Jakobinerrepubliken. Das Bündnis mit der Revolution fortschrittlich und national. · c) Die napoleonischen Truppen, Produkt der französischen Revolution, zerschlagen die preußischen Truppen auf einen Schlag. · d) Die preußischen Reformen. Preußischer Weg der Agrarreform – Weg der feudalen Reaktion. · e) Am Sieg der „Befreiungskriege" hat das deutsche Volk lange zu tragen. Oberherrschaft des Zaren und Festigung der Kolonialistencliquen Preußens und Habsburgs.

6.06. 1848. Bürgerliche Revolution und bürgerliche Reaktion. Statt mit den Bauern gegen den Feudalismus geht die deutsche Bourgeoisie mit den Feudalen gegen die Bauernmassen und das Proletariat. · a) Die ökonomische und soziale Entwicklung vor 1848. Die Bourgeoisie will den Einheitsstaat, egal wie. Bauern und Proletariat wollen Demokratie. Die Vorhut des Proletariats faßt den Übergang zur proletarischen Revolution ins Auge. · b) Wie in Paris sind auch in Berlin die Arbeiter und Handwerker die treibenden Kräfte des Aufruhrs. · c) Die Kämpfe in Westfalen und im Rheingebiet. · d) Die Frankfurter Nationalversammlung. Trotz des Drucks der Volksmassen zu keiner revolutionären Tat fähig. · e) Pfälzisch-badischer Feldzug. Ein Nachhutgefecht. Alles in allem haben Preußen und die Junker gewonnen. Die Bourgeoisie braucht man nicht mehr unter die revolutionären Klassen zu rechnen. Die Arbeiterklasse muß die Bauern führen.

6.07. Der deutsch-französische Krieg und die Reichsgründung. · a) Der Charakter des Krieges und die revolutionäre Politik und Taktik der Sozialdemokratie. · b) Reichsgründung auf den Trümmern der Kommune und unter Vorherrschaft der preußischen Kolonialistenclique. · c) Schaffung eines inneren Marktes. Treibhausmäßige Entwicklung des Kapitalismus. · d) Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Sozialistengesetze und Kampf dagegen. · e) Kolonialpolitik auch in Übersee.

6.08. Die Epoche des Imperialismus. Ungleichmäßige Entwicklung der imperialistischen Hauptmächte. Der deutsche Imperialismus greift nach der Weltherrschaft. Unvermeidlichkeit des Krieges. · a) Der deutsche Imperialismus arbeitet auf eine Neuaufteilung der Welt hin. Flottenpolitik. · b) Im Innern des Reiches seitens der Bourgeoisie Reaktion auf der ganzen Linie. Die Arbeiterbewegung führt erste Massenstreiks. Kämpfe gegen das preußische Wahlrecht. · c) In der SPD macht sich Reformismus und Revisionismus breit. Keine revolutionäre Linie zur Kolonialpolitik. · d) Die imperialistischen Allianzen bei Ausbruch des I. Weltkrieges. Hauptsächlich umstrittene Einflußsphären. Balkan, Türkei und die britischen Kolonialmärkte. · e) Der Verrat der deutschen Sozialdemokratie und der unvollständige Bruch der Linken mit Reformismus und Revisionismus. Kritik Lenins an der deutschen Sozialdemokratie und an der Inkonsequenz der Linken.

6.09. Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft. · a) Die Ergebnisse der Novemberrevolution sind äußerst dürftig. Aber mit Gründung der KPD entfaltet sich die revolutionäre Arbeiterbewegung und führt einige große Kämpfe. · b) Die Finanzbourgeoisie kann sich mit Existenz und Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung nicht abfinden. Ihre Pläne sind ganz anders: kapitalistische Rationalisierung und Expansion. · c) Mit dem Faschismus sammelt die Finanzbourgeoisie Hilfstruppen gegen die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung bleibt durch Reformismus und SPD gespalten und entscheidend geschwächt. · d) Der Faschismus am Ruder ist die zügellose Herrschaft der Finanzbourgeoisie, Zwangsmobilisierung der Arbeitskraft für den Weltmarkt und den Weltkrieg. KZs – eine Ausgeburt des totalen Kriegs um die Weltherrschaft. · e) Die Widersprüche unter den Imperialisten und die gemeinsame Feindschaft der Im-

a) Die Arbeiterbewegung organisiert sich und führt erste Massenstreiks. Die Streiks der Bergarbeiter 1889,1905 und 1912

Aus einer ökonomischen Studie von Curt Goldschmidt aus dem Jahre 1912 über den Monopolisierungsprozeß im Kohlenbergbau des Ruhrgebiets

9 Konzerne beherrschen 66,9% der Kohlenproduktion des Reviers und 48% der Produktion des Stahlwerksverbandes. Sie sind bestimmend für die Politik des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, bilden kompakte Majorität im Stahlwerksverband und expropriieren durch ihre Taktik die reinen Werke; sie bemächtigen sich der Rheinschiffahrt und monopolisieren den Kohlenhandel, ihr Wille bestimmt die wirtschaftlich und soziale Lage von Hunderttausenden.

So umfaßt nach einer Notiz der „Rhein.-Westfälischen Zeitung" der Stinnes-konzern folgende Betriebe: A. Kohlenzechen: 1. Dannenbaum, Bochum, 2. Friederika, Bochum, 3. Prinz Regent, Bochum, 4. Friedlicher Nachbar, Linden, 5. Baaker Mulde, Linden, 6. Hasenwinkel, Dahlhausen, 7. Bruchstraße, Langendreer, 8. Wiendahlsbank, Kruckel bei Annen, 9. Luise und Erbstollen, Kruckel bei Annen, 10. Adolf von Hansemann, 11. Glückauf Tiefbau, 12. Karl Friedrich Erbstollen, 13. Gewerkschaft Kaiser Friedrich, 14. Gewerkschaft Tremonia, 15. Saar-Mosel-Berkwerksgesellschaft, 16. Carolus Magnus, 17. Friedrich Ernestine, 18. Graf Blust, 19. Matthias Stinnes;

B. Eisenbetriebe: 1. Hüttenwerk Differingen (Hochöfen, Stahl- und Walzwerk), 2. Hüttenwerk Union, Dortmund Hochöfen, Stahl- und Walzwerk), 3. Hüttenwerk Horst (Hochöfen, Walzwerk, Nebenbetriebe), 4. Hüttenwerk Mülheim (Hochöfen, Gießerei), 5. Hüttenwerk St. Ingbert (Stahl- und Walzwerke) 6. Hüttenwerk Rünelingen (Hochöfen), 7. Hüttenwerk Oettingen (Hochöfen),

Zahlreiche Eisenerzgruben in Lothringen, Luxemburg, Frankreich, Nassau, Siegerland, Ruhr, Weser, Harz, die namentlich aufzuführen der Raum verbietet; D. Kohlenhandelsgesellschaften, die Deutsch-Luxemburg mit Stinnes gemeinsam erworben hat, bzw. auf die beide Einfluß gewonnen haben: 1. Vereinigte Berliner Kohlenhändler Ag.-G., 2. Kupfer & Co., Berlin, 3. M. Rast & Sohn, G. m. b. H. München, 4. Friderich Steiger, Augsburg, 5. Koch & Hibg, Barmen, 6. Hugo Oppenhorst, Elberfeld;

E. Hugo Stinnes Handels- und Reederei-Gesellschaften: a) in Deutschland: 1. Mülheim-Ruhr, 2. Duisburg. 3. Köln (Eisengroßhandlung), 4. Wiesbaden, 5. Mannheim, 6. Rheinau, 7. Straßburg, 8. Saarbrücken, 9. Stuttgart, 10. Hamburg, 11. Harburg, 12. Berlin; b) England: 13. Newcastle on Tyne, 14. Glasgow, 15. Hull, 16. Cardiff, 17. Swansea; c) Italien: 18. Mailand, 19. Genua, 20 Triest; d) Frankreich: 21. Paris, 22 Rouen; e) Belgien; Schweiz: 23. Brüssel, 24. Zürich;

Außer diesen eigentlichen Produktionsbetrieben sind noch mit den Unternehmen eine erhebliche Anzahl von Transportbetrieben verbunden; 5-6 Seedampfer dienen dem Kohlentransport von England nach Deutschland und gelegentlich nach Italien, und eine größere Anzahl von Schleppdampfern und Schleppkähnen vermitteln dem Binnengüterverkehr auf Elbe und Rhein. Nimmt man endlich noch die vielen Interessengemeinschaften und Finanzbeteiligungen bei anderen großen industriellen Unternehmungen hinzu, so sieht man, wie weit die Stinnes-Werke ihre Fühler ausgestreckt haben.

(Curt Goldschmidt, Über die Konzentration im deutschen Kohlenbergbau)

Aus der Rede des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Bernhard Graf v. Bülow, am 11. Dezember 1899 im Reichstag über die Weltmachtpolitik des deutschen Imperialismus

Stehen wir wieder vor einer neuen Teilung der Erde, wie sie vor gerade hundert Jahren dem Dichter vorschwebte? Ich glaube das nicht, ich möchte es namentlich noch nicht glauben. Aber jedenfalls können wir es nicht dulden, daß irgendeine fremde Macht, daß irgendein fremder Jupiter zu uns sagt: Was tun? die Welt ist weggegeben. Wir wollen keiner fremden Macht zu nahe treten, wir wollen uns aber auch von keiner fremden Macht auf die Füße treten lassen, und wir sollen uns von keiner fremden Macht beiseite schieben lassen, weder in politischer noch in wirtschaftlicher Beziehung. Es ist Zeit, es ist hohe Zeit, daß wir gegenüber der seit zwei Jahren wesentlich veränderten Weltlage im Hinblick auf die inzwischen erheblich modifizierten Zukunftsaussichten uns klar werden über die Haltung, die wir einzunehmen haben gegenüber und welche die Keime in sich tragen für die künftige Gestaltung der Machtverhältnisse für vielleicht unabsehbare Zeit. Untätig beiseite stehen, wie wir das früher oft getan haben, entweder aus angeborener Bescheidenheit, oder weil wir ganz absorbiert waren durch unsere inneren Zwistigkeiten, oder aus Doktrinarismus – träumend beiseite stehen, während andere Leute sich den Kuchen teilen, das könne wir nicht und wollen wir nicht. Wir können das nicht aus einfachem Grunde, weil wir jetzt Interessen haben in allen Weltteilen.

(Fürst Bülows Reden, in Auswahl hg. v. Wilhelm v. Massow, Bd. 1, Leipzig o.J., S. 99 f)

Wie die rheinisch-westfälischen Monopolisten durch ihre Agenten die polnischen Arbeiter ins Ruhrgebiet lockten

Es ist unglaublich, mit welchen Mitteln gerade diese Agenten im Osten gearbeitet haben. Wie geschickt sie ans Werk gingen, zeigt folgender seinerzeit in Ostpreußen verbreiteter Aufruf:

„Masuren! In rheinländischer Gegend, umgeben von Feldern, Wiesen und Wäldern, den Vorbedingungen guter Luft, liegt, ganz wie ein masurisches Dorf, abseits vom großen Getriebe des westfälischen Industriebezirkes, eine reizende, ganz neu erbaute Kolonie der Zeche ‚Viktor' bei Rauxel. Diese Kolonie besteht vorläufig aus über 40 Häusern und wird später auf etwa 65 Häuser erweitert werden. In jedem Haus sind nur vier Wohnungen, zwei oben, zwei unten. In jede Wohnung gehören etwa drei bis vier Zimmer. Die Decken sind drei Meter hoch, die Länge bzw. Breite des Fußbodens beträgt über drei Meter. Jedes Zimmer, sowohl oben als auch unten, ist also schön groß, luftig, wie man sie in den Städten des Industriebezirks kaum findet.

Zu jeder Wohnung gehört ein sehr guter und trockener Keller. so daß sich die eingelagerten Früchte, Kartoffeln usw., dort sehr gut halten werden.

Ferner gehört dazu ein geräumiger Stall, wo sich jeder sein Schwein, seine Ziege oder seine Hühner halten kann. So braucht der Arbeiter nicht jedes Pfund Fleisch oder seinen Liter Milch zu kaufen. Endlich gehört zu jeder Wohnung auch ein Garten von etwa 23 bis 24 Quadraturen. So kann sich jeder sein Gemüse, seinen Kumpst und seine Kartoffeln, die er für den Sommer braucht, selbst ziehen. Wer noch mehr Land braucht, kann es in der Nähe von Bauern billig pachten. Außerdem liefert die Zeche für den Winter Kartoffeln zu billigen Preisen. Dabei beträgt die Miete für ein Zimmer (mit Stall und Garten) nur 4 MK monatlich, für die westfälischen Verhältnisse jedenfalls ein billiger Preis. Außerdem vergütet die Zeche für jeden Kostgänger monatlich 1 MK. Da in einem Zimmer vier Kostgänger gehalten werden können, wird die Miete also jeden Monat um 4 MK. geringer, ganz abgesehen davon, was die Familie an den Kostgängern selbst verdient.

In der Kolonie wird sich in nächster Zeit auch ein Konsum befinden, wo allerlei Kaufmannswaren wie Salz, Kaffee, Heringe usw. zu einem sehr biligen Preise von der Zeche geliefert werden, auch wird dort ein Fleischkonsum eingerichtet werden....

Den Ankommenden wird in der ersten Zeit ein Barvorschuß, je nach Bedarf bis zu 50 MK. gegeben....

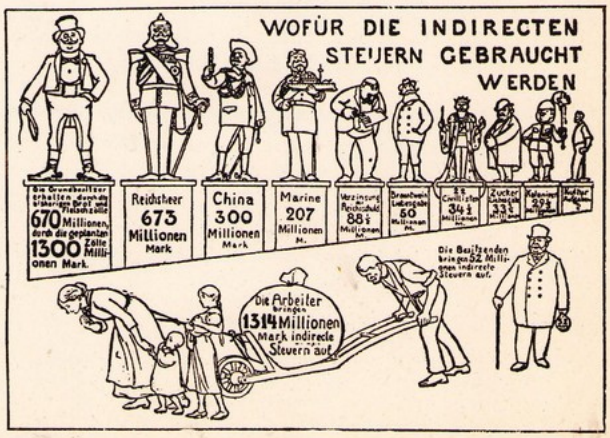
Man sieht also, daß jeder Arbeiter gut auskommen kann. Wer sparsam ist, kann noch Geld auf die Sparkasse bringen. Es haben sich in Westfalen viele Ostpreußen mehrere tausend Mark gespart. Das Geld ist dann wieder in die Heimat gekommen, und so hat die Heimat auch etwas davon gehabt. Überhaupt zahlt die Zeche wohl die höchsten Löhne. Feierschichten kommen dort nicht vor, vielmehr Überschichten, so daß die Arbeiter immer Verdienst haben werden. Entlassungen masurischer Arbeiter werden, außer dem Falle grober Selbsverschuldung, nicht vorkommen.

Masuren es kommt der Zeche vor allem darauf an, ordentliche Familien in diese ganz neue Kolonie hineinzukommen. Ja, wenn es möglich ist, soll diese Kolonie nur mit masurischen Familien besetzt werden....

Jede Familie erhält vollständig freien Umzug, ebenso jeder Ledige freie Fahrt. Sobald eine genügende Anzahl vorhanden ist, wird ein Beamter der Zeche sie abholen....

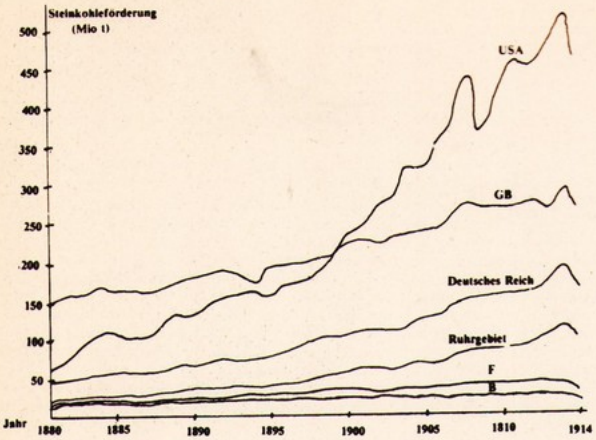
Wer sich die Angelegenheit reiflich überlegt hat, sage dies seinem Wirt, bei dem das Plakat aushängt. Dieser schreibt dann an Herrn Wilhelm Royek in Harpen bei Bochum. Es werden dann in kurzer Zeit zwei Herren erscheinen, die das Nähere bekanntgeben werden. Jeder besorge sich gleich seine Papiere, Arbeitsbuch und Geburtsschein (Militärbuch genügt nicht). Diese Papiere werden von den beiden Herren gleich mitgenommen. Später kommt dann ein Beamter der Zeche, um sich die Meldungen abzuholen, da die Wohnungen erst Ende September bezogen werden können."

(St. Wachowiak, Die Polen in Rheinland-Westfalen, Leipzig 1916)



Wahlflugblatt der Sozialdemokratie. 1903

Steinkohleförderung des Ruhrgebietes, des Deutschen Reiches und seiner imperialistischen Konkurrenten 1880 – 1914



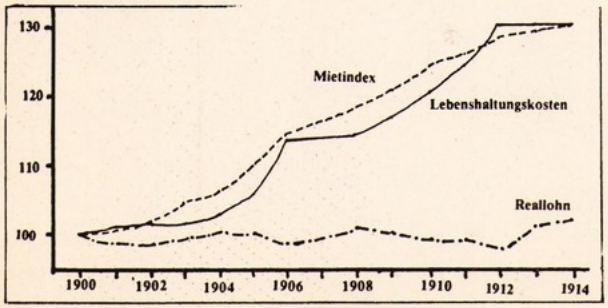
Die Kolonien des deutschen Imperialismus (1904)

	Flächeninhalt (1000 km²)	Bevölkerung (in 1000)
Ostafrika	995	6 703
Kamerun	495	3 500
Togo	87,2	1 500
Südwest-Afrika	831	200
Neu-Guinea	240	380
Karolinen und Marianen	2,076	36
Marshall-Inseln	0,405	15
Samoa	2,588	33
Kiautschou	0,501	32

Die Konzentration von Arbeitskraft und Produktion im Ruhrbergbau 1880 -1900

Jahrfünft	Zahl der Werke	Zahl der Arbeiter	Arbeiter pro Werk	Produktion pro Werk (1000 t)
1880 - 84	188	88312	470	129,3
1885 - 89	173	102415	592	171,3
1890 - 94	168	140055	834	218,1
1895 - 99	161	176578	1097	288,7
1900	169	225907	1337	346,6

Lebenshaltungskosten und Bruttoreallöhne in Industrie und Landwirtschaft für das Deutsche Reich



Herr Natrop über die Verhältnisse im Bergbau im Geschäftsbericht:

„In dem Berichte, welchen ich in der letzten Generalversammlung Ihres Vereins vor einem Jahre zu erstatten die Ehre hatte, konnte ich darauf hinweisen, daß in der Lage des westfälischen Steinkohlenbergbaus nach langem Stillstande insofern eine wesentliche Änderung eingetreten ist, als die Nachfrage und der Absatz der Bergwerksprodukte eine erhebliche Steigerung erfahren haben ... Heute dürfen wir sagen, daß die Lage des westfälischen Kohlenmarktes seit langen Jahren zum ersten Male eine recht befriedigende, ja nach allen Seiten eine recht erfreuliche ist. Die Nachfrage war das ganze Jahr hindurch und selbst in den Monaten, in welchen sie der Natur nach gewöhnlich nachzulassen pflegt, eine ungewöhnlich rege und ihr zu Zeiten kaum zu entsprechen; der Transport auf den Eisenbahnen und auf dem fast das ganze Jahr zu benutzenden Rhein nahm einen kaum zu erwartenden Umfang an, und dieses Mal gingen auch die Preise für sämtliche Kohlensorten Hand in Hand ... Die westfälische Steinkohlenindustrie darf endlich einmal wieder mit Vertrauen in die Zukunft blicken. Auch die Aufbesserung der Preise ist im Laufe dieses Jahres mehr und mehr den Zechen zugute gekommen, je mehr die früheren, unter ungünstigen Bedingungen abgeschlossenen Verträge zu Ende gingen.

(H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiter-Organisationen im Deutschen Bergbau)

Anschlag der Bergbaukapitalisten der Zeche Shamrock:

„Morgen, Samstag, wird eine 5/4-Schicht gemacht, und arbeitet demnach die Frühschicht bis nachmittags 3 Uhr; die Nachmittagsschicht bis nachts 2 Uhr. Es gibt so verschiedene Arbeiter, die des Abends 8 Uhr schon auskneifen, trotzdem ihre Schicht bis 10 Uhr dauert. Außerdem findet sich noch eine Sorte, die die Überschichten aus den Weg geht, weil sie bange sind, zu viel zu verdienen und würde ihnen dann das Geld zu viele Kopfschmerzen bereiten. Diese beiden Kategorien von Arbeitern gehören zum Arbeiterausschuß und täten besser, wenn sie den Namen Bergmann an den Nagel hingen und würden Ziegelbäcker. Ich habe aber noch einen anderen Ausdruck resp. Bezeichnung, die ich aber hier nicht ausführen will für die beiden Kategorien von Arbeitern, sonst würden dieselben zu viele Überschichten machen und noch länger als bis 10 Uhr abends in der Grube bleiben. Ich hoffe, daß die Betroffenen den Inhalt dieses verstehen, sonst werde ich mal für solche Fremdwörter gebrauchen.

Zeche Shamrock, den 14. März 1889 Bochum."

(H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiter-Organisationen im Deutschen Bergbau)

Telegramm des Vorstehers des Amts Bottrop an das Landratsamt Recklinghausen vom 4.5.1889

Streik auf Zeche Prosper II bereits vollständig ausgebrochen. Ca. 500 Arbeiter (Mittagsschicht), meistens Polen, Arbeit niedergelegt. Dieselben hindern die übrige Belegschaft, ca. 1200 Mann, die Arbeit fortzusetzen.

Polizeilicher Schutz dringend nötig und bitte auf Ersuchen der Grubenverwaltung um sofortige Entsendung von möglichst vielen Gendarmen, mindestens 10, wenn möglich, schon Morgen, spätestens zu Montag früh 4 Uhr Zechenplatz.

(Köllmann, S. 42)

Forderungen der Bergarbeiter:

1) Aufbesserung der Löhne durch einen 15-prozentigen Zusatz für alle Bergarbeiter.
2) Abschaffung der Überproduktion durch zu lange Arbeitszeit:
   a) der Überarbeit von ¼ bis ½ oder 1/1 Schichten und somit
   b) Einführung der zuerst üblich gewesen achtstündigen Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt.

Des weiteren glauben wir darauf hinweisen zu dürfen, daß in sanitärer und anderer Hinsicht die Bergleute ein Interesse haben:
an guter und gesunder Wetterführung, an Errichtung eines möglichst vor Wind und Wetter geschützten Ganges von der Kaue bis zum Schacht; an der Lieferung des Holzes bis in die Grube usw. Hiermit erlauben wir uns die Wünsche resp. Bestrebungen der Bergleute einem wohllöblichen Gruppenvorstande vorzutragen. Deren friedliche Lösung erwartend, zeichnet im Namen der Bergleute das am 10. März in der Bergmannsversammlung gewählte Komitee."

(H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisation im deutschen Bergbau)

Zeitungsbericht über den Streikausbruch 1889

Wanne, 5. Mai 1889

Letzte Nachrichten

Der im Gelsenkirchener Kreise begonne und bereits zu bedauerlichen Exzessen geführte *Streik der Bergleute* – gestern wurde dort selbst ein *Polizist* thätlich angegriffen und in einem Gasthofe die Fensterscheiben entzwei geschlagen – hat auch die hiesige Gegend erfaßt, indem seit gestern morgen auf den größten umliegenden Zechen „Königsgrube" und „Pluto" kein Bergmann mehr anfährt. Die ca. 1200 Mann starke Belegschaft der ersteren Zeche versammelte sich gestern nachmittag in einer in der Nähe gelegenen Heide und wählte dort 7 Vertreter,

welche der Direktion ihre Forderungen übermittelten; die Verhandlungen bliebe jedoch erfolglos, worauf sich die von Gendarmen und Polizisten beobachtete Menge ruhig trennte. – Überhaupt sind in Folge der mehr christlichen Gesinnung der Arbeiter der hiesigen Gegend und des dadurch verminderten Einflusses der Sozialdemokratie so leicht keine Ausschreitungen zu befürchten.

(Tremonia, Jg. 14, Nr. 103)

Telegramm des Kaisers Wilhelm II. an den Oberpräsidenten von Hagemeister

Kiel, 6. Mai 1889

Nach Meldung des Generals von Albedyll ist in Gelsenkirchen größerer Arbeiteraufstand ausgebrochen. Ich erwarte sofort telegrafischen Bericht über Ursache und Ausdehnung des Aufstandes. General von Albedyll hat Befehl erhalten, Ruhe und Ordnung unter allen Umständen herzustellen. Sie haben in gleichem Sinne zu wirken.

(Köllmann, S. 47)

Aufruf des Central-Streik-Komitees vom 21. Mai 1889

Kameraden!

Die Beamten der meisten umliegenden Zechen von Dortmund erklärten heute bei Wiederaufnahme der Arbeit den Bergleuten, daß nur unter den alten Bedingungen wieder angefahren werden könne. Die Deputierten der Zeche „Wiendahlsbank" wurden mit dem Bemerken entlassen, „sie erhielten auf der Zeche keine Arbeit mehr."

Aus diesen Gründen haben die Arbeiter des Dortmunder Reviers die Arbeit *nicht aufgenommen* und werden nicht eher anfahren, bis das Berliner Protokoll in vollem Umfang bewilligt ist, und zwar mit dem Zusatze, *daß jetzt mindestens 15 Prozent Lohnerhöhung,* (für verschiedene Distrikte den lokalen Verhältnissen entsprechend mehr), gewährt werden müsse.

(Köllmann, S. 129)

Flugblatt des Verbandes deutscher Bergarbeiter „Hilferuf an die Zentralvorstände der Gewerkschaften Deuschlands"

Die Bergarbeiter sind ganz unerwartet in den allgemeinen Ausstand getreten. Zur Zeit haben sich 190000 dem Streik angeschlossen, die sich auf 140 Zechen verteilen, täglich schließen sich noch mehr an.

Der Vorstand unseres Verbandes hat den allgemeinen Streik nicht gutgeheißen, sondern wollte den Streik auf der Zeche „Bruchstraße" in Langendreer lokalisieren. Diese Zeche gehört fast ausschließlich dem rücksichtslosen Zechenstilleger Stinnes aus Mülheim (Ruhr). Derselbe hatte kontraktwidrig im Dezember v.J. die Schichtzeit der Arbeiter verlängern lassen, indem er anschlagen ließ, die Seilfahrt wird so und so geändert. Das bedeutet eine Schichtverlängerung von einer halben Stunde für jedes „Drittel". Dagegen wehrte sich die Belegschaft und streikte zwei Tage. Sie wählte eine Kommission, welche schließlich vom Oberbergamt recht bekam und die Zurückziehung der kontraktwidrigen Seilfahrtveränderung erzielte.

Aber nun ging der Millionär Stinnes auf andere Weise vor, um sein Ziel, die gesannte Schichtverlängerung, zu erreichen. Gerade als Weihnachtsgeschenk (oh, diese Musterchristen) kam am 23. Dezember der neue Anschlag, daß vom 1. Februar ab die Seilfahrt und damit auch die Schichtzeit verlängert und die Arbeitsordnung geändert werden solle. Wer nicht damit einverstanden sei, sollte das bis zum 28. Dezember mündlich oder schriftlich bei der Betriebsleitung vorbringen. Das geschah. Fast vollzählig unterzeichneten sich die volljährigen Belegschaftsmitglieder gegen diesen Ukas. Aber bei Herrn Stinnes zog das nicht. Der Anschlag blieb bestehen. die Kommission wird durch Hinziehen und Wiederbestellen geradezu verhöhnt, dazu wurden den Arbeitern noch die Deputatkohlen verweigert. Das ließ sich die Belegschaft nicht gefallen und beschloß, im Einverständnis mit der Verbandsleitung, am 6. Januar den Streik. Gleichzeitig wurde aber auch beschlossen, das Berggewerbegericht als Einigungsamt anzurufen.

Die Belegschaften der Nachbarzechen und des ganzen Ruhrreviers wurden in der am 7. Januar beschlossenen Resolution dringend gebeten, sich nicht dem Streik anzuschließen. Montag, den 9. Januar, aber traten die Belegschaften der Zechen „Kaiserstuhl" und „Scharnhorst" bei Dortmund trotzdem in den Streik. Die Erregung war durch das seit Jahren den Arbeitern zugefügte Unrecht groß. Jammerlöhne, Wagennullen, schlechte Behandlung, selbst der Wurmkranken, Rechtlosigkeit, Nichtbeachtung aller Beschwerden, Maßregelung und tausend andere mißliche Ursachen haben so viel Zündstoff angehäuft, daß der Funke auf Zeche „Bruchstraße" auch eine ganze Masse anderer Zechen in helle Flammen versetzte.

Alles Zureden des Verbandsvorstandes prallte ab, der Wutausbruch der schwer gedrückten und beleidigten Massen war nicht mehr zu halten. Die Verbandsleitung konnte nun unmöglich die erregten Kameraden, die zwar die Organisationsgrundsätze verletzten, im Stich lassen, und zur Freude des rachsüchtigen Kapitals sie ohne Führung ins Verderben rennen lassen. Wir mußten hilfreich zur Seite springen.

Da alle vier Bergarbeiterorganisationen in Frage kommen – Verband christlicher Gewerkverein, Polnische Vereinigung und Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein – so sahen sich die Verbände derselben auch veranlaßt, gemeinsame Sache zu machen. Mit einem Male sind die sich bisher bekämpfenden vier Organisationen zusammengekommen und führen den Kampf gemeinsam. Am 12. und 13. Januar stellten sie einstimmig die bereits bekannten Forderungen an den Verein für bergbauliche Interessen auf. Dieser lehnte die Forderungen ab. Inzwischen war schon das Heer der Streikenden auf fast 100000 angewachsen, die sich auf etwa 110 Zechen verteilten.

Das war nun die Veranlassung zum *allgemeinen Ausstand (...)*
Die Kämpfer sind aber allein nicht der Sache gewachsen. Die Zahl der Bergarbeiter des Ruhrreviers beträgt etwa 260000, davon sind 112000 organisiert, davon 64000 im Verband, 48000 in den drei bereits genannten Organisationen. Die Kasse der Organisationen reicht nicht aus, um die Streikenden genügend unterstützen zu können (...).

Der Kampf kann kein langer sein, die Entscheidung der Beilegung wird nicht lage auf sich warten lassen. Denn viele Hütten und Fabriken mußten schon die vergangene Woche, wo der Streik kaum begonnen hatte, ihren Betrieb einschränken und sogar Hochöfen ausblasen, weil der Kohlenmangel sie dazu veranlaßte. Welche Folgen soll der Streik nun erst haben, da er fast allgemein geworden ist, es sind zur Zeit 190000 Mann im Ausstand. Eine lange Dauer ist wohl ausgeschlossen. Um aber wenigstens die schlimmste Not von den Streikenden fernhalten zu können, bitten wir, uns angesichts der großen Zahl der Streikenden genügend unterstützen zu wollen. Unser Bergarbeiterverband hat alle streikenden Kämpfer anderer Berufe, wenn ein Ruf an uns erschallte, in den letzten Jahren ziemlich reichlich unterstützt, hoffentlich können auch wir auf entsprechende Hilfe angesichts der ernsten Lage rechnen.

Wir sind zu schwach, den Riesenkampf zu führen. Arbeiter, helft deshalb, zeigt Solidarität! Helft schnell, denn schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe.
Unser Sieg ist der Sieg aller!
Mit Glück auf!
Der Vorstand des Verbandes deutscher Bergarbeiter H. Sachse, Vorsitzender

(Fricke, 1955, S. 176-169)

Ein Strafzettel,

wie solche zu Lohntagen ausgehängt werden, ist der Redaktion abschriftlich zugestellt worden vom Februar d. J.

Darnach wird bestraft in Summa:

1 Mann, weil er gegen „Einrichtungen" geschimpft ℳ –,50

2 Mann, weil sie die Strecke, wo sie gebaut, nicht gesäubert haben „ 1,—

2 Mann, weil sich dieselben gehauen haben „ 3,—

2 Mann, wegen Schädigung des Werkseigenthums „ 2,—

1 Mann, weil er auf der Fahrt großen Lärm gemacht hat, „ —,75

62 Mann, weil sie unentschuldigt gefehlt haben „ 41,50

(Davon 21 Mann mit je 1 ℳ und 41 Mann mit je 50 ₰. Das Fehlen soll zur Sonntags-Nachtschicht geschehen sein).

4 Mann, weil sie die Berge nicht gereinigt haben ℳ 2,—

2 Mann, wegen F. (?) „ 1,—

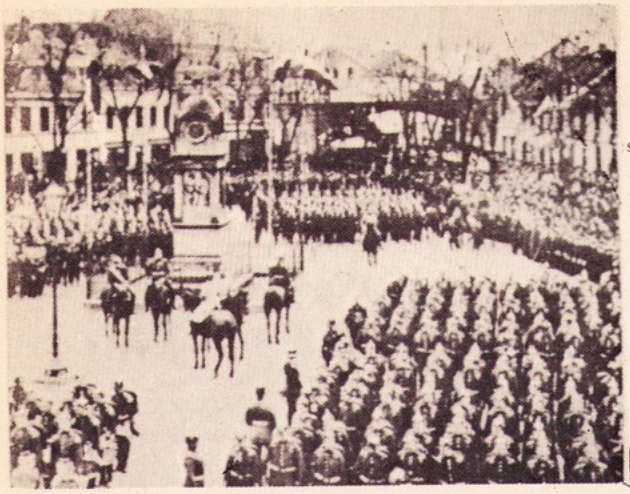
1 Mann, weil er nicht beim Verlesen war „ —,50

8 Mann, weil sie Berge unter den Kohlen gefördert haben „ 6,—

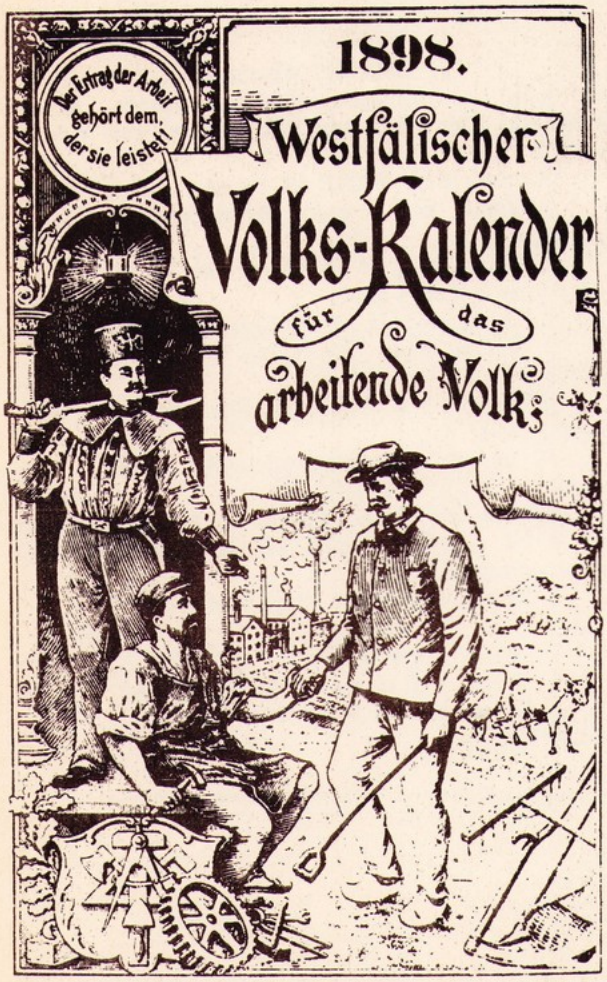
Entwicklung des Vermögens und Einkommens in Preußen (in Mill. Mark)

	1897		1899		1902		1905	
	a	b	a	b	a	b	a	b
Krupp	129	9	148	13	187	21	214	12
Fürst Henckel v. Donnersmarck	65	4	85		96	6	120	8
Herzog v. Ujest	60	3	54	3	59	5	100	7
Fürst Pleß	84	2,8	85	2,8	92	3—4	91	2,5
Graf Schaffgotsch	29	0,7	48	2—3	39	4—5	64	5—6
August Thyssen	18	—	—	—	—	—	34	1,35

a = Vermögen b = jährliches Einkommen



Einzug des Infanterieregiments 159 in die neue Garnison in Mülheim/Ruhr am 30. März 1889



Titelseite des Westfälischen Volkskalenders für das arbeitende Volk

Schreiben der Vertreter der Ruhrbergarbeiter (Siebenkommission) vom 13. Januar 1905 mit ihren Forderungen an den Verein für Bergbauliche Interessen

Die Forderungen an den Verein für Bergbauliche Interessen sind folgende:

1. Achtstündige Schichtzeit, einschließlich Ein- und Ausfahrt, und zwar fürs laufende Jahr wie bisher, jedoch nicht über 9 Stunden, von 1906 ab 8½ und von 1907 ab 8 Stunden.
Sechsstündige Schicht (inklusive Ein- und Ausfahrt) vor nassen Orten und heissen mit über 28° Celsius.

2. Sonntags- und Überschichten sind nur zur Rettung von Menschenleben, bei außerordentlichen Betriebsstörungen und bei Schachtreparaturen zulässig. Für Schachtreparaturen am Sonntag ist 50% Zuschlag zu zahlen.

3. Das Wagennullen wird sofort beseitigt, und die Kohlen, die wirklich sich im Wagen befinden, werden auch bei Berge enthaltenden Wagen bezahlt (demnach darf nur der Prozentsatz der Steine den Arbeitern in Abzug gebracht werden, der sich in dem betreffenden Wagen befindet). Eventuell Bezahlung der Kohle nach Gewicht (wie in England).
Alle Wagen müssen geeicht und der Rauminhalt oder Gewichtsinhalt des Wagens jederzeit leicht ersichtlich sein.

4. Die Belegschaft hat in alljährlich wiederkehrender geheimer Wahl einen Wagenkontrolleur bzw. Wiegemeister zu wählen (§ 80c Absatz 2 des Berggesetzes), welcher seinen Lohn mit der Zechenverwaltung erhält. Dieser verteilt denselben auf alle bei der Förderung beteiligten Grubenleute und bringt ihn bei den letzteren beim Lohntage in Abzug.
Der Wagenkontrolleur besitzt alle Rechte der sonstigen Belegschaftsmitglieder und ist auch bei allen Versicherungen und Kassen seiner Zeche ebenso beteiligt wie alle anderen.

5. Löhne (Schießmaterial und Geleuchte darf nicht verrechnet werden):

a)	Minimallohn für Hauer und Lehrhauer im Gedinge	5,- M
b)	" " Hauer und Lehrhauer im Schichtlohn	4,50 M
c)	" " Bremser	3,- M
d)	" " Pferdetreiber	3,- M
e)	" " Schlepper	3,80 M
f)	" " erwachsene Tagarbeiter	3,80 M
g)	" " Maurer	5,- M
h)	" " jugendliche Tagarbeiter	1,50 M
i)	" " Koksarbeiter, Planierer	4,50 M
k)	" " " Verlader	5,- M
l)	" " " Füller	3,80 M

m) Lohnzahlung dreimal monatlich; Ende des betreffenden Monats erste Abschlagszahlung, 10 Tage später die zweite und spätestens am 20. des folgenden Monats Lohntag.

6. Errichtung eines Arbeiterausschusses zur Vorbringung und Regelung
a) aller Beschwerden und Mißstände,
b) aller Lohndifferenzen, einschließlich des Gedingelohnes,
c) zur Mitverwaltung der Unterstützungskassen, deren Abrechnung alljährlich der Gesamtbelegschaft durch Aushang bekanntzumachen ist. Wenn die Zechenverwaltungen keine Beiträge leisten, haben sie auch in der Unterstützungskasse kein Vewaltungsrecht; mehr als die Hälfte Sitze dürfen die Verwaltungen bzw. Beisitzer nicht haben, selbst wenn sie mehr Beiträge zahlen sollten.

7. Einführung von Grubenkontrolleuren, die alle zwei Jahre in geheimer Wahl von der Belegschaft aus ihrer Mitte gewählt und von den Zechenbesitzern oder dem Staate bezahlt werden. Der zu Wählende soll mindestens ein Jahr der Belegschaft angehören und 30 Jahre alt sein.

8. Reform des Knappschaftswesens nach dem Programm der Arbeiterorganisationen.

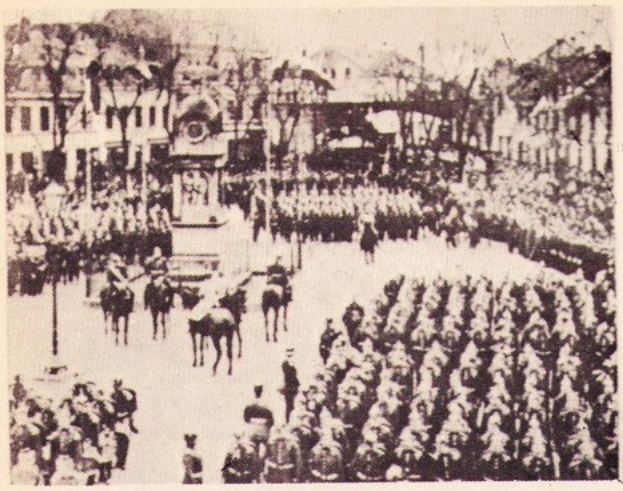
9. Gute Deputatkohlen zum Selbstkostenpreis an alle verheirateten Arbeiter, ebenso an Invaliden, Witwen und Unverheiratete, welche Eltern oder Geschwister zu ernähren haben (mindestens monatlich einen Wagen).

10. Beseitigung der vielen und zu harten Strafen.

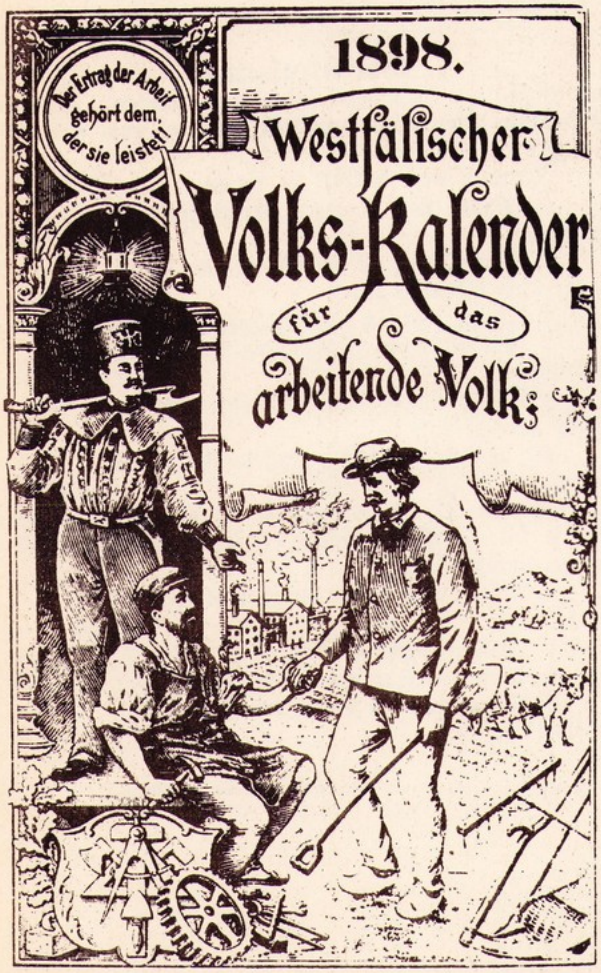
(Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. III)

Aus Berichten der „Leipziger Volkszeitung" über die Haltung der Bergarbeiter des Ruhrgebiets zum Abbruch des Streiks im Februar 1905

Der Beschluß wurde von den draußen Harrenden mit einer beispiellosen Entrüstung aufgenommen. Solche Szenen der Empörung, die sich vor den Lokalen abspielten, hat man hier noch nicht erlebt. Man schrie es förmlich hinaus: Das ist Verrat, wir sind verkauft!... Man glaubte an ultramontane Mache, und der Verdacht fand Nahrung, als sofort nach Bekanntgabe des Resultats eine ultramontane Druckerei einen Wagen Flugblätter anfahren ließ, die schon am Abend vorher gedruckt, das Resultat der gerade stattgefundenen Konferenz und die von der Siebenerkommission vorbereitete Resolution enthielten. Daß dadurch der Anschein der Mache erweckt, die Delegiertenkonferenz bei den Leuten gewissermaßen zur Farce gestempelt wurde, liegt auf der Hand. Die Flugblätter sollten von den Delegierten in ihren Revieren verbreitet werden. Im Augenblick war der Wagen gestürmt, hundertausend Blätter, in den nächsten Sekunden in Fetzen gerissen, bedeckten die Straße, die aussah wie ein Papierlager; der Verkehr der Straßenbahn stockte. Tausendfach rief man: Wir fahren nicht an. Abends fanden in Essen, Borbeck, Altenessen usw. Versammlungen statt, in denen zum Teil übereinstimmig beschlossen wurde, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.



Einzug des Infanterieregiments 159 in die neue Garnison in Mülheim/Ruhr am 30. März 1889



Titelseite des Westfälischen Volkskalenders für das arbeitende Volk

Schreiben der Vertreter der Ruhrbergarbeiter (Siebenkommission) vom 13. Januar 1905 mit ihren Forderungen an den Verein für Bergbauliche Interessen

Die Forderungen an den Verein für Bergbauliche Interessen sind folgende:

1. Achtstündige Schichtzeit, einschließlich Ein- und Ausfahrt, und zwar fürs laufende Jahr wie bisher, jedoch nicht über 9 Stunden, von 1906 ab 8½ und von 1907 ab 8 Stunden.
Sechsstündige Schicht (inklusive Ein- und Ausfahrt) vor nassen Orten und heissen mit über 28° Celsius.

2. Sonntags- und Überschichten sind nur zur Rettung von Menschenleben, bei außerordentlichen Betriebsstörungen und bei Schachtreparaturen zulässig. Für Schachtreparaturen am Sonntag ist 50% Zuschlag zu zahlen.

3. Das Wagennullen wird sofort beseitigt, und die Kohlen, die wirklich sich im Wagen befinden, werden auch bei Berge enthaltenden Wagen bezahlt (demnach darf nur der Prozentsatz der Steine den Arbeitern in Abzug gebracht werden, der sich in dem betreffenden Wagen befindet). Eventuell Bezahlung der Kohle nach Gewicht (wie in England).
Alle Wagen müssen geeicht und der Rauminhalt oder Gewichtsinhalt des Wagens jederzeit leicht ersichtlich sein.

4. Die Belegschaft hat in alljährlich wiederkehrender geheimer Wahl einen Wagenkontrolleur bzw. Wiegemeister zu wählen (§ 80c Absatz 2 des Berggesetzes), welcher seinen Lohn mit der Zechenverwaltung erhält. Dieser verteilt denselben auf alle bei der Förderung beteiligten Grubenleute und bringt ihn bei den letzteren beim Lohntage in Abzug.
Der Wagenkontrolleur besitzt alle Rechte der sonstigen Belegschaftsmitglieder und ist auch bei allen Versicherungen und Kassen seiner Zeche ebenso beteiligt wie alle anderen.

5. Löhne (Schießmaterial und Geleuchte darf nicht verrechnet werden):

a)	Minimallohn für Hauer und Lehrhauer im Gedinge	5,- M
b)	" " Hauer und Lehrhauer im Schichtlohn	4,50 M
c)	" " Bremser	3,- M
d)	" " Pferdetreiber	3,- M
e)	" " Schlepper	3,80 M
f)	" " erwachsene Tagarbeiter	3,80 M
g)	" " Maurer	5,- M
h)	" " jugendliche Tagarbeiter	1,50 M
i)	" " Koksarbeiter, Planierer	4,50 M
k)	" " " Verlader	5,- M
l)	" " " Füller	3,80 M

m) Lohnzahlung dreimal monatlich; Ende des betreffenden Monats erste Abschlagszahlung, 10 Tage später die zweite und spätestens am 20. des folgenden Monats Lohntag.

6. Errichtung eines Arbeiterausschusses zur Vorbringung und Regelung
a) aller Beschwerden und Mißstände,
b) aller Lohndifferenzen, einschließlich des Gedingelohnes,
c) zur Mitverwaltung der Unterstützungskassen, deren Abrechnung alljährlich der Gesamtbelegschaft durch Aushang bekanntzumachen ist. Wenn die Zechenverwaltungen keine Beiträge leisten, haben sie auch in der Unterstützungskasse kein Vewaltungsrecht; mehr als die Hälfte Sitze dürfen die Verwaltungen bzw. Beisitzer nicht haben, selbst wenn sie mehr Beiträge zahlen sollten.

7. Einführung von Grubenkontrolleuren, die alle zwei Jahre in geheimer Wahl von der Belegschaft aus ihrer Mitte gewählt und von den Zechenbesitzern oder dem Staate bezahlt werden. Der zu Wählende soll mindestens ein Jahr der Belegschaft angehören und 30 Jahre alt sein.

8. Reform des Knappschaftswesens nach dem Programm der Arbeiterorganisationen.

9. Gute Deputatkohlen zum Selbstkostenpreis an alle verheirateten Arbeiter, ebenso an Invaliden, Witwen und Unverheiratete, welche Eltern oder Geschwister zu ernähren haben (mindestens monatlich einen Wagen).

10. Beseitigung der vielen und zu harten Strafen.

(Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. III)

Aus Berichten der „Leipziger Volkszeitung" über die Haltung der Bergarbeiter des Ruhrgebiets zum Abbruch des Streiks im Februar 1905

Der Beschluß wurde von den draußen Harrenden mit einer beispiellosen Entrüstung aufgenommen. Solche Szenen der Empörung, die sich vor den Lokalen abspielten, hat man hier noch nicht erlebt. Man schrie es förmlich hinaus: Das ist Verrat, wir sind verkauft!...Man glaubte an ultramontane Mache, und der Verdacht fand Nahrung, als sofort nach Bekanntgabe des Resultats eine ultramontane Druckerei einen Wagen Flugblätter anfahren ließ, die schon am Abend vorher gedruckt, das Resultat der gerade stattgefundenen Konferenz und die von der Siebenerkommission vorbereitete Resolution enthielten. Daß dadurch der Anschein der Mache erweckt, die Delegiertenkonferenz bei den Leuten gewissermaßen zur Farce gestempelt wurde, liegt auf der Hand. Die Flugblätter sollten von den Delegierten in ihren Revieren verbreitet werden. Im Augenblick war der Wagen gestürmt, hundertausend Blätter, in den nächsten Sekunden in Fetzen gerissen, bedeckten die Straße, die aussah wie ein Papierlager; der Verkehr der Straßenbahn stockte. Tausendfach rief man: Wir fahren nicht an. Abends fanden in Essen, Borbeck, Altenessen usw. Versammlungen statt, in denen zum Teil übereinstimmig beschlossen wurde, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Es ist nun zu befürchten, daß die Bewegung zersplittert wird, ein Teil unserer Genossen wird nicht anfahren, und sie sind dann die Geschädigten. So schwer es dem einzelnen werden mag, unter den obwaltenden Umständen muß der Beschluß der Delegiertenkonferenz einmütig befolgt werden. Bei der Stimmung, die vorherrscht, muß man aber in Sorge sein, daß es nicht geschieht ...

Essen, 9. Februar. In den heute nachmittag abgehaltenen Versammlungen der Bergarbeiter, die die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen, kam es fast überall zu tumultuarischen Szenen. Gegen die Siebenerkommission wurde heftige Vorwürfe erhoben und die Mitglieder als Verräter, die bestochen seien, bezeichnet. Aus Gelsenkirchen, Herne und Dortmund liegen ähnliche Meldungen vor; auch dort haben sich die Bergarbeiter mit großer Mehrheit für die Fortsetzung des Ausstandes ausgesprochen. – Eine in Altenessen abgehaltene Bergarbeiterversammlung konnte zu dem Beschluß der Delegiertenversammlung nicht Stellung nehmen, da die Polizei die Versammlung wegen sich erhebenden Tumults aufhob. – In Borbeck, Mülheim und Oberhausen wurden Beschlüsse gegen die Wiederaufnahme der Arbeit gefaßt, während die in Karnap abgehaltene Bergarbeiterversammlung dem Beschluß der Delegiertenversammlung zustimmte.

(Leipziger Volkszeitung, 10. Februar 1905)

Forderungen der Bergarbeiter des Ruhrgebietes vom 19.2.1912 an die Grubenverwaltungen, gestellt vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Politischen Berufsvereinigung (Bergarbeiterabteilung), und dem Gewerkverein der Bergarbeiter (Hirsch-Duncker)

1. Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Arbeiter um 15 Prozent und Beseitigung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter.
2. Die Abschlagszahlung hat spätestens am 25. des laufenden, die Restlohnzahlung spätestens am 10. folgenden Monats zu erfolgen.
3. Achtstündige Schichtzeit, siebenstündige Schichtzeit bei + 28 Grad Celsius. Vorstehende Schichtzeiten verstehen sich inklusive Ein-und Ausfahrt.
4. Über- und Nebenschichten dürfen nur bei Unfällen, Betriebsstörungen oder zur Rettung von Menschenleben und Pferden verfahren werden.
5. In den Koloniewohnungen ist die sonst übliche einmonatige Kündigung einzuführen, den Mietern volle Bewegungsfreiheit in bezug auf Organisationszugehörigkeit, Wareneinkauf usw. zu garantieren. Ferner darf kein Zwang zur Haltung von Kostgängern ausgeübt werden.
6. Dafür einzutreten, daß Aufrechnungen der reichsgesetzlichen Leistungen für Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen seitens des Knappschaftsvereins auf die Knappschaftsleistungen nicht mehr stattfinden.
7. Umwandlung des bestgehenden Arbeitsnachweises in einen paritätischen, Aufhebung des noch für die Nachbarzechen bestehenden Sperrsystems.
8. Einschränkung des Strafwesens; Strafen von über einer Mark bedürfen der Zustimmung des Arbeiterausschusses.
9. Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichtes mit einem unparteiischen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten.
10. Errichtung von Ausschankstätten für alkoholfreie Getränke auf den Zechenplätzen.

(Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 22. Jg., 1912, S. 122)

Beschluß der Revierkonferenz der Bergarbeiterverbände am 19.3.1912 in Bochum zum Abbruch des Streiks

Die heutige Revierkonferenz der drei Bergarbeiterverbände protestiert mit Entrüstung gegen die Überschwemmung des Streikgebiets mit Polizisten, Gendarmen und Militär und gegen die im Anschluß an diese ungerechtfertigte Maßregel vielfach eingetretenen Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der streikenden Bergleute durch Vertreibung und Verhaftung der gesetzlich gestatteten Streikposten, durch Aufhebung von Streikbüros, durch Versammlungsverbote, unbegründete Versammlungsauflösungen, durch das Verhindern der Verbreitung aufklärender und beruhigender Druckschriften an die Streikenden und der übrigen Volksteile durch außerordentlich rücksichtslos vorgehende Polizeimannschaften durch die die aus rein wirtschaftlichen Gründe unternommene Lohnbewegung der Bergleute in unerhörter Weise niedergedrückt worden ist. Von der arbeiterfeindlichen Presse wurde mit Erfolg alles darangesetzt, um durch sensationellste Aufbauschung auch der kleinsten Zwischenfälle, sogar durch freie Erfindung von Nachrichten über vorgekommene Unruhen, die öffentliche Meinung gegen die Streikenden aufzuhetzen. Die aus der Luft gegriffenen Nachrichten über für die Arbeiter ungünstige Ziffern über die Streikbeteiligten können die über ein großes Gebiet verteilte Masse der Streikenden irreführen und nach und nach so auseinanderreißen, daß es nicht mehr möglich ist, den Kampf mit Aussicht auf Erfolg weiterzuführen. Die Konferenz hat deshalb beschlossen, den Streik sofort aufzuheben, und fordern die Kameraden auf, diesem Beschluß zu folgen.

Die Konferenz erklärt, daß nur die rigorosen Maßregeln gegen die staatsbürgerlichen Rechte und die systematische Irreführung und Verhetzung der öffentlichen Meinung durch die arbeiterfeindliche Presse es vermocht haben, den Kämpfenden ihren Erfolg aus der Hand zu schlagen. Hierzu hat die wüste Streikbruchhetze der Führer des sogenannten christlichen Gewerkvereins, die sich als größere Arbeiterschädlinge erwiesen haben als die Gelben, ein Bedeutendes beigetragen. Diese skandalösen Gebaren hat die christlichen Streikbruchführer der Verachtung aller ehrlichen Arbeiter überwiesen. Die Konferenz fordert alle Bergarbeiter auf, durch Stärkung der an diesem Kampfe beteiligten Organisationen dazu beizutragen, daß wir möglichst bald auf dem Kampfplatze erscheinen können.

Der Beschluß wurde gefaßt mit 349 Stimmen gegen und 215 Stimmen für Abbruch des Streiks bei 13 ungültigen Stimmen. Nach den Gewerkschaftsstatuten wäre eine Zweidrittelmehrheit für die Fortsetzung des Streiks erforderlich gewesen.

(Vorwärts, Nr 67 vom 20.3.1912)

Arbeiter allerorts!

Crimmitschauer Fabrikanten treiben sich allerorts herum und versuchen,

Arbeitswillige

nach Crimmitschau zu bringen. Unwahre Mitteilungen werden über die Verhältnisse in Crimmitschau verbreitet. — Arbeiter, Arbeiterinnen!

Kommt nicht nach Crimmitschau!

In Crimmitschau werden Arbeiter nicht gebraucht! 8000 Menschen wurden dort ausgesperrt, weil 600 Arbeiter und Arbeiterinnen in Differenzen mit dem Unternehmertum geraten waren.

Die Fabrikanten Crimmitschaus suchen nun, euch heranzuziehen zur Arbeit, um mit euerer Hilfe die kämpfenden Arbeiter Crimmitschaus niederzuzwingen.

Arbeiter! Ihr werdet euch nicht zu

Verrätern

an der Arbeiterklasse stempeln lassen. Der Sieg der Crimmitschauer Arbeiter ist auch euer Sieg!

Die Crimmitschauer kämpfen um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen!

Deshalb: Wenn die Fabrikanten oder ihre Agenten an euch herantreten, dann weist sie ab!

Bleibt fern von Crimmitschau!

Fallt den kämpfenden Textilarbeitern nicht in den Rücken!

Es lebe die Einigkeit der Arbeiter!

Die kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen Crimmitschaus.

Eingabe des Bergarbeiterverbandes, der Polnischen Berufsvereinigung und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins vom 6.2.1912 an den Vorstand des Zechenverbandes für das rheinisch-westfälische Industrierevier

An den Vorstand des Zechenverbandes für das rheinisch-westfälische Industrierevier

Die ergebenst unterzeichneten Vertreter folgender Bergarbeiterorganisationen: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Sitz Bochum, Polnische Berufsvereinigung, (Abteilung Bergarbeiter), Sitz Bochum, und Gewerkverein der Bergarbeiter, H(irsch)-D(uncker), Sitz Oberhausen, gestatten sich, die verehrlichen Vorstände des Zechenverbandes und des Bergbaulichen Vereins zu ersuchen, auf diesen Körperschaften angeschlossenen Grubenverwaltungen dahin einzuwirken, die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter derart zu erhöhen, daß ein Ausgleich für die eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung geschaffen wird. Als Grundlage der vorzunehmenden Lohnaufbesserung bitten wir, die im vierten Quartal 1907 gezahlten Durchschnittslöhne zu betrachten; hierzu müßte dann ein Aufschlag treten, durch den die inzwischen eingetretenen Steigerungen der Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel ausgeglichen werden. Ferner dahin zu wirken, daß soweit wie möglich ein Ausgleich zwischen den höchsten und niedrigsten Löhnen eintritt.

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" (Mittagsausgabe vom 2. d.M.) mitteilt, ist die Leitung des Zechenverbandes bestrebt, ihren Einfluß auf die Verbandswerke dahin auszuüben, ihren Arbeitern einen Teil der durch die beschlossenen Preiserhöhung für die Bergwerksproduktion zu erwartenden Mehreinnahmen in Form von Lohnerhöhungen zukommen zu lassen.

Aus weitern, zweifellos aus Werkbesitzerkreisen stammenden Veröffentlichungen in der Presse gehen hervor, daß die Absicht besteht, die Löhne wieder auf ihren Stand im Jahre 1907 zu bringen.

Die Vorstände der unterzeichneten Organisationen sind der Ansicht, daß dadurch den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter nicht genügend Rechnung getragen würde. Der Bergbau befindet sich gegenwärtig in einer günstigen Konjunktur. Dies geht aus dem sehr gesteigerten Absatz und den von der Mehrzahl der Werke erzielten höheren Betriebsüberschüssen hervor. Die mit dem 1. April dieses Jahres eintretende Preiserhöhung für die Bergbauprodukte wird zweifellos eine weitere bedeutende Erhöhung der Betriebsgewinne zur Folge haben.

Andererseits leiden die Bergarbeiter jetzt aber noch unter den Nachwehen der letzten Wirtschaftskrise. Die Löhne der Hauer standen im dritten Quartal 1911 noch um 56 Pfennige niedriger als im vierten Quartal 1907, während der Durchschnittslohn der gesamten Bergarbeiter des Ruhrreviers im dritten Quartal 1911 noch um 27 Pfennige niedriger war als im vierten Quartal 1911. Wenn wir auch annehmen, daß im Laufe des vierten Quartals 1911 eine weitere Lohnsteigerung eintrat, so ist diese doch bestimmt nicht so groß gewesen, daß der Durchschnitt des Jahres 1907 wieder erreicht worden ist. Dafür spricht schon, daß im letzten Quartal 1911 zahlreiche Gedingereduzierungen seitens der Grubenverwaltungen vorgenommen wurden. Aber wenn auch zur Zeit der Lohnsatz von 1907 wieder erreicht wäre, so befinden sich die Bergarbeiter, infolge der bedeutend verteuerten Lebenshaltung, heute doch noch in einer ungünstigeren Lage als damals. Nach den Preisnotierungen des Kruppschen Konsumvereins in Essen, veröffentlicht in dem Bericht der Handelskammer Essen, war bei 38 der am meisten verkauften Lebensmittel und Bedarfsartikel im Jahre 1910 eine durchschnittliche Preiserhöhung von 14% gegenüber dem Jahre 1907 eingetreten. Inzwischen ist bekanntlich eine weitere bedeutende Steigerung der wichtigsten Lebensmittelpreise erfolgt. Daraus erklärt es sich, daß die Zahl der Lohnbeschlagnahmen auf den Ruhrzechen eine erschreckende Höhe erreichte. Nach einer im November vorigen Jahres in der Tagespresse erschienenen, augenscheinlich auf Mitteilung aus Zechenbesitzerkreisen beruhenden Notiz entfielen im Ruhrgebiet 1908/09 auf je 1000 Mann Belegschaft 850 Lohnbeschlagnahmen; im Jahre 1909/10 schnellten die Lohnbeschlagnahmen auf 1400 pro 1000 Arbeiter hinaus! Diese Mitteilung kennzeichnet die wirtschaftliche Lage der Bergarbeitermasse als sehr trübselig.

Wie dringend notwendig es ist, eine möglichst einheitliche Regelung der Löhne zu treffen, beweist auch die Tatsache, daß nach uns bekannt gewordenen Mitteilungen der Zeche „Alte Haase" Ende des Monats Januar durchweg eine Reduzierung der Gedingesätze vogenommen wurde.

Wir ersuchen daher die verehrlichen Vorstände des Zechenverbandes und des Bergbaulichen Vereins, Schritte zu tun, damit über die vorstehend aufgeführten Wünsche eine Verständigung der Werksbesitzervertretung mit den unterzeichneten Bergarbeiterorganisationen erzielt wird, da eine befriedigende Lösung der Lohnfrage im Interesse aller Beteiligten liegt.

Indem wir einer geneigten entgegenkommenden Antwort entgegensehen, zeichnen mit hochachtungsvollem Glückauf!

Bochum und Oberhausen, den 6. Februar 1912

(Heinrich Imbusch: Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet im Frühjahr 1912, Köln o.J., S. 16 f)

b) Kampf der Arbeiterbewegung gegen imperialistischen Krieg, Streiks gegen Kriegselend und Militärunterdrückung.

Dividenden einiger Unternehmen der Schwerindustrie (in Prozent)

	1914/15	1915/16	1916/17
Bismarckhütte	15	25	30
Bochumer Verein	14	25	25
Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten AG	0	7	10
Hoesch AG	12	20	24
Mannesmann-Röhrenwerke	10	15	18
Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb	12	20	20
Rheinische Stahlwerke AG	6	10	12,5

(Fricke, Dokumente 1914-1917, S. 141)

Roheisenproduktion in 1000 Tonnen:

Jahr	Deutschland	Großbritannien	Frankreich	Vereinigte Staaten
1839	130	682	266	167
1850	419	2300	416	574
1860	650	3900	900	834
1870	1350	6100	1200	1692
1880	2730	7900	1720	3900
1890	4658	8031	1962	9350
1900	8500	9100	2700	14000
1913	19312	10425	5207	31463

Aus der Denkschrift Gustav Krupps von Bohlen und Halbach vom 31. Juli 1915

zu 2. Die Beurteilung der Sicherstellung der deutschen Grenzen kann zunächst nur vom militärischen und marinepolitischen Standpunkte aus erfolgen. Es läßt sich aber denken, daß die Verlegung der bisherigen deutsch-französischen Grenze in eine Linie westlich der Vogesen und im allgemeinen Verlauf der Mosel, späterhin der Maas folgend, den militärischen Gesichtspunkten Rechnung tragen würde. Ein Frankreich ohne nennenswerte Erz- und Kohlegrundlagen kann wirtschaftlich auf dem Weltmarkte und politisch im Rat der Großmächte nicht mehr gefährlich werden.

Die militärische Beherrschung Belgiens und gegebenenfalls die maritime Nordküste Frankreichs würde die Deckung gegen englische Angriffe gewährleisten...

Die Ansässigmachung von wehrpflichtigen Deutschen in Südwestafrika und den Höhen Ostafrikas, genügend ausgerüstet mit Artillerie und anderem Kriegsmaterial. Dadurch und durch die Gewinnung eines Ausgangs- und Stützpunktes im Mittelmeer als Brücke nach Afrika würde ein afrikanisches Kolonialreich so gut wie völlig zu sichern sein.

(Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 459 ff.)

Drohbrief Krupps gegen den freien gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiterklasse

„Nachdem Sie in Kruppsche Dienste getreten sind, möchten wir nicht unterlassen, Sie auf unseren Verein aufmerksam zu machen. Falls Sie eine nationale Gesinnung haben und nicht bei einer nach der veralteten Streikmethode arbeitenden Gewerkschaft organisert sind, laden wir Sie freundlich ein, dem Beispiel tausender Kollegen zu folgen und ebenfalls unserem Verein beizutrten. Unser Verein hat mehr Kruppsche Arbeiter in sich vereinigt, als alle Streikgewerkschaften zusammengenommen. Die Kruppschen Arbeiter haben eben erkannt, daß ihre Zugehörigkeit zu einer Streikgewerkschaft völlig zwecklos sein und nur viel Geld kosten würde.

Die Streikgewerkschaften haben bei der Firma Krupp noch nie etwas erreicht, und das wird auch in Zukunft so bleiben."

(Stenkewitz, Gegen Bajonett und Dividende S. 184 ff)

Aus dem Schreiben des Landrates von Iserlohn vom 3. März 1913 an den Kriegsminister

„...Ich würde es unter den obwaltenden Umständen durchaus bedauern müssen, wenn durch Ablehnung des Antrages der Firma Schmöle & Co. seitens einer Staatsbehörde in dem der Firma aufgezwungenen wirtschaftlichen Kampfe auf diese ein Druck ausgeübt würde mit dem Ziele, sie zum Nachgeben zu bewegen. Bisher ist etwa die Hälfte der Mendener Arbeiter in den verschiedenen Gewerkschaften organisiert. Ein Sieg der Organisation in dem augenblicklichen Kampfe würde ihr zweifellos die große Mehrzahl der noch abseits stehenden Arbeiter zuführen. Damit würde die Firma für alle Zeiten auf Gnade und Ungnade der Organisation ausgeliefert sein, ein Zustand, der mit Rücksicht auf die Art ihrer Lieferungen für die Heeresverwaltung im Ernstfalle nicht unbedenklich wäre...Ich würde es begrüßen, wenn durch eine sofortige Genehmigung des von der Firma Schmöle & Co. gestellten Antrages auf Aufschub und dessen Veröffentlichung den Führern der Streikenden vor Augen geführt würde, daß ihre Hoffnung, das Kriegsministrium werde einen einseitigen Druck auf die bestreikte Firma ausüben, irrig ist ..."

(Stenkewitz, Bajonett ..., S. 197 ff.)

Aus der Kriegszieldenkschrift des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg vom 9. September 1914

1. Frankreich. Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westabhangs der Vogesen, die Schleifung der Festungen und die Abtretung des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne zu fordern ist.

In jedem Falle abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey...

2. Belgien. Angliederung von Lüttich und Verviers an Preußen, eines Grenzstriches der Provinz Luxemburg an Luxemburg.

Zweifelhaft bleibt, ob Antwerpen mit einer Verbindung nach Lüttich gleichfalls zu annektieren ist...

5. Die Frage der kolonialen Erwerbungen, unter denen in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreiches anzustreben ist, desgleichen die Rußland gegenüber zu erreichenden Ziele werden später geprüft...

(Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 435 ff.)

Schulbuch zu den Kriegszielen der Regierung

In Deutschland forderten die maßgeblichen Kreise des Heeres und der Industrie Gebietsgewinne im Osten und Westen, u.a. das französische Erzgebiet von Briey. Belgien sollte unter deutschem Einfluß bleiben. Die Rechtsparteien und die „Alldeutschen" vertraten diese Forderungen auch öffentlich. Sie alle verkannten die militärische Lage und schadeten der deutschen Politik sehr. Der Reichskanzler teilte ihre Illusionen nicht, trat ihnen aber auch nicht entgegen. Er hoffte, je nach der militärischen Lage Gebietsgewinne erreichen zu können, und befürchtete, die Gegner würden es als ein Eingeständnis der deutschen Schwäche betrachten, wenn wir von vorneherein auf jede Eroberung verzichteten.

(Staatensystem und Weltpolitik)

Aus dem „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" vom 5. Dezember 1916

§ 1

Jeder männliche Deutsche vom vollendeten siebzehnten bis zum vollendeten sechzigsten Lebensjahr ist, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet.

§ 2

Als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten alle Personen, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen aller Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für die Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, beschäftigt sind, soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt.

Hilfsdienstpflichtige, die vor dem 1. August 1916 in einem land-und forstwirtschaftlichen Betrieb tätig waren, dürfen aus diesem Berufe nicht zum Zwecke der Überweisung in eine andere Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst herausgezogen werden.

§ 7

Die nicht im Sinne des § 2 beschäftigten des Hilfsdienstpflichtigen können jederzeit zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden.

Die Heranziehung erfolgt in der Regel zunächst durch eine Aufforderung zur freiwilligen Meldung... Wird dieser Aufforderung nicht in ausreichendem Maße entsprochen, so wird der einzelne Hilfsdienstpflichtige durch besondere schriftliche Aufforderung eines Ausschusses herangezogen...

Jeder, dem die besondere schriftliche Aufforderung zugegangen ist, hat bei einer der nach § 2 in Frage kommenden Stellen Arbeit zu suchen. Soweit hierdurch eine Beschäftigung binnen zwei Wochen nach Zustellung der Aufforderung nicht herbeigeführt wird, findet die Überweisung einer Beschäftigung durch den Ausschuß statt.

(Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, S. 481)

Der preußische Minister des Innern an den Kriegsminister, Kriegsamt, in Berlin, 29. Juli 1918

„Die politische Abteilung der Polizeidirektion in Bochum leidet infolge der Einziehung einer Reihe der tüchtigsten Beamten zum Heeresdienst an einem so empfindlichen Mangel an Arbeitskräften, daß es bei dem gegenwärtigen Zustande nicht mehr länger bleiben kann. Die unruhige Arbeiterbevölkerung in jenem wichtigen Industrie- und Bergbaugebiet erfordert eine scharfe und andauernde Überwachung auf etwaige Streik-und Krawallabsichten hin....

Die schwierigen Verhältnisse im Industriegebiet erfordern es unbedingt, daß mit den örtlichen Verhältnissen vertraute, eingearbeitete Beamte in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen....

(Archivalische Forschungen ..., S. 1476)

Flußstahlproduktion in 1000 Tonnen:

Jahr	Deutschland	Großbritannien	Frankreich	Vereinigte Staaten
1880	624	1321	389	1267
1890	1614	3637	582	4346
1900	6646	5131	1565	10351
1910	13699	6476	3390	26512
1913	18935	7786	4687	31802

(Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, S. 52)

Aufteilung der Kolonien im Jahre 1900

	Zahl der Kolonien	Fläche (in Quadratmeilen) Mutterland	Fläche (in Quadratmeilen) Kolonien etc.	Bevölkerung Mutterland	Bevölkerung Kolonien etc.
Vereinigtes Königreich	50	120979	11605238	40559954	3452-22339
Frankreich	33	204092	3740756	38517975	564-01860
Deutschland	13	208830	1027120	52279901	146-87000
Niederlande	3	12648	782826	5074632	351-15711
Portugal	9	36038	801100	5049729	91-48707
Spanien	3	197670	243877	17565632	1-36000
Italien	2	110646	188500	31856675	8-50 [illegible]
Österreich-Ungarn	2	241032	23570	41244811	15-68092
Dänemark	3	15289	86634	2185335	1-14229
Rußland	3	8660395	255550	128932173	156-84000
Türkei	4	1111741	465000	23834500	149-56236
China	5	1336841	2881560	386000000	166-80000
Vereinigte Staaten	6	3557000	172091	77000000	105-44617
Insgesamt...	136	15813201	22273858	850103317	5211-08791

(Lenin: Hefte zum Imperialismus, S. 230)

Maschinenverbrauch wichtiger Länder 1913

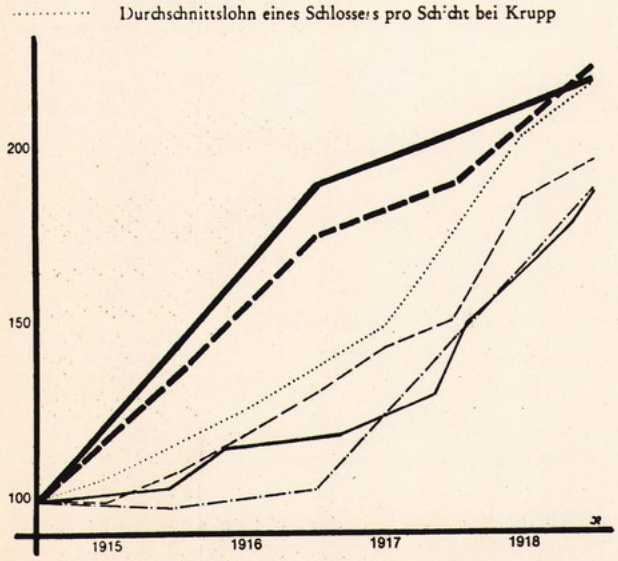
Land	Gesamtverbrauch Mill. M	Gesamtverbrauch % des Weltverbrauchs	Je Kopf der Bevölkerg. (in M)
Deutschland	2160	*20,9*	32,0
Großbritannien	880	*8,5*	19,5
Frankreich	410	*4,0*	10,3
Italien	260	*2,5*	7,5
Belgien	180	*1,7*	24,0
Schweiz	60	*0,6*	15,4
Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei	540	*5,2*	10,4
Industrieeu·	4490	*43,4*	18,0

Konzentration und Zentralisation von Banken und Zechen im Ruhrrevier

Kapitalmagnaten	Hauptbanken	Firma, Zahl der Zechen, u.ä.	Arbeiter (Tsd.)	Tonnen (Mill.)
4 Personen „Personalunion" von 4 Banken	Deutsche Bank und 3 weitere Banken	Deutscher Bank-(Deutscher Bankkonzern) (20 Zechen)	72,6	19,3
Haniel		Privatbesitz und Zeche „Gute Hoffnungshütte" (2 Zechen)	35,1	9,9
Kirdorf	Diskontogesellschaft	Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft	34,4	8,5
Stinnes	Diskontogesellschaft	Privatbesitz und ‚Deutsch-Luxemburger'	34,6	9,1
	Berliner Handelsgesellschaft	Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft	25,9	7,1
9 Personen und „Personalunion"	Dresdner Bank	Dresdner-Schaaffhausensche Banken	28,0	7,2
	Schaaffhausenscher Bankverein	„Hibernia-Aktiengesellschaft"	18,3	5,4
	Berliner Handelsgesellschaft	Thyssen	16,2	3,9
		Krupp	12,2	3,1
		Fiskus	11,1	2,3
		Zusammen:	288,5	75,9
		Insgesamt im Ruhrrevier	354,2	89,3
		Prozentualer Anteil dieser Firmen	81,5	85,0

(Lenin: Hefte zum Imperialismus, S.8)

Abbildung:
Löhne und Preise in Rheinland-Westfalen 1914 - 1918 an ausgewählten Beispielen (Mitte 1914 = 100)



(Reulecke, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, S. 219)

Fleischverbrauch während des Krieges in Bochum

Betrachten wir noch kurz die Wirkung der Fleischrationierung auf unsern örtlichen Fleischverbrauch, so haben wir festzustellen, daß eine ganz bedeutende Einschränkung der Fleischnahrung uns nicht erspart geblieben ist. Denn während in dem Jahre 1913 an Großvieh 11752 Stck., an Kälbern, Schafen und Ziegen 8693 Stck., an Pferden 559 Stck., im Jahre 1914 an Großvieh 11532 Stck., an Schweinen 65073 Stck., an Kälbern, Schafen und Ziegen 9908 Stck., an Pferden 481 Stck.geschlachtet wurden , gingen die Schlachtungen in den Kriegsjahren durch Rationierung zurück und betrugen im Jahre 1917 nur 16899 Stck. Großvieh, 10081 Stck. Schweine, 9840 Stck. Kälber, Schafe und Ziegen und 589 Pferde.

Während wir in den letzten 8 Jahren vor Kriegsausbruch einen durchschnittlichen Fleischverbrauch von 53,4 kg auf den Kopf der Bevölkerung und das Jahr für die Stadt Bochum errechnen konnten, belief sich die und Anfang 1918 zugehende Fleischmenge auf 13 kg für Erwachsene und 6,5 kg für Kinder unter 6 Jahren.

(Küppers, Bochum 1914-1918, S.179)

Die „Essener Arbeiterzeitung" schrieb am 24. Juli

„Man denke sich den Fall, in Frankreich oder Rußland sei von einem Deutschen der Thronfolger erschossen, und nun verlange die französische oder russische Regierung die Stellung der deutschen Justiz unter Vormundschaft, wie das in der österreichischen Note der Fall ist, sie verlange die Auflösung alldeutscher Organisationen, sie verlange die Entlassung der Lehrer, die vom ‚Erbfeind' sprechen, die Reinigung der Schulbücher von chauvinistischem Inhalt.

Ein Hohnlachen wäre mit Recht die Antwort auf eine solche unverschämte Forderung!...

Die einzige Hoffnung auf Erhaltung des Friedens liegt zunächst in der Finanzmisere, die sowohl in Österreich als auch in Serbien herrscht. Sie liegt weiterhin beim Proletariat!

Rußland spürt heute die Anfangswehen einer neuen Revolution, seine Regierung spielt um alles, wenn sie Kriegsgelüsten nachgibt!

Aber auch bei uns ist es notwendig, daß das Proletariat mit aller Entschiedenheit seine Friedensliebe betont und den Herrschenden zuruft: Hütet euch, das Kriegsgespenst heraufzubeschwören! Ihr seid es letzten Endes, die die Zeche bezahlen!"

(Illustrierte Geschichte, S. 94)

Aus der Abstimmungsbegründung Karl Liebknechts gegen die Kriegskredite am 2. Dezember 1914 im Reichstag

(Dem Reichspräsidenten gemäß Paragraph 59 der Geschäftsordnung überreicht.) Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt: Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltrüstens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufen Präventivkrieg. Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisation und der Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflossenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregierung mit steigender Deutlichkeit gelehrt.

Die deutsche Parole „Gegen den Zarismus" diente – ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole „Gegen den Militarismus" – dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des deutschen Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige am Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein.

Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie die Kredite fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.

Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen. Nur die gleichzeitige dauernde Stärkung der auf einen solchen Frieden gerichteten Strömungen in allen kriegführenden Staaten kann dem blutigen Gemetzel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligter Völker Einhalt gebieten. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch im heutigen Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit zu leisten.

Unter Protest (...) gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

(Fricke, Dokumente... 1914-1917, S. 65f.)

Spartakusbrief vom 6.9.1915
Resolution der organisierten Metallarbeiter Remscheids gegen die „Metallarbeiter-Zeitung", die die Politik der SPD-Rechten vertrat.

Gegen die Politik des 4. August

Die organisierten Metallarbeiter in Remscheid haben laut „Berner Tagwacht" folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Remscheid des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom 18. April 1915 verurteilt auf das schärfste die Haltung der ‚Metallarbeiterzeitung' zu den Streitfragen in der Partei, die mit Naturnotwendigkeit zu neuen Zwistigkeiten führen muß. Die Schreibweise der ‚Metallarbeiterzeitung' bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft straft unsere bisherige Haltung Lügen und ist auch nicht in allen Teilen den Tatsachen entsprechend. Dadurch werden unserer Agitation bedeutende Schwierigkeiten bereitet. Die Generalversammlung bedauert, daß sie keine schärferen Mittel in Anwendung bringen kann, erwartet aber von der 12. Generalversammlung in Berlin, daß sie dafür Sorge trägt, daß in Zukunft die Haltung der ‚Metallarbeiterzeitung' wieder allgemeinen Interessen der gesamten Arbeiterbewegung entspricht."

(Spartakusbriefe, S. 46)

Nr. 5 vom August 1915
Zur Information
Protest der Niederrheinischen Parteipresse

An die Redaktionen der Parteipresse!
Werte Kollegen!

Die unterzeichneten Parteiredaktionen halten es für nötig, darauf hinzuweisen, daß es ihnen gegenwärtig nicht möglich ist, in dem von ihnen für richtig und notwendig gehaltenen Sinne in die gegenwärtigen Parteidebatten einzugreifen.

Im Bezirk des VIII. Armeekorps wird gegen die linksstehenden Parteiblätter die Vorzensur mit aller Strenge ausgeübt, die jede Vertretung sozialdemokratischer Grundsätze unmöglich macht. Insbesondere war es trotz aller Mühe nicht zu erzielen, daß zu den Fragen Stellung genommen werden konnte, die im Anschluß an die Veröffentlichung der Genossen Bernstein, Haase und Kautsky, das Zirkular der Parteiminderheit und den Friedensaufruf des Parteivorstandes auftauchten. Es würde sonst nicht verfehlt worden sein, namentlich die verwerfliche Hetze gegen den Genossen Haase entschieden zurückzuweisen.

Ob unter solchen Umständen die rechtsstehende Parteipresse, die von der Zensur wenig oder nicht behelligt wird, ihre günstigere Lage weiter zur Schaffung eines entstellten Bildes der Parteimeinung ausnützen will, bleibt ihr überlassen. Die unterzeichneten Redaktionen weisen jedenfalls jegliche Verantwortung für die Wirkungen eines derartigen Verhaltens von sich.

Mit Parteigruß
Die Redaktionen der „Freien Presse", Elberfeld, „Arbeiterzeitung", Remscheid, „Bergische Arbeiterstimme", Solingen, „Volkszeitung", Düsseldorf, „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung", Duisburg, „Arbeiterzeitung", Essen.

(Spartakusbriefe, S.22)

Resolution des Sozialdemokratischen Vereins Elberfeld-Barmen vom Anfang August 1916 gegen die Politik der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

In einer von etwa 600 Mitgliedern besuchten Versammlung nahm der Sozialdemokratische Verein für Elberfeld-Barmen Stellung zu dem Vorgehen im Reichstag und in der Reichstagsfraktion. Nach einm Längeren Referat des Abg. Genossen Ebert wurde mit etwa Zweidrittelmehrheit folgende Resolution angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Elberfeld-Barmen kann sich mit der Haltung der Fraktionsmehrheit im Reichstag nicht einverstanden erklären. Sie verwirft die neuerliche Bewilligung der Kriegskredite, die nicht erfolgen durfte, weil die Reichsregierung aus ihren Eroberungsabsichten kein Hehl machte, weil weiter durch die Gestaltung der neuen Reichssteuern erwiesen ist, daß die dauernden Lasten des Krieges in der Hauptsache auf die Schultern der am wenigsten tragfähigen Schichten des Volkes gelegt werden. Die Versammlung fordert die Mehrheit der Reichtagsfraktion auf, künftig die Kriegskredite zu verweigern und darzutun, daß die Reichsregierung ihr Vertrauen nicht besitzt, da diese in der Ernährungsfrage versagt hat und statt die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur herbeizuführen, deren fortwährender Verschärfung durch die Militärbehörden tatenlos zusieht. In der Novelle zum Reichsvereinsgesetz vermag die Versammlung ein Entgegenkommen der Regierung und eine Besserung der Zustände nicht zu erblicken, sie hätte daher die Zustimmung der Fraktion zu den Anträgen der Arbeitsgemeinschaft erwartet. Die Versammlung erklärt sich mit der Politik der Arbeitsgemeinschaft in inneren und äußeren Fragen einverstanden."

(Dokumente..., Reihe II, Bd. I, S. 429)

Was Hindenburg über das Streiken denkt!

„Jede noch so unbedeutende Arbeitseinstellung bedeutet eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft und stellt sich mir dar als eine unsühnbare Schuld am Heere und besonders an dem Mann im Schützengraben, der dafür bluten müßte."

Aus einem Briefe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an den Chef des Kriegsamts Generalleutnant Gröner im April 1917.

Unfallstatistik im Bergbau

Es entfielen im Oberbergamtsbezirk Dortmund einschließlich der Bergreviers Crefeld vom Oberbergamtsbezirk Bonn an tödlichen Unfällen:

Jahr	auf 1000 Beschäftigte	auf 1 Mio. Tonnen Förderung
1914	2623	10237
1915	3376	11456
1916	3884	12976
1917	4481	15769
1918	4101	17953

Die starken Abweichungen in den Zahlen finden ihre Erklärung in den besonderen Verhältnissen in der Kriegszeit. Die Kriegsgefangenen, die im Bergbau beschäftigt sind, sind in die Statistik nicht mit einbezogen.

(Küppers, Bochum 1914-1918, S. 262)

Lebensmittelwochenübersicht
vom 13. bis 19. August 1917.

Es gelangen zur Ausgabe:

Fleisch
Kartoffeln
Zucker

Rote Nahrungsmittelkarte.

Teigwaren
Suppen
Graupen von Gerstengrütze
Butter oder Eier

Nährmittelzusatzkarte für Jugendliche.

Buchweizengrütze

Lebensmittelausweiskarte.

Kriegsmehl
Sirup
Steingutes Tuche u. Textilersatzwaren

Haushaltsherzogmarke J.

Bienenhonig zuteilbar

Der Magistrat.

Bekanntmachung

Gemäß § 9 der Verordnung über die Verteilung der Zuteilungsmarkt vom 20. Dezember 1916 wird für den Bezirk der Amtsstelle Groß Berlin bekannt:

Zur Bedarfsdeckung an Butter und Margarine beträgt vom 20. Juni 1917 ab

für Butter 50 Gramm und
für Margarine 30 Gramm

Berlin, den 24. Juni 1917.

Amtsstelle Groß Berlin

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt 36 der Gerstekarte kann vom 27. März bis 6. April

ein Ei

abgegeben und entnommen werden.

Berlin, den 23. März 1918.

Magistrat.
der Königlichen Gewerbe- und Handelsdeputation.

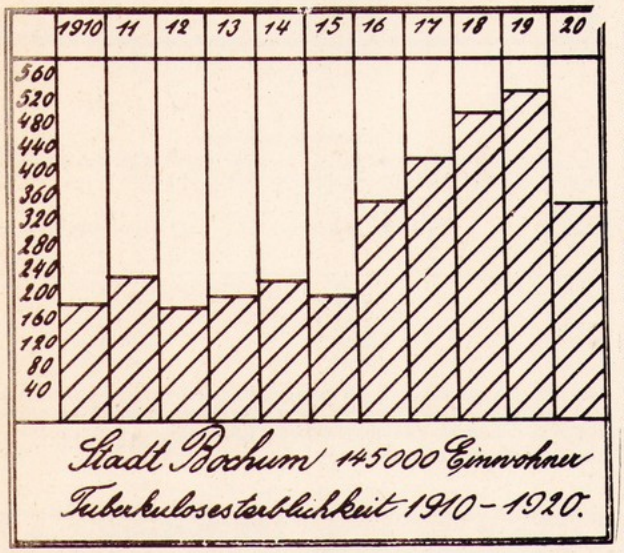
Die Haltung der Völker (Schulbuch)

Durch ihre Kriegserklärung und vor allem durch den deutschen Einmarsch in Belgien hatten sich die „Mittelmächte" Deutschland und Österreich in den Augen vieler Völker ins Unrecht gesetzt. Der geschickten Propaganda der „;Alliierten" fiel es deshalb nicht schwer, sie als Alleinschuldige am Ausbruch des Krieges hinzustellen. Die leichtfertige Äußerung des Reichskanzlers, der belgische Neutralitätsvertrag sei ein „Fetzen Papier", die großspurigen Proklamationen des

deutschen Kaisers und die Erinnerung an die maßlose Forderung der Alldeutschen nach deutscher Vorherrschaft in Europa steigerten die Empörung der gegnerischen Völker und erfüllten die Neutralen mit Mißtrauen gegen Deutschland. Wie ihre Gegner, glaubten auch die Deutschen, einen gerechten Krieg zu führen. Ein Taumel der Begeisterung erfüllte das deutsche Volk in allen seinen Schichten. Die Spannung, die seit einem Jahrzehnt das deutsche Volk erfaßt hatte, als es mit ansehen mußte, wie eine Krise der anderen folgte, schien sich mit einem mal gelöst zu haben. Eine große Zahl Freiwilliger – auch aus der Arbeiterschaft – meldete sich zum Kriegsdienst. Nur wenige konnten sich die Zerstörungskraft moderner Kriegsmittel vorstellen; fast alle Soldaten meinten, nach einem raschen Sieg „Weihnachten wieder zu Hause zu sein."

Einstimmig bewilligte der Reichstag die für die Kriegsführung notwendigen Mittel; auch die Sozialdemokraten, vor wenigen Jahren noch als „vaterlandslose Gesellen", stellten sich hinter die Regierung.

(Zeiten und Menschen, C4, Paderborn 1971, S. 32)



(Küppers, Bochum 1914-1918, S. 237)

Am 1. Mai 1915 veranstaltete eine Anzahl Feldgrauer im Walde bei Bailly eine Maifeier, bei der Karl Jannack die Ansprache hielt. Die 8. Kompanie des 75. Inft.Reg., Bremen, oft die „rote Kompanie" genannt, hielt durch einige Genossen die Verbindung mit den oppositionellen Gruppen in der Heimat aufrecht.

Kampfaktionen der Arbeiter August 1916

In *Essen* kam es am 16. August zu einer eindrucksvollen Demonstration. Auf diesen Tag war vom sozialdemokratischen Verein eine Versammlung für den Abend angesetzt. Sie wurde in der bürgerlichen Presse angekündigt: in der sozialdemokratischen konnte die Anzeige infolge der Vorzensur nicht angebracht werden. Daraufhin stellte die Polizei das Verlangen an den Redner, im Sinne des Reichskanzlers zu reden, und versagte, als diese Zumutung entschieden zurückgewiesen wurde, die Genehmigung. Es erschienen nun zu der festgesetzten Stunde etwa 2000 Personen. Am Eingang zum Saal prangte ein Schild: „Der für heute angekündigte Vortrag findet nicht statt". Kurz vor der für den Vortrag festgesetzten Stunde erschienen Genossen unserer Richtung, die das Schild herunterrissen und die Rufe ertönen ließen: „Der Zuchthäusler Karl Liebknecht lebe hoch!" Es bildete sich nun ein Zug, der sich nach der Stadt zu in Bewegung setzte. Er passierte den Saalbau, den Hauptbahnhof, das Stadttheater, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", das Bezirkskommando, das Kriegerheim und den Limbecker Platz. Aus hunderten Kehlen ertönte die Marseillaise und andere revolutionäre Lieder. Rufe: „Hoch Liebknecht!", „Nieder mit dem Krieg!" erfüllen die Luft. Die Polizei wollte des öfteren lerhaftungen vornehmen, doch die Menge befreite jedesmal die Festgenommenen. Die Demonstration hatte ein Nachspiel: Der Essener Parteisekretär wurde zur Polizei bestellt. Dort wurde ihm bedeutet, daß, wenn sich soetwas wiederhole, wir die ganze Verantwortung der etwa eintretenden Folgen zu tragen hätten.

Eine Versammlung, die Ende August in Essen stattfand, brachte die Stimmung der Arbeiterschaft besonders prägnant zum Ausdruck. Die Versammlung war vom Konsumentenausschuß einberufen, als Referent sollte der Vorsitzende des Kriegsernährungsamtes auftreten. Es kamen etwa 3300 Personen zusammen, darunter höchstens 400 Angehörige der bürgerlichen Parteien. Der Referent hatte sich die Aufgabe gesetzt, zum Durchhalten aufzurufen und hielt dabei eine Hetzrede gegen England und Rußland. Da stieß er aber auf heftigen Widerspruch aus der Mitte der Versammelten. Es wurden die stürmischen Zwischerufe laut, wie, daß die verlangten Opfer nur für den Kapitalismus gebracht seien und ä.m. Und als er seine Rede mit einer Fanfare zum Durchhalten schloß, wurde ihm durch Zischen, Pfeifen und Lärmen geantwortet, während sich nur vereinzeltes Händeklatschen vernehmen ließ. Ein Angestellter des Deutschen Metallarbeiterverbandes trat dem Referenten entgegen. Er setzte der Völkerverhetzungsrede die internationale Solidarität des Proletariats entgegen. Seine Ausführungen lösten stürmischen, minutenlang andauernden Beifall der Anwesenden aus.

Duisburg. In Hamborn, einer Nachbarstadt von Duisburg, deren Bevölkerung hauptsächlich aus Proletariern besteht, gärt es seit einigen Tagen wieder heftig. Im August fanden Demonstrationen gegen die Aushungerung und gegen den Krieg statt, die großen Umfang angenommen haben. Bei einer anderen Ansammlung wurde das größte Lebensmittelkaufhaus gestürmt. In einigen Minuten schlossen alle Geschäfte; die Frauen zogen nach dem Markte und stürmten die Buden. Die Polizei ist eingeschritten, war aber machtlos.

Essen. Am Abend nach der Liebknecht-Verhandlung vor dem Reichsmilitärgericht fand in Essen auf dem Einsbeckerplatz eine Demonstration der Kruppschen Arbeiter statt. Die Polizei hatte – wohl durch die Gelben – Wind bekommen, obwohl erst gegen Abend Handzettel verteilt worden waren, und bot eine Unzahl uniformierte und Kriminalbeamte auf, die alle Straßen sperrten und nirgends einen geschlossenen Zug zustande kommen ließen. Ein Genosse wurde beim Ausbringen des zweiten Hochs auf Liebknecht von einem Kriminalbeamten verhaftet. Insgesamt wurden seither acht Genossen verhaftet, sechs davon wieder entlassen. Von dem einen, der am 4. v.Mts. in der Werkstatt verhaftet wurde, fehlt trotz Rechtsanwalt jede Spur.

Die Arbeiter im Knüppelwerk bei Krupp, durchweg Unorganisierte, streikten am 8. d. Mts. 14 Stunden; es wurde ihnen 25% Lohnerhöhung bewilligt. Am 15. v. Mts. streikten in der Zünderrevision 500 – 600 gleichfalls nicht organisierte Arbeiterinnen und erfochten ebenfalls eine Lohnerhöhung. In die Werkstätten Essens wurden nach dem 4. November Tausende und Tausende Soldaten abkommandiert; teils kamen sie mit Gewehren an. Die immer wachsende Zahl der Arbeiter und der ständige Ausbau der Betriebe verraten die Unternehmersehnsucht nach einem noch zehnjährigen Krieg. Bei den Massen wird die Entscheidung liegen, ob den Profitimperialisten nicht schon lange vorher der Atem ausgeht.

(Spartakus Briefe, S. 294 ff.)

Bericht der Polizeiverwaltung Düsseldorf an das Stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps über die Arbeiterunruhen in der Rüstungsindustrie Ende Februar 1917

...Am Nachmittag des 28. Februar, etwag gegen 1 Uhr, legten indessen abermals rund 400 Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Freundlich, Maschinenfabrik, die Arbeit nieder und zogen in geschlossenem Zuge zu am etwa 200 Meter vom Rathaus entfernten Volkshaus. Die Leute versammelten sich hier in dem Volkshaus – Cafe, um Beschlüsse darüber zu fassen, ob die Belegschaft zum Rathause ziehen oder eine Deputation an den Herrn Oberbürgermeister wegen des Mangels an Nahrungsmitteln senden sollte. Gegen 5 Uhr erschien in dieser Versammlung der Gewerkschaftsbeamte des freien (sozialdemokratischen) Metallarbeiterverbandes, Heinrich Jäker, der die Leute unter Bekanntgabe des Ergebnisses der Besprechnung mit dem Oberbürgermeister am Vormittage in sehr vernünftiger Weise zur Ruhe und Besonnenheit ermahnte. Hervorzuheben ist, daß diese Zusammenkunft keineswegs den Eindruck machte, als ob es sich um hungernde Arbeiter handelte. Es wurden von einigen Leuten über dasä Verhalten der Firma Freundlich in Lebensmittelfragen recht drastische und humoristische Bemerkun-

gen gemacht, die allgemeine Heiterkeit verursachten. Der Gewerkschaftsbeamte Jäker sah sich daher genötigt, die Versammlung ernsthaft zu ermahnen und sie auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Seinen Ausführungen gelang es, die Leute zu beruhigen und die Entschließung herbeizuführen, daß am 1. März ds. Js. nochmals eine Abordnung mit der Firma Freundlich wegen Lieferung von Lebensmittel verhandeln sollte. Die Belegschaft ist darauf im Laufe des Nachmittag ges noch wieder an die Arbeit gegangen.

Inzwischen liefen hier vertrauliche Nachrichten ein, daß die Arbeiter der Rhein. Metallw.-Fabrik, insbesondere die des Kanonenbaues, sich keineswegs beruhigt hätten und über den Kopf ihrer Führer hinweg am 1. März zu einer Demonstration schreiten wollten. Wenn möglich, sollte die gesamte Belegschaft der Rhein. Metallw.-Fabrik, also über 20000 Personen mitgerissen werden.

Um derartigen Absichten entgegenzutreten, wurden hier umfassende Vorbereitungen getroffen. Es wurden auf ein an das Garnisonskommando gerichtetes Ersuchen 86 Mann des hiesigen Kraftfahrer-Batls. im Rathaus sowie 150 Mann des Res.-Batls. 135 aus Kaiserswerth in der Kaserne bereit gehalten. 150 Polizeibeamte, davon 6 zu Pferde, standen in Bereitschaft. Durch die Beamten der politischen Abteilung war schon in den Morgenstunden festgestellt, daß ohne Zweifel ein größeres Unternehmen geplant war. In den meist von Arbeitern bewohnten Straßen in der Rhein. Metallw.-Fabrik machten sich gewisse Anzeichen bemerkbar, daß allgemein mit einer Demonstration gerechnet werden kann. Die Mädchen hielten sich abwartend in den Hauseingängen der Ulmenstraße, Spichernstraße, Weißenburgerstraße usw. auf. Am Spichernplatz bildeten sich Gruppen von meist jugendlichen Arbeitern und Frauen, die augenscheinlich darauf warteten, daß aus der in der Nähe gelegenen Fabrik die Arbeiter herauskommen und sich zum Zug formieren würden....

Wie vertraulich festgestellt ist, ist die Arbeiterschaft indessen mit den Zugeständnissen der Fabrikleitung immer noch nicht zufrieden. Die Situation ist nach wie vor eine recht gespannte, umso mehr, als sich auch in den übrigen Werken der Rüstungsindustrie überall Streik- und Demonstrationslust bemerkbar macht.

Ich habe daher Maßnahmen getroffen, eine größere Anzahl von Polizeibeamten, soweit dies bei dem großen Beamtenmangel überhaupt möglich ist, ständig in Bereitschaft zu halten, damit Überraschungen nicht eintreten können. In diesem Sinne ist auch das Königliche Garnisonskommando verständigt worden, so daß gegebenenfalls militärische Hilfe rechtzeitig zur Stelle sein kann.

In Vertretung
Unterschrift

(Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, S. 562 ff.)

4. Der Regierungspräsident in Düsseldorf an den Staatskommissar für Volksernährung. Düsseldorf, 28. Februar 1917.

„Montag, den 26. d.M., zog nachmittags eine etwa 8-10000 Personen zählende Menschenmenge, an der Spitze mehrere beurlaubte Soldaten, vor das Rathaus in Barmen und forderte die Hergabe von weiteren Lebensmitteln, insbesondere von Mehl, als Ersatz für fehlende Kartoffeln.

Als ihren Wünschen nicht entsprochen werden konnte, eröffnete die Menge gegen das Rathaus eine Steinschleuderei und zertrümmerte zahlreiche Fensterscheiben. Polizei und Feuerwehr gingen darauf gegen die Menge vor. Die Feuerwehr konnte nur wenig ausrichten, da ihr von der Menge sehr bald die Schläuche zerschnitten wurden. Der Polizei, die auf die Menge einhieb, gelang es, den Platz vor dem Rathause zu säubern und mehrere Ruhestörer zu verhaften, wobei es auf beiden Seiten Vewundete gab; schwere Verwundungen und Todesfälle kamen nicht vor.

Die Menge zog nun durch die Stadt, warf in vielen Geschäften die Fenster ein und plünderte eine Anzahl Bäckerläden, darunter auch mehrere Verkaufsstellen des sozialdemokratischen Konsumvereins.

Die Polizei konnte infolge ihrer geringen Zahl dieses Treiben nicht verhindern.

Abends setzte sich dann ein Zug von allerlei Volk nach einem auswärts gelegenen Villenviertel in Bewegung, um dort zu lärmen und Unfug zu stiften. Auf Feuerwehrautos nachgesandte Polizeibeamte verhinderten noch rechtzeitig schwere Ausschreitungen.

Auf Anordnung des Stellvertretenden Generalkommandos VII. Armeekorps rückten noch in der Nacht vom 26. zum 27. d.M. drei Kompagnien mit 600 Mann in Barmen ein.

(Archivalische Forschungen ..., S. 377 f)

Bericht der Politiscnen Abteilung der Polizeiverwaltung Düsseldorf, Düsseldorf, 12. August 1918

Zur Sache: Seit einigen Wochen macht sich unter den in der hiesigen Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeitern, insbesondere unter denjenigen der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik (32000 Arbeiter), eine sehr schlechte Stimmung bemerkbar, die anscheinend immer stärker wird.

(...)

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß hierfür (d.h. Verkürzung der Arbeitszeit) in ganz Rheinland und Westfalen, besonders seitens der radikalen Genossen, im geheimen sehr stark gewühlt und gehetzt wird, um das gemeinsame Vorgehen in dieser Weise herzustellen. Zu diesem Zweck werden auch neuerdings die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiterinnen besonders bearbeitet und aufgehetzt. Zum Beispiel soll seitens der Zahlstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf jetzt sofort eine weibliche Gewerkschaftsbeamtin eigens für die Arbeit unter den in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiterinnen angestellt werden.

Arbeiter!

Auf zum Protest

gegen das Schand-Urteil im Prozeß Liebknecht!

Auf zum Kampf

gegen die Fortsetzung des Krieges!

Genug des Völkermordens! Genug des Hungerns!

Laßt die Arbeit ruhen!

Wie ein Mann verlaßt die Werkstätten und Fabriken!

Mann der Arbeit aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Arbeiterstreik in der Rüstungsindustrie

Der Leiter der Politischen Polizei in Dortmund an den Oberbürgermeister in Dortmund, Dortmund, 17. Februar 1918.

Meine Nachforschungen in Lünen und Waltrop haben nun unzweifelhaft ergeben, daß das Flugblatt dort in Arbeiterkreisen schon am 27. Januar (Sonntag) umlief. Auch die Streikabsicht der Bergleute von den um Lünen liegenden Zechen Preußen I und II, Viktoria, Waltrop war dort an diesem Tage schon allgemein – selbst in der Bürgerschaft – bekannt, ohne daß die Arbeiterausschüsse oder der Bergarbeiterverband an die Zechenverwaltungen mit Forderungen herangetreten waren. Auf genannten Zechen sowie auf 8 andern zwischen Dort-

mund und Lünen brach der Ausstand planmäßig am 28. Januar bei der Frühschicht aus. Auf Zeche Hansa in Dortmund wurde schon am 26. Januar früh von der Mehrzahl der Arbeiter infolge der Flugblattverteilung, die hier mit terroristischen Maßnahmen der Verteiler verbunden war, gestreikt.

Verbrüderung an der Ostfront, 1917 am Serwetsch

144. Stellv. Generalkommando VII. Armeekorps an den Obermilitärbefehlshaber. Münster, 10. Juli 1917.

„In letzter Zeit sind in dem Industriegebiet meines Korpsbereichs die seit langem befürchteten Unruhen ausgebrochen. Sie begannen mit Ausständen bei den Zechen.

Gemeldet wurde bisher folgendes:

		Grund	Ergebnis
22. Juni	Zeche Westhausen, Kreis Dortmund. Mittagsschicht 114 Mann ausständig	Lebensmittelmangel	Arbeitsaufnahme am 25. Juni
23. Juni	1. ebenda Frühschicht 465 Mann ausständig	desgl.	desgl.
	2. Kruppsche Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen. 2000 Mann der Walzwerkbelegschaft ausständig	Lohnforderungen	Arbeit am 26. Juni aufgenommen
	3. 10 Tempergießereien in Velbert. 2000 Mann der Walzwerkbelegschaft ausständig	Lebensmittelmangel und Lohnforderungen	Arbeitsaufnahme am 25. Juni
	4. Bei Zeche Wolfsbank in Essen-Borbeck droht Ausstand	Lohnforderungen	Ausstand nicht ausgebrochen
	5. Zeche Rheinpreußen in Moers. 1000 Mann ausständig	Lebensmittelmangel	Arbeitsaufnahme am 25. Juni
25. Juni	1. Zeche Friedrich-Heinrich in Lindfort. 160 Mann ausständig	Lebensmittelmangel	Arbeit am 26. Juni aufgenommen
	2. Gelsenkirchen, Lebensmittelkrawalle und Frauenkundgebungen	desgl.	Von der Polizei zerstreut
26. Juni	1. Steinkohlenbergwerk Diergardt, Hochemmerich, ganze Belegschaft 3000 Mann ausständig	Kartoffelmangel und Lohnforderungen	Arbeit am 27. Juni aufgenommen
	2. Gelsenkirchen, Lebensmittelkrawalle wie am 25. Juni		
	3. Essen, Aufläufe, bei denen einige Kartoffelverkaufsstellen geplündert wurden		
27. Juni	1. Isselburger-Eisenhütte. 200 Mann ausständig	Lohnforderungen	Arbeit am 29. Juni aufgenommen
	2. Mannesmann-Röhrenwerke in Gelsenkirchen. 450 Mann ausständig	Lohnforderungen	Arbeit am 28. Juni aufgenommen
	3. Phönix Duisburg. 1000 Mann ausständig	desgl.	desgl.
	4. Hahnsche Werke in Großenbaum. 50 Ausländer ausständig	Lebensmittelmangel	Arbeitsaufnahme am 28. Juni
	5. Lebensmittelkrawalle durch Frauen in Kray bei Essen	desgl.	Ausschreitungen polizeilich verhindert
28. Juni	1. Zeche Westfalen in Ahlen. 190 Mann ausständig	desgl.	Arbeit am 30. Juni wieder aufgenommen
	2. Ernste Unruhen in Düsseldorf. Plünderung von Brot- und Nahrungsmittelläden. Ausstände auf mehreren industriellen Werken	desgl.	
29. Juni	1. Karosseriewerk Ross in Bielefeld. 50 Mann ausständig	Lohnforderung	unbekannt
	2. Ahlen i. W., Lebensmittelkrawalle und Plünderung von Brotläden	Lebensmittelmangel	Durch Gendarmerie zerstreut
30. Juni	1. Aus Düsseldorf werden noch Ausstände gemeldet. Rheinische Metallwarenfabrik. 3500 bis 3700 Mann ausständig	Lebensmittelmangel	Arbeit bis zum 3.7.17 größtenteils wieder aufgenommen (Unruhe unter der Arbeiterschaft besteht fort)
	Mannesmann-Röhrenwerk. 2000 Mann ausständig	Lebensmittelmangel und teilweise Lohnforderungen	Arbeit am 1. bzw. 2. Juli wieder aufgenommen
	Maschinenfabrik Schwitzge. 300 Mann ausständig	"	"
	Maschinenfabrik Sack. 600 Mann ausständig	"	"
	2. Presse und Walzwerk Reißholz bei Düsseldorf. 1400 Mann drohen mit dem Ausstand	Lohnforderungen	Ausstand nicht ausgebrochen
2. Juli	Munitionsfabrik Büehl, Barmen. 60 Mann ausständig	Lohnforderungen	unbekannt
	Mannesmannwerke in Hukkingen bei Düsseldorf. 180 Mann ausständig	"	Arbeit am 3.7. wieder aufgenommen
	J. & C. Jäger in Elberfeld, ca. 2000 Mann ausständig	Lohnforderung und Lebensmittelmangel	Arbeit am 3. Juli wieder aufgenommen
3. Juli	Hohmannwerke in Vohwinkel, ca. 600 Mann ausständig	Lohnforderung	Arbeit am 4. Juli wieder aufgenommen
4. Juli	Krupp in Essen. 100 Arbeiter der Zünderwerkstatt ausständig	noch nicht genau bekannt	Die Firma hat die Arbeiterinnen entlassen
	Mülheim-Ruhr, Maschinenfabrik Wilhelmi. 53 Mann ausständig	ungleiche Lebensmittelverteilung	am 5. Juli wieder angefangen
	Zeche Schwerin, Castrop. 370 Mann ausständig	Lebensmittelmangel	Arbeit am 6.7. wieder aufgenommen
5. Juli	Zinkhütte in Borbeck. 42 Mann ausständig	Lohndifferenzen	Am 6.7. haben 17 Mann die Arbeit wieder aufgenommen

Aus dem Zeitungsbericht des Regierungspräsidenten in Arnsberg an Wilhelm II. Arnsberg, 27. April 1918.

... Im Laufe des Januar 1918 war aber unter der Arbeiterschaft eine gewisse Unruhe zu erkennen. Man klagte, daß die Löhne im Verhältnis zu der großen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse nicht genügend gesteigert würden; man befürchtete, daß durch die beabsichtigte Unterbindung des von den industriellen Werken in großem Umfange betriebenen Schleichhandels die ihnen daraus ge-

währten Lebensmittelzuschüsse verloren gehen würden, und war immer noch über die Nichtgewährung der 10 Pfd. Kartoffeln je Woche entrüstet. Die Unruhe nahm zu, als sich auch die Aussichten für die Wahlrechtsvorlage verschlechterten. Nachdem schon in den Tagen vorher in einigen Stellen kleine, nur kurze Zeit dauernde Streiks aufgeflackert waren, setzte mit dem 28. Januar 1918 fast schlagartig eine umfangreiche Streikbewegung ein, an der in erste Linie Zechen des immer sehr unruhigen und unsicheren Landkreises Dortmund, einige Zechen aus Dortmund-Stadt, Bochum-Land, Hörde-Land und Hamm-Land beteiligt waren. ...

Der Polizeipräsident in Bochum an den Regierungspäsidenten in Arnsberg, Bochum, 29. März 1918.

... Über die Flugblattverteilung im Dortmunder Bezirk kann auf Grund eigener Feststellungen Näheres nicht berichtet werden. Die Verteilung der Flugblätter erfolgte diesmal mit so großer Vorsicht, Geheimhaltung und Schnelligkeit, daß es mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft war, bestimmte Fälle einwandfrei festzustellen und rechtzeitig zuzugreifen. Zweifellos sind die geringen Erfolge bei Ermittelung der Täter hier und an anderen Orten auch auf die unzureichende Anzahl von geeigneten Beamten zurückzuführen, zumal dabei berücksichtigt werden muß, daß die Verteilung der Flugblätter meist auf den außerhalb der bebauten Ortschaften gelegenen Zugangswegen zu den oft weit abgelegenen Zechen und im Dunkel der Nacht erfolgte. ...

Gouvernement Graudenz an das Polizeipräsidium in Berlin, Berlin, 13. Juli 1918.

In Graudenz befinden sich unter ungefähr 15000 Soldaten 1600 aus russischer Kriegsgefangenschaft entwichene. Diese 1600 Mann haben den vom Kriegsministerium verfügten 8-wöchentlichen Urlaub erhalten, sind nochmals ausgebildet und sollen zur Westfront gesandt werden. Die ersten beiden Transporte von je 150 Mann sollten am Donnerstag dieser Woche abgehen. Dieselben weigerten geschlossen einschließlich Unteroffiziere den Gehorsam. Nach vielem Ermahnen, Verlesen der Kriegsartikel usw. gelang es dem Brigadekommandeur, Generalleutnant Exzellenz Zillmann, die Leute bis auf 50 Mann zum Abtransport zu bewegen. Diese 50 Mann weigerten sich entschieden, zur Front zu gehen; 18 davon sind bereits von einem sofort abgehaltenen Kriegsgericht im Durchschnitt mit 13 bis 14 Jahren Gefängnis bestraft. Da niemand als Rädelsführer vom Kriegsgericht festgestellt werden konnte, war es nach dem Gesetz nicht möglich, auf Todesstrafe zu erkennen. Wie aus beiligendem Bericht des Kriegsgerichts hervorgeht, sind aufrührerische Flugblätter unter den Soldaten verteilt, auch hat ein Zivilist die Leute aufgewiegelt.

(Archivalische Forschungen ..., S. 1439)

c) Revolution von 1918 und Rätebewegung. Die Arbeiterbewegung zerschlägt den Kapp-Putsch, um dann von der Reaktion entwaffnet und blutig verfolgt zuwerden. Dann die Ruhrkrise: „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree!"

Bericht über eine Versammlung streikender Bergarbeiter in Bottrop am 14. Dezember 1918
(zu S. 57)

Am Samstagvormittag 11 Uhr fand auf dem Neumarkt eine Massenversammlung von Bergleuten statt. Die Redner sprachen von den Stufen des Kaiserdenkmals aus. Mit Nachdruck wurde immer wieder betont, daß man vorläufig von Sabotage absehen und vorläufig die Wasserhaltung sowie Luft- und Wasserwerksanlagen in Betrieb halten wolle. Nach ein-einhalbstündigen, im allgemeinen ruhig verlaufenen Verhandlungen stimmte die Versammlung folgenden Forderungen der Schachtanlagen (Prosper) I,II,III, und Arenberg-Fortsetzung zu:

1. Sieben Stunden mit An- und Ausfahrt.
2. Durchschnittslohn für Hauer 20 DM pro Schicht.
3. Mindestlohn von 18 DM.
4. Für Hauerschichten ist der Lohn von 20 DM zu zahlen.
5. Spülmeister, Reparaturschachthauer in den Hauptförderschächten und die Leute im Sumpfquerschlag sind mit den Kohlenhauern gleichzustellen.
6. Sonstige Reparaturhauer, Grubenschlosser (wenn ihnen eine 3jährige Lehrzeit vorangeht: Hauerlohn), Schießmeister einen Lohn von 18 Mark.
7. Sämtliche jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren sind nach Möglichkeit aus der Grube herauszunehmen und im Tagesbetrieb aufzunehmen. Wo nicht angängig ist ein Lohnaufschlag von 50 Prozent zu gewähren.
8. Verantwortliche Anschläger unter Tage erhalten einen Lohn von 18 Mark.
9. Einen Schichtlohn von 18 Mark für die Anschläger, Rangierer, Lokomotivführer, ebenso alle Arbeiter, welche eine erhöhte Verantwortung tragen.
10. Leuten, die am Schacht beschäftigt sind, 15 Mark (auch unterirdisch), welche das 18. Lebensjahr erreicht haben.
11. Gelernte Arbeiter (3jährige Lehrzeit), sowohl verantwortliche Maschinisten, werden im Lohn den Kohlenhauern gleichgestellt.
12. Hilfsschlosser, Zuschläger, Kokereiarbeiter sowie Kesselstocher erhalten auch 18 Mark, soweit sie das 18. Lebensjahr erreicht haben.
13. Alle übrigen Arbeiter erhalten 50% Lohnzuschlag.
14. Für alle von der Zeche geforderte und geleistete Sonntagsarbeit sind 100% Lohnaufschlag zu gewähren.
15. Allen Arbeiterinnen, die zechenseitig entlassen werden, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit der männlichen Belegschaft, ist ein Lohn von 14 Tagen auszuzahlen.
16. Alle die vor dem Kriege Bergarbeit verrichtet haben, oder verrichten erhalten eine Aufwand-Entschädigung für Verheiratete in Höhe von 500 Mark. Ledige 250 Mark am Lohntag vor Weihnachten. Außerdem auch die Leute, die während des Krieges eingezogen worden sind und nun zurückkehren.
17. Eine Entschädigung für diesen Streik ist in Höhe des verdienten Lohnes den einzelnen Kategorien der Arbeiter pro Schicht nachzuzahlen.
18. Die 6 Schichten vom Streik 1912 sind mit Zinsen bis zu 1.1.1919 zurückzuzahlen.
19. Den Schachthauern und Leuten im Sumpfquerschlag, sowie Tagesbetrieb (Kesselreparatur, chemische Fabrik), sind nach Bedarf Gummi, warme Kleidung, sowie Stiefel zu stellen. Wenn unmöglich, die entsprechende Entschädigung zahlen.
20. Die kriegsbeschädigten Arbeiter, die früher vor ihrem Eintritt ins Militär eine höher belohnte Beschäftigung verrichtet haben, erhalten den Lohn ihrer früheren Arbeiterkategorie. Auch ist diesen freie Fahrt von und zur Arbeitsstelle zu gewähren.
21. Sämtlichen Belegschaftsmitgliedern pro Jahr 14 Tage Urlaub bei vollem Lohne.
22. Jeden Monat einen Wagen Brandkohlen zu gewähren zum Preise von 2,50 Mark.
23. eine Verlegung der Kameradschaften von Ort zu Ort seitens der Beamten darf nur mit Einverständnis der betreffenden Kameradschaften stattfinden.
24. Ein Mann, welcher im Arbeitsverhältnis steht, soll, wenn von der Belegschaft gewählt, im Verein mit dem betreffenden Beamten, berechtigt sein, an der Gedingeregelung teizunehmen.
25. Die aus dem Felde zurückkehrenden Krieger erhalten eine Unterstützung von 50 Mark und freie ärztliche Untersuchung.

Die Belegschaft von Arenberg-Fortsetzung hatte ursprünglich eine Weihnachtsgratifikation von 1000 Mark gefordert, jedoch wurde diese Forderung fallengelassen.

Aus: Bottroper Volkszeitung, 16. Dezember 1918.

4. Abkommen zwischen Zechenverband und Gewerkschaften
Essen, 13. Dezember 1918

Die anwesenden Vertreter des Zechenverbandes erklären sich bereit, dafür einzutreten, daß ab 1. Januar 1919 eine weitere Lohnerhöhung gewährt wird, die 15 Prozent auf den Durchschnittslohn betragen soll, wie er sich nach den früheren Vereinbarungen für Dezember stellen wird. Diese Zusage wird gemacht im Vertrauen darauf, daß die Vertreter der Bergarbeiterverbände die erforderliche Preiserhöhung für Kohlen, Koks und Briketts mit den Zechenbesitzern durchsetzen werden.

Aus: Jahrbuch für 1919, hrsg. vom Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum o.J., S. 102; zugleich: „Volksblatt" (Bochum) Nr. 293 vom 14.12.1918.

Bergarbeiterdemonstration vor dem Hamborner Rathaus, das später erstürmt wurde 3.12.1918

(Stad.. chiv Essen, Bildsammlung)

„Generalkommando 7. A.-K. Ia No. 323 pers., vom 11.7.1919 Geh. pers. Durch Offizier geschrieben.

Der Reichswehrminister Reichsgruppenkommando.

1. Abt. Ia op. No. 10588 a vom 10.7. Für den Fall von Unruhen im Ruhrgebiet wird befohlen:

1. Im Einvernehmen mit dem Reichskommissar Severing sind entstehende Unruhen unter rücksichtsloser Anwendung von Waffengewalt niederzuschlagen.

2., 3., 4. (sind nebensächlich! E. B.).

5. Sobald schwere Kämpfe es erforderlich machen, ist der Kommandierende General ermächtigt, anzuordnen: Im Kampfe ist jeder, der mit der Waffe in der Hand am Kampfe gegen die Regierungstruppen teilnimmt, zu erschießen. Desgleichen ist jede Person zu erschießen, der in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kampf die Teilnahme am Kampf mit der Waffe nachgewiesen werden kann. Diese letzte Art von Erschießung darf erst stattfinden, nachdem ein aus der Truppe zu diesem Zwecke gebildetes Standgericht an Ort und Stelle eine Untersuchung abgehalten und ein Urteil gefällt hat.

Der Kommandierende General. gez. Freiherr von Watter. Generalleutnant. Geheim!"

Schachtanlagen, Steinkohlenförderung und Gesamtbelegschaft im Ruhrbergbau

Jahr	Zahl der Schachtanlagen	Steinkohlenförderung 1000 t	Zahl der Beschäftigten	Förderanteil je Beschäftigten t
1913	173	114226	444406	257
1915	174	86501	295993	292
1918	176	95712	350282	273
1920	194	88097	473968	186
1922	241	96683	576644	168
1925	255	104339	459876	227
1927	228	117994	430120	274

(Ruhrbergbau, Geschichte, Aufbau und Verpflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen. Unter Mitwirkung der Gesellschaften des Ruhrbergbaus zusammengestellt und bearbeitet von Gerhard Gebhardt, Essen 1957, S. 493)

— Auf der Delegiertensitzung der Bezirkssoldatenräte des 7. A. K. beim Generalsoldatenrat Münster wurde folgende Bestimmung des Generalkommandos bekannt gegeben: Jeder Offizier, der sich gegen eine rote Fahne vergeht, ist dem Generalkommando zur Bestrafung zu melden.

Hamborn, den 11. Dezember.

— Voller Sieg der Bergleute. Heute früh erhielten wir den telephonischen Bescheid, daß die streikenden Bergleute durch das Eingreifen unserer Gen. Völker, Sakritz und Pütz vom Arbeiterrat einen vollen Sieg erzielten. Der Durchschnittslohn des Hauers wurde auf Mk. 19,50 festgesetzt, der Zimmerhauer auf Mk. 17,—, der Schichtlohn auf Mk. 14,—, der Schlepper von 18 Jahren auf Mk. 10,—, von 17 Jahren auf Mk. 9,— und von 16 Jahren auf Mk. 8,—. Die Deputatkohlen werden zu Mk. 2,50 per Wagen abgegeben. Alle 2 Jahre werden die Wohnungen unentgeltlich in Stand gesetzt. Die streikenden Bergleute faßten den Beschluß, die Verbandsleitung nicht mehr anzuerkennen, sondern die Vertretung ihrer Interessen den Arbeiterräten zu übertragen. — Vorstehende Vereinbarungen treten am 1. Dezember 1918 in Kraft. Sie wurden bei der am 10. Dezember, vormittags 10 Uhr auf dem Neumarkt stattgehabten Versammlung einstimmig angenommen. Die Bergleute haben die Arbeit bereits wieder begonnen.

— Abgabe von Waffen und Munition! Wir bringen nochmals in Erinnerung, daß sämtliche Waffen und Munition unbedingt an den Waffenmeister des Arbeiterrates, Polizeigebäude Parallelstr., gegen Quittung abzugeben sind. — Nicht abzuliefern sind Jagdwaffen, jedoch muß sich der Besitzer durch Jagd- bezw. Waffenschein ausweisen.

„Arbeiter! Genossen!

Die Ebert-Noske-Regierung ist gestürzt. Die Bourgeoisie, auf deren Macht sich diese Regierung stützte, hat ihre Handlanger zum Teufel gejagt. Die Militärkamarilla, die uns in den Krieg gestürzt, die den Krieg schmählich verloren hat, hat die Herrschaft übernommen.

Arbeiter! Genossen! Jetzt gilt es, zu handeln, wenn das Proletariat nicht noch tiefer in Not und Knechtschaft verfallen soll. Jetzt gilt es die Macht zu übernehmen.

Was ist zu tun? Die sozialistischen Pareien sitzen zusammen und beraten wie am 9. November. Die Arbeiter stehen auf der Straße und wissen nicht, was sie tun sollen, wie am 9. November 1918...Lernt daraus. Mit unseren Demonstrationen ist es nicht getan! Laßt die Parteien beraten, Ihr aber müßt handeln! Organisiert Eure Macht! Wählt die besten und tüchtigsten. Wählt nur Arbeiter, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Die Arbeiterräte treten zur Vollversammlung zusammen, die dann die gesamte Macht Übernehmen muß. Alle Macht den Arbeiterräten! Die Demokratie der Mehrheissozialisten hat Euch in dieses Elend gestürzt. Nur die Diktatur des Proletariats kann Euch retten. Euer Arbeiterrat hat zuerst die Bewaffnung des Proletariats, die Entwaffnung der Bourgeoisie auszuführen. Fordert die Freilassung aller politischen Gefangenen. Arbeiter, Genossen! Wir kämpfen nicht für die Regierung Ebert-Noske. Unsere Parole heißt: Gegen die Reaktion, gegen die Verräter am Sozialismus, gegen die Handlanger der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats, Arbeiter, Genossen! Auf zur Tat.

Kommunistische Partei Deutschlands.
(Spartakus-Bund)"

Am 3. Januar fand in Essen eine Konferenz sämtlicher Arbeiter-und Soldatenräte des rheinisch-westfälischen Industriegebiets statt, die eine Zentralkommission wählte. Dieselbe Konferenz tagte erneut am 14. Januar 1919. Das von der Konferenz beschlossene als Flugblatt verbreitete Manifest beginnt mit folgenden Sätzen:

An die Bevölkerung des Ruhrkohlengebiets!

Die Konferenz der A.- u. S.-Räte des Ruhrkohlengebietes, die am 14. Januar unter Teilnahme von Vertretern aller gewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisationen in Essen tagte, beschloß, die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaus selbst in die Hand zu nehmen. In diesen kurzen Worten liegt eine Tatsache von ungeheurer Bedeutung. Damit ist die Revolution von der politischen zur sozialen, zur wirtschaftlichen Revolution geworden. Sozialisierung, das ist ein Wort, unter dem sich nicht jeder etwas vorstellen kann. Es bedeutet, daß die Ausbeutung des Arbeiters durch den Unternehmer ein Ende haben soll, daß die großen Betriebe den Kapitalisten genommen und Eigentum des Volkes werden sollen. Niemand soll sich mehr mühelos an der Arbeit anderer bereichern können, allen Arbeitenden sollen die Früchte ihrer Arbeit selbst zugute kommen. Der Anfang soll gemacht werden bei den Bergwerken, bei den Bodenschätzen, die noch mehr als alles andere von rechts wegen dem ganzen Volke und nicht einzelnen Bevorzugten gehören....

Umsturzversuche und Gewalttaten

Kaum war die junge Republik geboren, da erhoben sich auch schon ihre Gegner von *rechts* und *links*.

Auf der einen Seite standen die *Anhänger des alten Kaiserstaates*, die nicht einsehen wollten, daß das Kaiserreich den Krieg verloren hatte. Nun sprachen sie vom „Verrat der Heimat an einem unbesiegten Feldheer" und nannten alle, die sich am 9. November 1918 für eine Republik ausgesprochen hatten, „Novemberverbrecher". Zu ihnen gesellten sich die *Anhänger eines „Führerstaates"*, die zwar keinen Kaiser, aber einen starken Mann an der Spitze sehen wollten und die „feigen Demokraten" verachteten.

Auf der anderen Seite arbeiteten die *Kommunisten* am Sturz dieser Republik. Sie wollten die Umwandlung Deutschlands in einen Einparteienstaat, wie er in Rußland bestand.

So waren in den Anfangsjahren der Weimarer Republik Umsturzversuche und Gewalttaten von beiden Seiten zu verzeichnen. Die Reichsregierung und die „staatstragenden Parteien" hatten es schwer, die deutsche Republik zu bewahren!

(Reise in die Vergangenheit, Schulbuch, Bd. 4, 1974, S. 107 – 108)

Gefahr von rechts. Am 13. März 1920 kam es zu einem Putsch von rechts, der nach einem seiner Anführer *Kapp-Putsch* genannt wurde: Teile der alten Armee versuchten, die verfassungsmäßige Regierung zu beseitigen. General *von Seeckt*, Chef des Truppenamtes des neues 100000-Mann-Heeres, der *Reichswehr* (vgl. S. 17), weigerte sich, auf die Putschisten schießen zu lassen. Die Regierung mußte nach Stuttgart ausweichen. Die Revolte scheiterte schließlich, weil sich Beamte und Arbeiter in einem Generalstreik gegen die Putschisten stellten. Der alte und neue Machtfaktor „Armee" bot offensichtlich keine sichere Basis für die Demokratie in Deutschland. Enttäuscht zwang die SPD ihr Parteimitglied, den Reichswehrminister *Noske*, zum Rücktritt. Er hatte seit Ende Dezember 1918 die politische Verantwortung für das Vorgehen der Streitkräfte getragen. Militärischer

Führer der Reichswehr als Chef der Heeresleitung wurde für die folgenden entscheidenen Aufbaujahre gerade der General von Seeckt, der am 13. März 1920 dem bewaffneten Schutz der verfassungsmäßigen Regierung widersprochen hatte.

Arbeitsvorschläge

1. Die Sozialdemokraten – „Novemberverbrecher"? „Arbeiterverräter"? Untersuchen Sie, warum diese Anschuldigungen vorgebracht und welche Wirkungen mit ihnen erzielt wurden.
2. Das Zusammenwirken von SPD und konservativer Heeresleitung läßt sich begründen. Vergeichen Sie die Quellen auf den S. 6f. und 8, in denen die Interessen beider Seiten dargelegt sind. Vergleichen Sie deren Verhalten vom Spartakus-Aufstand bis zum Kapp-Putsch. 3. Erklären Sie aus dem Quellentext S. 8ff, um welche Grundsatzentscheidungen es auf dem Rätekongreß in Berlin ging.

(Spiegel der Zeiten. Lehr- und Arbeitsbuch für den Geschichtsunterricht. Band 4: Von der Russischen Revolution bis zur Gegenwart. Hrsg. v. J. Hoffmann. Frankfurt, Diesterweg 1973, Seite 13)

Bericht vom Dortmunder Arbeiterführer Meinburg

„Die Sirene von Phönix sollte morgens um 5.30 Uhr tuten. Dieses sollte das Zeichen zum gemeinsamen Angriff sein. Wir hatten unsere Leute verteilt und die Verhaltungsmaßregeln eingeschärft... Als das Zeichen zum Angriff gegeben wurde, griff ich mit meiner Kompagnie die uns bekannte schlimmste Stelle an, nämlich Kronenburg, Gartenstadt und Bahnhof Dortmund-Süd... Als wir ungefähr 250 Meter weit vor waren, bekommen wir sehr starkes Maschinengewehrfeuer. Hinlegen und decken! ... Dann Sprung auf, marsch, marsch! Noch vier Tote und elf Verwundete. Dann eine Stunde erbitterter Kampf! Der Bahnhof war unser, mit ihm die gesamte Bagage vom Korps Lichtschlag, allein 120 Pferde der Kavallerie, Uniformen, Lebensmittel usw.... Jetzt tobte der Kampf im Innern der Stadt. Heiß war der Kampf, aber mutig unsere Brüder, die nichts anderes kannten als: „Wir müssen Sieger bleiben" ... Abends um 6 Uhr war Dortmund unser!"

(Bericht von Meinberg (KPD) in: Erwin Brauer, Der Ruhraufstand von 1920, Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin 1930, S. 30/31)

Anordnung des Zentralrats der Vollzugsräte für das Industriegebiet Rheinland-Westfalen zur Löhnung und Verpflegung der Roten Armee, Essen, 27. März 1920.

„Der Zentralrat der Vollzugsräte für das Industriegebiet Rheinland-Westfalen ordnet folgendes an:
1. Die Gemeinden haben die Löhnung der Wehrmannschaften zu übernehmen und auszuzahlen. Nötigenfalls werden die Gemeinden von den örtlichen Vollzugsräten dazu gezwungen.
2. Die großen Unternehmen haben den Wehrmannschaften, die bei ihnen in Arbeit gestanden haben, den Lohn weiter zu zahlen. Evtl. haben die örtlichen Vollzugsräte die Lohnzahlung zu erzwingen.
3. Den Truppen, die sich an der Front auf dem Marsche von oder nach der Front befinden und 24 Stunden von Hause abwesend sind, haben die Gemeinden Verpflegung in natura zu gewähren. Dieser Verpflichtung unterliegen die Gemeinden, die von den Transporten berührt werden und in denen die Truppen in Kampfbereitschaft liegen. Die Wohngemeinden der Truppen haben den verpflegenden Gemeinden Ersatz zu leisten.
4. Bekleidung und Ausrüstung der Truppen (insbesondere Stiefel, wollene Decken, Zeltbahnen usw.) sind von den Wohngemeinden auf Anfordern der Truppenleiter an die Front zu schicken."

(Erwin Könnemann, Hrsg., Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, Glashütten 1971 S. 793)

Aus dem Referat des Bankiers Warburg auf dem v. Allgemeinen Deutschen Bankierstag am 26. Oktober 1920 über die Vorraussetzungen für die Stabilisierung der Währung

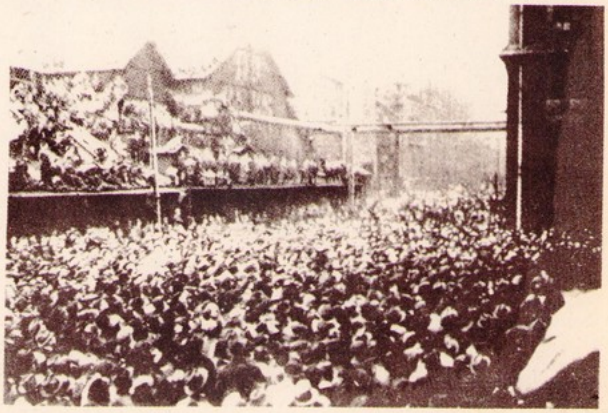
Die notwendigen Bedingungen für die Gesundung der deutschen Währung
(...)
Schlußfolgerungen (...)
Ich halte es für falsch, zu sagen, daß wir den Friedensvertrag so lange erfüllen wollen, bis sich in jedem einzelnen Punkt die Unmöglichkeit zeigt. Müssen wir uns denn in jedem einzelnen Falle erst die Köpfe blutig rennen, damit man die falsche Rechnung erkennt? Dann wird, bis alle Unmöglichkeiten erkannt sind, der Wirschaftskörper verblutet am Boden liegen.

(Ruge/Schumann, Dokumente zur deutschen Geschichte 1924-1929, S. 47 ff)

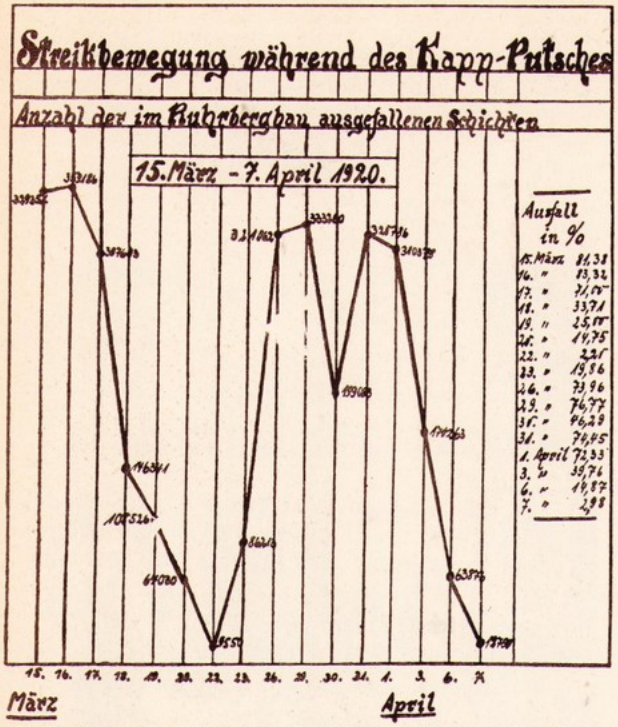
„Mit einer erstaunlichen Gesetzmäßigkeit bildete sich nun die „Rote Front" an der Lippe gegen den Wehrkreis VI, angelehnt mit dem linken Flügel an den Rhein südlich Wesel, der rechte Flügel gestaffelt zurückgenommen und zum Schutze gegen Umfassung durch weit vorgeschobene Detachements gesichert. Vorposten-Abteilungen vor der Front bei Haltern, Lüdinghausen und Hamm. Ein erfahrener Generalstäbler hätte es nicht besser machen können... Überhaupt verblüffte die Militärs die Führungs- und Organisationstechnik der Roten Verbände (!)..."

Polizeioberst Schützinger, Bürgerkrieg, S. 27, zit. nach Erwin Brauer, Der Ruhraufstand von 1920, Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin 1930)

Spartakistische Geschütze beim Krupp-Denkmal am Markt von Essen nach der Einnahme der Stadt am 19. März 1920



Protestversammlung der Arbeiter der Krupp-Werke in Essen



(Erwin Brauer, Der Ruhraufstand von 1920, Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin 1930, Titel-Innenblatt)

Aus dem Stinnes-Plan vom Oktober 1922 zur verstärkten Auspowerung und Unterdrückung der Arbeiterklasse

(...) dem deutschen Volke (müssen) die folgenden Fragen vorgelegt werden: Unter der Voraussetzung, daß die Entente sich zur völligen Räumung Deutschlands (einschließlich des Saargebiets) bis, sagen wir, zum 1. April 1923 verpflichtet, jede Art von Sanktionen, Vergeltungen, Liquidationen, Kommissionen und Zwangslieferungen aufgibt und von jetzt ab sich in keiner Weise in Deutschlands innere Verwaltung einmischt, wird Deutschland seine Bereitwilligkeit erklären, möglichst durch das Mittel der Volksabstimmung, die folgenden Verpflichtungen auf sich zu nehmen, ohne die eine Rückkehr zu gesunden Verhältnissen unmöglich ist: 1. Sie (die Arbeiter) werden Überstunden machen, ohne besonderen Zuschlag für Überstunden,d.h. einfach als eine Verlängerung des Acht-Stundentags, und das so lange und in zureichendem Maße, um a) das deutsche Handelsgleichgewicht aktiv zu gestalten, um b) die Zahlung von Zinsen und die Amortisation für eine Goldanleihe sicherzustellen, durch welche der Wiederaufbau von Frankreich und Belgien bewirkt und die Stabilisierung der deutschen Währung vorgenommen werden soll. (Details sind von Sachverständigen auszuarbeiten. Es wird hier angenommen, daß wenigstens die Arbeit von 2 Überstunden für eine Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren gefordert werden muß.)

2. Die Regierungskontrolle über alle Zweige innerer und ausländischer Geschäftsverbindungen wird aufgehoben, insbesondere die Demobilisierungsvorschriften und alle Subventionen, in welcher Form sie auch auftreten mögen, darunter die Mietvorschriften (Zwangsmiete), staatlich festgesetzte Getreidelieferungen, Festsetzung von Höchstpreisen, Verbote oder Einschränkungen von Einfuhren und Ausfuhren, Herabsetzung der Eisenbahntarife unter den Selbstkostenpreis, besonders beim Passagierverkehr, Zwangsbesteuerung, Zwangssyndikate, Fremdensteuern und Steuern für die Vermietung von Behelfswohnungen. Andererseits wird Deutschland, sobald es wieder mit normalen Löhnen unter normalen Bedingungen arbeitet, überall in der Welt die handelspolitische Meistbegünstigung erhalten und wird Zugang zu allen Rohmaterialien und kolonialen Gebieten bekommen, ohne Rücksicht auf die Landesflagge, und unter denselben Bedingungen wie die übrige Welt. (Details sind von Sachverständigen auszuarbeiten.)

3. Die deutsche Mark ist sofort zu stabilisieren an dem Punkt, auf dem sie sich bei Gewährung der Stabilisations- und Reparationsanleihe wie unter 1b befindet und an dem die folgenden weiteren Bedingungen für die Dauerhaftigkeit der Stabilisation geschaffen sind:

a) Für die Dauer von wenigstens fünf Jahren soll jeder Streik in jedem industriellen Unternehmen, das für die nationale Wirschaft lebensnotwendig ist, verboten und als strafbare Handlung betrachtet werden ...(Sachverständige haben zu entscheiden, welche industrielle Unternehmen unter die Bestimmungen fallen, und worin die Bestrafungen bestehen sollen.) (...)

b) Die deutschen Steuergesetze müssen so geändert werden, daß sie Sparsamkeit (Neigung zum Sparen) der Bevölkerung anregen, die Ansammlung von Kapital fördern, die Achtung vor dem Privateigentum wiederherstellen, während Eigentumsverbrechen außergewöhnlich strenger Bestrafung zu unterwerfen sind. (Detaillierte Vorschläge sind von Sachverständigen zu machen.)

d) Die Verwaltungskörper aller Ministerien und Regierungsabteilungen müssen auf ein Minimum reduziert werden und alle Gesetze, die seit Kriegsbeginn in Kraft getreten sind, müssen in der Absicht überprüft werden, um festzustellen, ob ihre Wirkung der Produktion nicht in einer oder der anderen Weise hinderlich war. (Detaillierte Vorschläge sind durch Sachverständige zu machen.)

Personen der bürgerlichen Klassen oder Pensionäre, die durch die Inflation ihrer Existenz verlustig gegangen sind, sollen vom Staat vermittels provisorischer Mindestpensionen unterstützt werden, daß sie sich anständig unterhalten können und nicht in ihrer Verzweiflung zur Gefahr für Deutschland und die Welt werden.

(Ruge/Schumann, Dokumente zur deutschen Geschichte 1919 – 1923, s.67f)

Ernährungslage im Ruhrgebiet Juni bis September 1923

Brotpreise in Dortmund: Ein Pfund markenfreies Brot kostete am 5.4.1923 700 Mark, am 7.7. 2600 Mark, am 7.8. 25000 Mark, am 9.8. 33000 Mark, am 24.8. 230000 Mark, am 8.9. 1000000 Mark, am 29.9. 8300000 Mark.
In den offiziellen Berichten über die Ernährungslage im Ruhrgeibet in der ersten Augusthälfte 1923 heißt es u.a.: „Gegen deutsche Mark ist so gut wie nichts mehr zu haben. Nicht nur das Ausland, sonder auch das Inland bietet nur Lebensmittel gegen fremde Währung an." ... Nach Essen wird nur der fünfte Teil der in den früheren Jahren eingeführten Gemüsemengen geliefert ... Der Milchverbrauch in Mühlheim beträgt 20% im Vergleich zu 1913 47% im Vergleich zu 1922 ... Festgesetzte Brotration ist 3,5 Pfund pro Kopf und Woche. „Die Mehlzufuhr für das freie Brot ist stockend, außderdem sind die Preise derart in die Höhe gegangen, daß es der breiten Masse der Bevölkerung nicht mehr möglich ist, den erforderlichen Rest des Brotes im freien Verkehr zu erwerben ... In vielen Fällen (haben sich) große Trupps zusammengerottet, die gewaltsam von den Feldern in der Umgebung Düsseldorfs, besonders in der Hammer Gegend, die Frühkartoffeln sich angeeignet haben. Nachdem die letzteren nun abgeerntet sind, vergreift man sich sogar an den noch vollständig unreifen Spätkartoffeln."

(Ruge, Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebiets, S. 134 f)

Aus dem Garantiepakt (Anlage A zum Schlußprotokoll der Konferenz von Locarno, 5.-16. Oktober 1925)

Art. 1 Die Hohen Vertragschließenden Teile garantieren, jeder für sich und insgesamt, in der in den folgenden Artikeln bestimmten Weise die Aufrechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und Deutschland und Frankreich ergebenden territorialen Status quo, die Unverletzlichkeit dieser Grenzen, wie sie durch den in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag oder in dessen Ausführung festgesetzt sind, sowie die Beobachtung der Bestimmungen der Artikel 42 und 43 des bezeichneten Vertrages über die demilitarisierte Zone.

Art. 2 Deutschland und Belgien und ebenso Deutschland und Frankreich verpflichten sich gegenseitig, in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten.

Die Bielefelder Vereinbarungen

über den Abbruch der Kämpfe im Industriegebiet.

Anwesend:

Giesberts, Reichspostminister,
Severing, Reichskommissar,
Enz-Barmen, (Mehrh. Soz.),
Chielemann-Düsseldorf, (Mehrh. Soz.),
Alupsch-Dortmund, (Mehrh. Soz.),
Paul-Ronsdorf, (U. S. P.),
Oettinghaus-Gevelsberg, (U. S. P.),
Bratz-Remscheid, (U. S. P.),
Aloft-Essen, (Zentrum),
Hamm-Recklinghausen, (Zentrum),
Sasse-Hagen, (G.-D. Gew.),
Cuno-Hagen, (Kommunalvertreter),
Dr. Jarres-Duisburg, (Kommunalvertreter),
Charpentier-Elberfeld, (K. P. D.),
Triebel-Barmen, (K. P. D.),
Herbrig-Gelsenkirchen, (U. S. P.),
H. Meyer-Düsseldorf, (Freie Gewerkschaften
Imbusch-Essen, (Christl. Gewerkschaften),
Stens-Hagen, (Demokrat)

ferner später:
Major Anuth, Wehrkr.-Kdo. VI,
Major Mende, Reichswehrgr.-Kdo. II,
Oberlt. Jaenicke, Wehrkr.-Kdo. VI,

als Protokollführer:
Mehlich.

Wortlaut der amtlichen Niederschrift:

Verhandelt Bielefeld, den 24. März 1920.

Die Vertreter aller beteiligten Parteien und Erwerbsgruppen erklären, daß sie ihre Forderungen zur Entwirrung der aus dem Kapp-Putsch entstandenen Lage mit der Verfassung und der Regierung auf Grund folgender Vereinbarung in Einklang bringen wollen:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierung im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellungen und Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemaßregelten Organisationsvertreter.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale, wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Uebernahme der Kohlen- und des Kalisyndikats durch das Reich.

7. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgend eines Standes. Bei der Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.

Unter die danach aufzulösenden Truppen fallen nach Ansicht der Kommission die Korps Lüttwitz, Lichtschlag und Schulz.

8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel, und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Stadt und Land. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

9. Die verfassungsmäßigen Behörden walten ihres Amtes nach den gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs- oder Aktionsausschüsse haben in Gemeinschaft mit der Gemeindebehörde die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dies muß spätestens innerhalb 10 Tagen geschehen. Danach tritt an die Stelle jener Ausschüsse ein aus der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft und den Mehrheitsparteien gebildeter Ordnungsausschuß, der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeindeorganen bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt.

10. Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, soweit erforderlich, eine Ortswehr in Stärke bis zu 3 auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten gebildet. Für die Zeit, während welcher sie zum Dienst eingezogen sind, werden sie, soweit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt. Durch die Bildung der Ortswehren sind die Einwohnerwehren aufgehoben.

11. Die sämtlichen Beteiligten verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Arbeiterschaft restlos zur gewohnten Arbeit sofort zurückkehrt. Die Arbeitgeber sind gehalten, die rückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen.

12. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition sowie die Rückgabe requirierten und erbeuteten Heeresgeräts an die Gemeindebehörden.

13. Alle Gefangenen sind sofort, spätestens bis zum 27. März, mittags 12 Uhr, zu entlassen.

14. Bei loyaler Einhaltung dieser Vereinbarungen wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Nach der Erklärung des Bevollmächtigten des Wehrkreiskommandos VI und des Reichskommissars wird das Wehrkreiskommando in politisch-militärischen Angelegenheiten nur auf schriftliche Anweisung des gesamten Reichsministeriums handeln. Ferner erklärt der Reichskommissar, daß er einen Vertrauensmann der Arbeiterschaft berufen werde, der bei allen militärisch-politischen Handlungen, über die der Reichskommissar mit zu befinden hat, gehört werden soll.

15. Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden, der allgemeine Ausnahmezustand dann, wenn die unter Ziffer 9 bis 12 festgesetzte Regelung erfolgt ist.

16. Herr Reichspostminister Giesberts wird die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten dem Reichskabinett vortragen, mit dem Bestreben, daß die Kosten vom Reiche übernommen werden. Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß das Reich die Kommunalverbände für alle ihnen aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden schadlos hält.

17. Weder den Arbeitern, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und Einwohnerwehren und den Mannschaften der Reichswehr dürfen Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.

Giesberts, Reichspostminister, Severing, Chielemann, Heinr. Meyer, F. Alupsch, E. Sasse, Cuno, Stens, Imbusch, Aloft, Hamm, Dr. Jarres, Max Herbrig, Paul, Oettinghaus
O. Bratz, W. Enz, Fritz Charpentier, O. Triebel.
Mehlich, Protokollführer.

Aufruf:

Der Bezirk Niederrhein der U. S. P. D erläßt folgenden Aufruf:

Nachdem nun nach einem vorläufig gelungenen Putsch in Berlin es der Reaktion gelungen ist, eine gegenrevolutionäre Regierung zu bilden, verpflichten sich die sozialistischen Parteien des Niederrheins, den Kampf gegen die neugebildete Kapp-Regierung mit allen Kräften geschlossen aufzunehmen.

Der einheitliche Kampf muß geführt werden mit dem Ziele:

1. **Erringung der politischen Macht durch die Diktatur des Proletariats, bis zur Festigung des Sozialismus auf der Grundlage des reinen Rätesystems.**
2. **Sofortige Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftsbetriebe.**

Diesen Ziel zu erreichen, rufen die unterzeichneten Parteien alle Arbeiter, Beamte und Angestellte auf, am Montag, den 15. März geschlossen in den Generalstreik zu treten.

Die Eisenbahner werden verpflichtet, jede Beförderung von Truppenmassen und Munition zu verhindern, jedoch Lebensmittelbeförderung sicher zu stellen.

U. S. P. D.
K. P. D.
M. S. P. D.

Gewerkschaftliche Karikaturen zur Lage des Arbeiters 1914 und 1923

Die rhein.-westf. Betriebsräte

an die Arbeiter Frankreichs, Englands, Belgiens

An die Roten Gewerkschaften Frankreichs (Einheits-Verb.)
An den französischen Gewerkschaftsbund, Paris
An den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund
An den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte
An die Union der Hand- und Kopfarbeiter, Gelsenkirchen
An die Sozialistische Partei Frankreichs
An die Kommunistische Partei Frankreichs
An die Sozialistische Partei Belgiens
An die Kommunistische Partei Belgiens
An die Arbeiterpartei Englands
An die unabhängige Arbeiterpartei Englands
An die Kommunistische Partei Englands
An die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands
An die Unabh. Soziald. Partei Deutschlands (Ledebour)
An die Kommunistische Partei Deutschlands
An das Aktionskomitee der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands
An die Gewerkschaftsinternationale, Amsterdam,
An die Rote Gewerkschaftsinternationale, Moskau
An die Zweite Sozialistische Internationale, London
An die Dritte Kommunistische Internationale, Moskau
An die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft, Wien
An das Proletariat Frankreichs, Belgiens, Englands und Deutschlands

Genossen!

Die militärische Besetzung des Rheinlandes und Westfalens hat einen Wirtschaftskrieg entfesselt, welcher Rheinland-Westfalen zu untergraben und die proletarischen Massen zu vernichten droht. Das Wirtschaftsleben ist lahmgelegt, die Eisenbahnen stehen. Not und Elend klopfen an die Türen. **Die Teuerung steigt enorm.** Jede neue Verordnung der deutschen Regierung zwingt die Arbeiter zu neuer **Sabotage** und richtet sie mehr zu Grunde. Jede neue Verordnung der militärischen Behörden Frankreichs raubt den proletarischen Massen ihre Freiheit und trabt zu ihrer weiteren Verschlimmerung. **Fünf Jahre kann es dauern, sagt Poincaré.** Kampf mit allen Mitteln, antworten die deutschen Nationalisten. Das französische Militär wird weiter mobilisiert und verstärkt. **In den unbesetzten Gebieten bewaffnen sich ununterbrochen die nationalistischen Banden. Die Rheinlandrepublik ist die Parole von Poincaré; der innerstaatliche Aufstand ist die Parole der deutschen Nationalisten.**

Die Gefahr des militärischen Krieges mit Handgranaten, Giftgasen und Bomben ist drohend und eine mögliche Folge des wirtschaftlichen Krieges. Die Zerstörung des Kohlenreviers im Ruhrgebiet wird die Vernichtung Europas bedeuten und die restlose Versklavung der deutschen und französischen proletarischen Massen. In derselben Zeit treiben die industriellen Kreise Frankreichs und Deutschlands einen **offenen Kuhhandel auf Kosten des Proletariats.** Der Vertreter des linken französischen Blocks Herriot erklärt sein Einverständnis mit dem Programm von Hugo Stinnes. Die Kreise um Stinnes und Loucheur arbeiten auf eine „Verständigung" hin. Kommt diese aber zustande, wird das Programm von Hugo Stinnes durchgesetzt, dann werden die arbeitenden Massen auf die Straße geworfen, die Produktion wird verringert, die Arbeitslosigkeit untergraben, die Wirtschaft ruiniert, die Profite aber werden steigen. Diesen beiden Gefahren des imperialistischen Krieges und der kapitalistischen Verständigung steht das Proletariat Rheinland-Westfalens gegenüber. Beides bedeutet für das Proletariat Zerreißung und Untergang.

Der Frieden Europas ist in Gefahr, die Wirtschaft bedroht durch die rücksichtslose und brutale Offensive des Kapitals von beiden Seiten des Rheins. Tatsache steht ein großer Teil der proletarischen Massen diesem Gefahren gegenüber. Wo sind die starken Gewerkschaften mit ihren Millionen Arbeitern, wo ist die Abwehraktion gegenüber den deutschen und französischen Imperialisten und Militaristen und der Offensive des französischen und deutschen Kapitals? Die entbehrenden Massen werden die Arme der nationalistischen Agitation und Provokateuren getrieben, weil sie sehen, daß große Arbeiterorganisationen keinen Kampf führen wollen.

Eine Konferenz der Betriebsräte der Berg- und Hüttenindustrie hat sofort nach der gewaltsamen Besetzung Rheinland-Westfalens, in Essen, am 24. Januar Forderungen aufgestellt zur Abwehraktion gegen die Verpreußung und Versklavung der proletarischen Massen Rheinland-Westfalens und für die Abwehraktion des Proletariats Deutschlands und Frankreichs gegenüber den drohenden Gefahren. Diese lauten:

1. **Kampf auf der ganzen Linie gegen jeden nationalistischen Krieg.**
2. **Abzug der Besatzungstruppen der Entente.**
3. **Sturz der Regierung Cuno. Bildung einer Arbeiterregierung, die sofort ein Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjet-Rußland schließt und proletarische Wiederaufbaupolitik, zusammen mit den Arbeitern in den Ententeländern, durchführt.**
4. **Sofortige Entwaffnung der konterrevolutionären Banden in ganz Deutschland und Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft.**
5. **Sofortige Einführung der Sechsstundenschicht zur Steigerung der Produktion im Bergbau. Keine Durchbrechung des Achtstundentages in den übrigen Industrien.**
6. **Ausreichende Lohnerhöhung. Bereitstellung von genügend großen Mengen verbilligter Lebensmittel, sofortige Auszahlung von 100 000 Mark Teuerungszulage an alle Arbeiter, Angestellte, Kriegsbeschädigte und Sozialrentner, wie die Staatsarbeiter sie erhalten haben.**
7. **Beseitigung des zehnprozentigen Steuerabzuges vom Lohn.**
8. **Sofortige Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen in Deutschland und Frankreich.**
9. **Restlose Bezahlung der durch den Streik ausgefallenen Schichten.**

Der 23er Ausschuß der rheinisch-westfälischen Betriebsräte wendet sich an euch, Arbeiterorganisationen und Arbeiterparteien in der Stunde der größten Gefahr und ruft euch auf, sofort eine Konferenz aller erreichbaren Organisationen einzuberufen zu bringen, welche konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen, zur Abwehr des Faszismus und Militarismus, zum Kampfe gegen die Offensive des Kapitals seitens der deutschen und französischen Bourgeoisie, zur Rettung der proletarischen Massen vor dem Untergange zu beraten und zusammen zum Kampfe gegen die Offensive des Kapitals seitens der deutschen und französischen Bourgeoisie, zur Rettung der proletarischen Massen vor dem Untergange zu beraten und zu arbeiten hat. Die großen Massen, welche hinter diesen Organisationen stehen, und von Machtlosigkeit und entsetzt, im Kampfe den Lösung aller Fragen zu erwarten. Der Abwehrkampf muß sofort aufgenommen werden. Wer es ablehnen wird, diesen Abwehrkampf mit gemeinsamen Kräften aufzunehmen, stellt sich besser die Bourgeoisie und trägt die volle Verantwortung für die endgültige Zerstörung Mitteleuropas, welche die ganze Welt in einen vorprovokativen Abgrund reißen wird. Dieser Untergang bedeutet den Untergang und die Versklavung des deutschen und französischen Proletariats. Wer ernsteren schlüssigeren Antwort und schnellstem Handeln. Gut an das Gebot der Stunde.

Der 23er Ausschuß der Betriebsräte Rheinland-Westfalens.
I. A.: Ewald Sperkert, Barmen-R., Hauptstraße 35

Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 22.Januar 1923 zum Kampf gegen das deutsche und das französische Monopolkapital

Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!
An die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Der Kampf an der Ruhr wächst sich aus zu einem entscheidenden Kampfe zwischen der deutschen und französischen Bourgeoisie, und er wird sich zu einem Kampfe zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem deutschen Proletariat gestalten.

Die deutsche Bourgeoisie hat sich entschlossen, dem französischen Imperialismus einen organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Die französische und deutsche Bourgeoisie sind einverstanden, einen gemeinsamen Trust zu bilden, der die Ruhrkohle mit den französischen Erzen verbindet. Aber die französischen Kapitalisten wollen die Oberhand haben. Sie verlangen für sich 60 Prozent des Anteils, während sie den Stinnes, Krupp und Thyssen nur 40 Prozent bewilligen.

Um die 10 Prozent geht der Kampf!

Es geht weiter darum, ob die deutsche Bourgeoisie endlich selber einen Teil der Reparationslasten auf sich nimmt. Sie hat sie bisher gezahlt aus dem Schweiße der deutschen Arbeiter, denen sie in immer mehr entwertetem Gelde den Lohn zahlte, um auf diese Weise billig die Waren im Auslande zu verschleudern. Es ist schwer, das Lebensniveau der Arbeiter noch weiter herunterzudrücken, und die Zeit ist gekommen, wo die deutsche Bourgeoisie selbst zahlen muß. Das will sie nicht. Sie fordert einen Zahlungsaufschub für mehrere Jahre, in der Hoffnung, daß nach diesen Jahren die Beziehungen Frankreichs zu den Alliierten sich so verschlechtern werden, daß sie nichts mehr zu zahlen haben wird. Die Franzosen haben das Ruhrgebiet besetzt, um die deutsche Schwerindustrie an der Gurgel zu fassen und sie zum Zahlen zu zwingen.

Den Kampf um die 10 Prozent und den Kampf um die Reparationsmilliarden kämpft die Bourgeoisie auf dem Rücken der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Mittelstandes aus. Der Marktsturz bedeutet für sie die Möglichkeit einer neuen Schleuderkonkurrenz im Auslande. Aber für die deutschen Arbeiter, für die Kleinrentner bedeutet er wachsende Teuerung und Hunger. Und diesen Hunger und diese Teuerung, von denen sie sich mästet, wendet die deutsche Bourgeoisie als Mittel an, um die ausgepowerten Massen nur gegen Frankreichs Imperialismus aufmarschieren zu lassen. Auf diese Weise schlägt sie zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie bekommt die Unterstützung breiter ehrlicher Volksmassen in ihrem Kampfe um die Reparationsmilliarden und die 10 Prozent der Anteilscheine am Kohlen- und Eisensyndikat und gleichzeitig schwemmt sie alle Dämme hinweg, die nach der Ermordung Rathenaus notgedrungen von der schwachen Wirth-Regierung gegen die Konterrevolution aufgerichtet worden waren. Vor dem Reichstag demonstrieren zusammen Zentrum, Demokraten mit den Deutsch-Nationalen und den Deutschvölkischen, den Erzberger- und Rathenaumördern, und in diesem Bündnis werden natürlich die von der Schwerindustrie ausgehaltenen weißen Mörderorganisationen Sieger bleiben.

Die Cuno-Regierung dient als Vorspann einer offen gegenrevolutionären Regierung. . . .

Arbeiter und Arbeiterinnen!

In dieser Situation muß das Proletariat wissen, daß es nach zwei Seiten zu kämpfen hat. Das deutsche Proletariat kann sich natürlich dem fremden kapitalistischen Eindringling nicht unterwerfen. Die französischen Kapitalisten sind um keinen Deut besser als die deutschen, und die Bajonette der französischen Besatzungstruppen sind nicht weniger scharf als die der Reichswehr. Die Kommunistische Partei fordert die klassenbewußten Arbeiter des Ruhrgebiets auf, den Abwehrkampf gegen die französischen Besatzungsbehörden mit voller Energie zu führen. Aber es gilt zu kämpfen, wo Arbeiterrechte mit Füßen getreten werden. Es gilt zu kämpfen um Freiheit und Brot für die Arbeiter des Ruhrgebiets.

Fort mit den Truppen aus den Werkstätten, Gruben und Eisenbahnen! Aber gleichzeitig fordert überall Lohnerhöhung, der wachsenden Teuerung entsprechend, wenigstens um 100 Prozent! Fordert überall die Einstellung jeder polizeilichen Unterdrückung seitens der deutschen Behörden! In derselben Zeit, wie die deutsche bürgerliche Presse als Verteidiger der „Freiheit" im Ruhrgebiet auftritt, wagt die deutsche Regierung, unser Essener Organ, das „Ruhr-Echo", zu verbieten. Nieder mit den Bütteln des deutschen Kapitals!

(. . .)

Nur wenn ihr überall im ganzen Reiche aufmarschiert als selbständige Kraft, als Klasse, die um ihre eigenen Interessen kämpft, werdet ihr imstande sein, der Gefahr entgegenzutreten, die in der Stärkung der deutschen Bourgeoisie durch den nationalistischen Taumel liegt. Nur wenn ihr getrennt von der deutschen Bourgeoisie, ihr das Handwerk legend, auftretet, werden die Arbeiter des Auslandes, in erster Linie die französischen Arbeiter, euch zu Hilfe eilen. Die französischen Kommunisten und die französischen revolutionären Gewerkschaftler werden nicht imstande sein, große Massen des französischen Proletariats auf die Beine zu bringen zum Kampfe gegen die imperialistische Regierung Poincaré, wenn die französischen Arbeiter sehen, daß ihr Hand in Hand mit Stinnes und Thyssen, mit der Regierung Cuno aufmarschiert.

In den Kampf gegen den räuberischen Kapitalismus Frankreichs! In den Kampf gegen die Raubpläne Poincarés!

In den Kampf gegen Stinnes, Thyssen und Krupp, gegen ihre Handlanger aus der Cuno-Regierung!

Es lebe die Solidarität des deutschen und des französischen Proletariats gegen die französische und deutsche Bourgeoisie!

Berlin, den 22. Januar 1923

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

(Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII/2, S. 210-213)

Aus einem Artikel des „Berliner Börsen-Couriers" vom 10. März 1923 über die Möglichkeit der Schaffung eines deutsch-französischen Montantrusts

Vor der Ruhrbesetzung und auch in den ersten Tagen nach dem Einmarsche ließen die Interessenten der französischen Schwerindustrie an führende Werke und Konzerne Westfalens die Frage richten, ob sie ihnen eine kapitalistische Beteiligung von etwa 60 v.H. des Gesamtkapitals einräumen würden. Diese Frage ist selbstverständlich verneint worden; ihre Bejahung hätte nichts weniger als die Auslieferung der deutschen Industrie an den französischen Kapitalismus bedeutet. An sich ließe der Gedanke der Verständigung und des Zusammenwirkens der beiden Industrien auch im Rahmen einer eigenen finanzkapitalistischen Interessengemeinschaft verwirklichen; auf die Dauer vielleicht sogar besser als durch bloße Lieferungsverträge. Aber eine solche Gemeinschaft könnte nur fruchtbar werden, wenn ihr Inhalt und ihr Ziel gleichberechtigtes Zusammenwirken wäre.

(Ruge/Schumann, Dokumente zur Deutschen Geschichte 1924-1929, S. 75)

Aus der geheimen Denkschrift aus dem Reichswirtschaftsministerium vom 6. Dezember 1925 über die Reise von Generaloberst Hans v. Seeckt, Chef der Heeresleitung, durch das Ruhrgebiet in der Zeit vom 24. bis 28. November 1925

Mündliche Besprechung S(einer) E(xellenz) über die Reise mit Herrn Krupp v. Bohlen. Festlegung des Programmes durch Waffenamt mit den bedeutensten Werken des Ruhrgebietes unter besonderer Berücksichtigung der für die Rüstungsindustrie in Frage kommenden Firmen (...)

Entgegenkommen von Krupp gegenüber Militärverwaltung aus Erfahrungen in der Konstruktion zu erhalten, Ausnutzung der Persönlichkeiten und Festlegung zum Frühjahr des Modells eines „deutschen Tanks". Die vom W(affen) A(mt) als notwendig bezeichnete Konstruktionsfrist von 9 Monaten muß abgekürzt werden.

(Ruge/Schumann, Dokumente zur deutschen Geschichte 1024-1929, S. 56 ff)

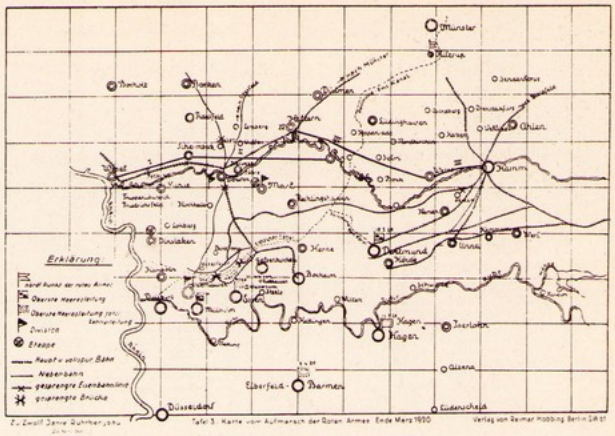
d) Die Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus. Streben nach Einheitsfront gegen Faschismus und Krieg.

Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Club zu Düsseldorf am 27.1.1932

„... Heute ist die Weltlage kurz folgende: Deutschland, England, Frankreich [illegible] außerdem – aus nicht-zwingenden Gründen – die amerikanische Union [illegible] eine Reihe von Kleinstaaten sind Industrienationen, angewiesen auf Export. Nach Beendigung des Krieges haben alle diese Völker einen von Gebrauchsartikeln ziemlich geleerten Weltmarkt vorgefunden. Nun stürzten sich die durch den Krieg wissenschaftlich-theoretisch genialisierten Industrie- und Fabrikationsmethoden auf diese große Leere, begannen die Betriebe umzustellen, Kapitalisten investieren und unter dem Zwang der investierten Kapitalien die Produktionen auf das äußerste zu steigern. Dieser Prozeß konnte zwei, drei, vier, fünf Jahre gut gehen. Er konnte weiter gut gehen, wenn entsprechend der rapiden Steigerung und Verbesserung der Produktion und ihrer Methoden neue Absatzmöglichkeiten geschaffen wurden. Eine Frage von eminentester Bedeutung, denn die Rationalisierung der Wirtschaft führt, vom Beginn der Rationalisierung der Grundwirtschaft angefangen, zu einer Einsparung der menschlichen Arbeitskraft, eine Einsparung, die nur dann nützlich ist, wenn die eingesparten Kräfte ohne weiteres wieder in neue Wirtschaftszweige überführt werden können. Wir sehen aber, daß nach dem Weltkriege eine wesentliche Erweiterung der Absatzmärkte nicht mehr stattfand, im Gegenteil: daß sie dadurch relativ zusammenschrumpften, daß die Zahl der exportierenden Nationen sich langsam steigerte, und daß eine Anzahl früherer Absatzmärkte selbst industrialisiert wurden, daß endlich ein neuer Großexporteur, die amerikanische Nation – die vielleicht, heute noch nicht allgewaltig auf allen Gebieten in Erscheinung tritt, aber wohl auf einzelnen – mit Produktionsvorteilen rechnen kann, die wir in Europa nun einmal nicht besitzen und nicht besitzen können...

... Die weiße Rasse kann aber ihre Stellung nur dann praktisch aufrecht erhalten, wenn die Verschiedenartigkeit des Lebensstandards in der Welt aufrecht erhalten bleibt. Geben Sie heute unseren sogenannten Absatzmärkten den gleichen Lebensstandard, wie wir ihn haben, und Sie werden erleben, daß die nicht nur in der politischen Macht der Nation, sondern auch in der wirtschaftlichen Stellung des einzelnen sich ausdrückende Vormachtstellung der weißen Rasse nicht mehr gehalten werden kann."

(Verlag Frz. Eher, GmbH, München 1932)

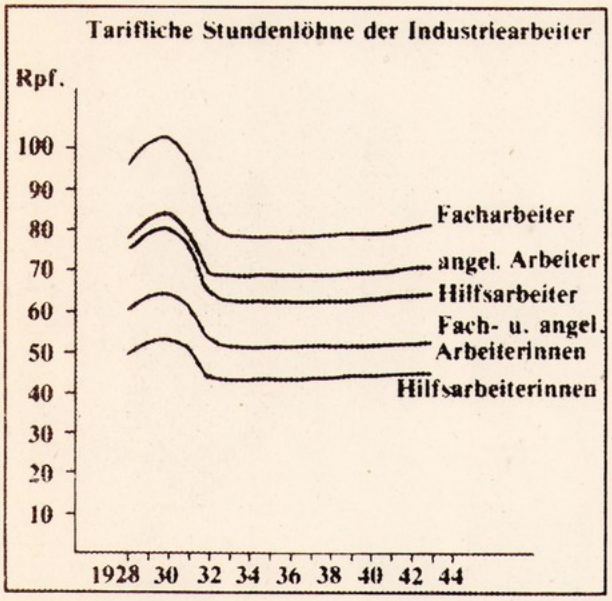


Zahl der Aktiengesellschaften (1927-1939)

1927	11966	1937	6094
1931	10437	1938	5518
1933	9148	1939	5353

nach: Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus (Charles Bettelheim) trikont-theorie

Plakat der Kommunistischen Jugendverbände und der Kommunistischen Jugendinternationale „An die französischen Soldaten"



Anteil Deutschlands am Welthandel (1929-1937) in %

	Wert	
	Importe	Exporte
1929	9,1	9,9
1932	8,1	11,0
1934	8,9	9,1
1935	9,2	9,2
1936	7,8	9,3
1937	8,1	9,4

(Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, Charles Bettelheim)

Anteil der einzelnen sozialen Klassen an der Gesamtbevölkerung (1925-1939) in Prozent der Gesamtbevölkerung

	1925	1933	1939
Selbständige	20,9	19,8	16,2
Mithilfe im Familienbetrieb	9,8	9,6	9,8
Angestellte und Beamte	19,1	18,5	20,4
Arbeiter	50,2	52,1	53,6

nach: ebd.

Entwurf einer Rede Krupps „Gedanken über den großindustriellen Unternehmer", die er Ende 1943 oder Januar 1944 halten wolle.

„. . . man hat es weiß Gott doch manches Mal vor 1933 dem Unternehmer recht schwer gemacht, sich als tief innerlich verantwortlich bewußten Leiter seines Betriebes zu zeigen und zu geben. Diese seit 1933 geradezu mit elementarer Plötzlichkeit eingetretene Wandlung in der Auffassung über die innerlich begründete Gemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer – ich benutze hier noch einmal bewußt diese alte Formel – ist nur dem einzigartigen Genie des Führers und seiner revolutionären Bewegung zu danken, des Führers, der durch die Wucht seiner Persönlichkeit und seiner Lehre die Gesamtheit des deutschen Volkes für die von ihm vertretenen Ideen, für die nationalsozialistische Weltanschauung gewann. Es ist klar, daß durch die gesetzliche Bestellung des Unternehmers zum Gefolgschaftsführer diesem ein viel breiteres und schöneres wirklich vollen Erfolg verheißenden Wirkungsfeld, gerade auch nach der menschlichen Seite hin, abgesteckt wurde als bisher, und ich darf wohl feststellen, daß die deutschen Unternehmer aus vollem Herzen die neuen Wege gingen, daß sie in edlem Wettstreit und in bewußter Dankbarkeit sich die großen Intentionen des Führers zu eigen machten und seine treuen Gefolgsmänner wurden. Wie hätten auch anders die Aufgaben zwischen 1933 und 1939 und erst recht die nach 1939 bewältigt werden können?! Nicht unter Zwang, sondern aus gutem Willen – ja mehr: Nur aus Hingabe und Begeisterung konnten und können Aufgaben so weltgeschichtlichen Umfangs erfüllt werden."

(aus „Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher" vor dem internationalen Militärgerichtshof, Band XXXV, Beweisurkunden, Ausgabe: Nürnberg 1949)

Vorher war aus dem Gebiet der Westbefestigungen folgendes gemeldet worden: Sämtliche Bunkerwärter, darunter auch Angestellte von Wach-und Schließgesellschaften, sollen durch Verfügungstruppen ersetzt werden, da der größte Teil keinen vorschriftsmäßigen Dienst mache. Die Dienstzeit beträgt 84 Stunden in der Woche einschließlich Sonntag, abwechselnd Tag- und Nachtschicht. Der Lohn 45 und 59 Pfg. pro Stunde.

. . . Mehreren Werzeugmaschinenfabriken des Aufsichtsbezirks Mönchen-Gladbach, die Aufträge bis 1932 hatten,wurden Arbeitszeiten bis zu 72 Stunden wöchentlich genehmigt."

„Einer Glasflaschenfabrik in Oberschlesien und drei Glashütten im Bezirk Düsseldorf wurde gestattet, Glasmacherlehrlinge unter 16 Jahren auch nachts abwechselnd in den je achtstündigen Schichten mit je einhalbstündiger Pause zu beschäftigen."

Man macht den Versuch, allenthalben die Kriegs- und Arbeitsinvaliden als Portiers, Anmelder und Boten umzusetzen. Man hofft allein aus den Reihen der Unfallrentner über 100000 Fachkräfte zu gewinnen. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung empfiehlt, Blinde als industrielle Arbeiter zu beschäftigen. In der Eisenindustrie hat, nach amtlicher Mitteilung, ‚der Einsatz blinder Volksgenossen bereits in einem beachtlichen Maße stattgefunden' (Berliner Tagesblatt, 21.12.38). Auch Sozialempfänger und pensionierte Beamte müssen an die Maschine, solange sie sich überhaupt noch rühren können. Denn ‚wir müssen nicht nur die Arbeitszeit verlängern, sondern noch länger in der Erwerbswelt aushalten', erklärt Staatssekretär Syrup in der Zeitschrift ‚Vierjahresplan'.

Trotzdem in den meisten Bezirken die zulässige Arbeitszeit durch Tarifordnungen der Reichstreuhänder der Arbeit auf täglich 10 Stunden (bei einer Schichtdauer von morgens 12 bis 14 Stunden) erhöht worden war, blieben die Arbeitszeitbestimmungen unbeachtet. So sind bei den in Küchen und mit der Bedienung der Gäste beschäftigten weiblichen Gefolgschaftsmitgliedern Arbeitszeiten von 16 Stunden, bei Zimmermädchen in Hotels vereinzelt sogar 20 Stunden festgestellt worden. Silvester und in den Karnevalstagen waren Gefolgschaftsmitglieder bis zu 24 und 30 Stunden beschäftigt."

„Der Inhaber einer Maschinenfabrik, der seine Dreher, Hobler und Horizontalbohrer rücksichtslos zwei Wochen hindurch in Schichten von 17, 19, 20 und 21 Stunden Dauer beschäftigte, entging infolge des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit der verdienten Strafe. Ein Sägewerksbesitzer und ein Metallwarenfabrikant im Regierungsbezirk Kassel beschäftigten ihre Arbeiter wochenlang 80, manchmal sogar bis zu 100 Stunden wöchentlich."

(Berichte der Gewerbsaufsicht, zitiert bei Kuczynski)

C Zwangsarbeit

Dienstpflicht
(endgültig ab 1939 in Kraft)

§ 1

(1) Für Aufgaben, die der Beauftragte für den Vierjahresplan als besonders bedeutsam und unaufschiebbar bezeichnet, kann das Arbeitsamt Bewohner des Reichsgebietes zur Dienstleistung verpflichten. Hierzu kann privaten und öffentlichen Betrieben und Verwaltungen vom Arbeitsamt die Abgabe von Arbeitskräften auferlegt werden.

(2) Ausländische Staatsangehörige sind nicht zu Dienstleistungen heranzuziehen, soweit für sie auf Grund von Staatsverträgen oder von anerkannten Regeln des Völkerrechts Befreiungen bestehen. (. . .)

§ 2

(5) Das Dienstverhältnis darf nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes gelöst werden. (. . .)

§ 4
(1) Der Dienstpflichtige hat dem Arbeitsamt auf Verlangen alle notwendigen Unterlagen vorzulegen sowie alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Das Arbeitsamt kann auch das persönliche Erscheinen anordnen.

(2) Der Dienstpflichtige hat die Pflicht und das Recht, Sachen, die sich in seinem Besitz oder Gewahrsam befinden, auf Verlangen des Arbeitsamtes bei der Dienstleistung zu verwenden. (...)

Göring
Ministerpräsident

Ruinierung der Gesundheit

„Kruppsche Krankenanstalten Essen, den 2.12.1942
Gewerbehygienische Untersuchungsstelle
der Medizinischen Klinik

Die gesundheitlichen Verhältnisse im Herbst 1942.
Der Krankenstand zeigt in den letzten Monaten eine aufsteigende Linie, obwohl die klimatischen Verhältnisse günstig waren.

Nur war ein auffälliger Anstieg von Magen-Darmerkrankungen zu beobachten. Diese Durchfallerkrankungen verliefen in den meisten Fällen harmlos und gingen in wenigen Tagen zurück. Allmählich kamen auch etwas schwerere Krankheitsformen zu beobachten, derart, daß sie in größerem Umfang Arbeitsunfähigkeit bedingten. Nach Mitteilung der Betriebskrankenkasse waren zeitweilig über 17% aller Arbeitsunfähigkeitsfälle durch diese Darmerkrankungen verursacht. Es handelt sich hiermit nicht um infektiöse ruhrartige Erkrankungen. Eine einheitliche Ursache dieser auch sonst im Reiche beobachteten Erkrankungen ist nicht bekannt geworden. Vielfach wurde das Brot angeschuldigt, wobei an Beimengungen von Mutterkorn und Kornrade gedacht wurde.

Verschiedene befragte Stellen vertraten übereinstimmend die Auffassung, daß als weitere Ursache des erhöhten Krankenstandes ein Nachlassen der Widerstandskraft verantwortlich zu machen ist – eine Folge der ungünstigen hiesigen Ernährungslage im Frühjahr und im Sommer. Daneben spielt eine Rolle, daß die Zurückgebliebenen z.T. überaltert und z.T. im hohem Prozentsatz körperlich anfällig und durch zusätzliche Arbeit körperlich stark belastet sind. Auch die ärztliche Versorgung ist nicht ausreichend, ebensowenig die Kontrollen."

Auf Grund der Untersuchungen der Krankenanstalten ergibt sich dann: „Auf einer Zeche ging das Körpergewicht von 253 Bergleuten seit Juni 1940 von 70,1 kg auf 53,9 kg zurück." Also ein Gewichtsverlust innerhalb von etwas über 2 Jahren um mehr als 32 Pfund, obwohl es sich hier um Schwerstarbeiter mit Höchstzulagen handelt!

Der Kruppsche Bericht faßt zusammen:
„Überblickt man die angegebenen Gewichtsverhältnisse, so muß man feststellen, daß zumindest bei der männlichen arbeitenden Bevölkerung im Laufe des letzten Jahres eine erhebliche Reduktion des Körpergewichts eingetreten ist. Die Gewichtsabnahme ist so hochgradig, daß sich in großem Umfange Erscheinungen einstellen, die man mit der nicht immer ausreichenden Ernährung in Zusammenhang bringen muß. Die Beobachtungen in den Krankenanstalten bei ambulanten Patienten und besonders auch bei Beobachtungspatienten haben ergeben, daß folgende Störungen in den Vordergrund getreten sind:
Kopfschmerzen, Schwindelgefühl, Abgeschlagenheit, Schlafbedürfnis, auffallend langsamer Puls und niedriger, manchmal vorübergehend überhöhter Blutdruck, nächtlicher Harndrang und nächtliches Schwitzen bei sonst normale Organbefund. Nicht selten findet sich eine leichte Anämie, die früher in diesem Umfange nicht zu beobachten war. Vergleicht man diese Beobachtungen mit dem Schrifttum, welches nach dem Weltkrieg über alimentäre Schäden entstanden ist, so muß man feststellen, daß es sich hier um gewisse Mangelerscheinungen handelt. Zu berücksichtigen ist, daß durch die häufigen nächtlichen Störungen infolge von Fliegeralarm und durch den zur längeren Arbeitszeit noch hinzukommenden Luftschutzdienst eine wesentliche Ursache mit liegt, daß die körperliche Widerstandskraft und Leistungsfähigkeit zurückgegangen ist, zumal der durch den verkürzten Schlaf entstehende Energieverlust nahrungsmäßig nicht kompensiert werden kann.

Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30.1.1933

Hitler Reichskanzler – Papen Vizekanzler – Hugenberg Wirtschaftsdirektor – die Frick und Göring an der Spitze der Polizei – Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister! Dies neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse!

Die Betrugsmanöver des „sozialen" Generals sind zu Ende. Die Zuspitzung der Krise, der machtvolle revolutionäre Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie, das nackte Gesicht ihrer Diktatur in äußerster Brutalität zu enthüllen. An die Stellen der „sozialen" Phrasen treten die Bajonette der Reichswehr und die Revolver der modernen SA- und SS-Kolonnen. Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampelung der letzten spärlichen Überreste der Rechte der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg – das alles steht unmittelbar bevor!

Die Partei der deutschen Arbeiter, die Partei der Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus – die KPD will man verbieten!

Die Kampforganisation der proletarischen Jugend, der KJVD, die Massenkampforganisation, die den Kampf gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür führt, die RGO, sollen verboten werden. Diese faschistischen Anschläge sollen den Kurs auf die volle Zerschlagung der Arbeiterorganisationen in Deutschland einleiten.

Das blutige, barbarische Terrorregime des Faschismus wird über Deutschland aufgerichtet. Massen, laßt nicht zu, daß die Todfeinde des deutschen Volkes, die Todfeinde der Arbeiter und armen Bauern, der Werktätigen in Stadt und Land ihre Verbrechen durchführen! Setzt Euch zur Wehr gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Konterrevoltuion! Verteidigt Euch gegen die schrankenlose soziale Reaktion der faschistischen Diktatur!

Heraus auf die Straße!
Legt die Betriebe still!
Antwortet sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde mit Streik, mit dem Warnstreik, mit dem Generalstreik!
Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen, auf allen Stempelstellen sofort Stellung für den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!
Beschließt die Arbeitsniederlegung! Beschließt Massendemonstrationen! Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen! Organisiert den Kampf!

Kampf der Arbeiter gegen verschärfte Ausbeutung und Kriegsvorbereitung in den Betrieben.

Die Arbeiter der Gießerei 4 des Krupp-Betriebes legen die Arbeit nieder

Gegen die geplante Akkordreduzierung gingen die Arbeiter der Gießerei 4 des Krupp-Betriebes in Essen mit der Waffe des Streiks vor. Geschlossen legte die Belegschaft die Arbeit nieder, führte einen 4½-stündigen Streik durch und erkämpfte eine 6%-ige Lohnerhöhung. Der Nazi-Betriebsrat und die Direktoren drohten und versuchten vergebens den Kampf abzudrosseln. Die faschistische Presse wagte nicht eine Zeile über diesen Vorgang zu bringen.

(„Informations-Bulletin", Nr. 2, Februar 1934 nach Walter A. Schmidt, S. 25)

Aus der
Resolution der Berner Konferenz der KPD, 1939: Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue, demokratische Republik

Angesichts der Sonderbestrebungen und Hemmungen, die der Einigung der Hitlergegner noch im Wege stehen, stellt die KPD vor allen Hitlergegnern und dem gesamten deutschen Volk ein Programm über den Charakter der neuen demokratischen Republik zur Diskussion, auf das sich alle Gruppen der Hitlergegner zum gemeinsamen Kampf einigen könnten. Die Grundforderungen dieses Programms sind die folgenden:

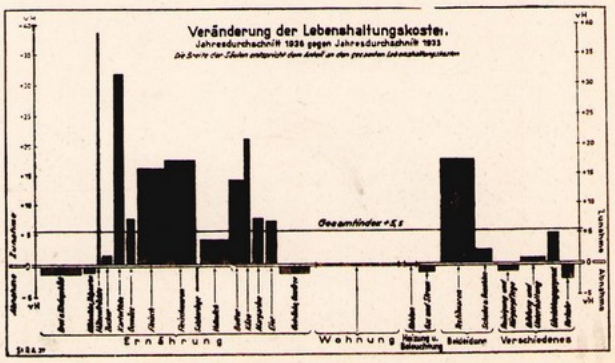
a) Aufhebung aller volksfeindlichen Gesetze. Persönliche und politische Freiheit für alle Bürger, ohne Unterschied der Herkunft, des Standes, der Rasse und der Religion; volle Glaubens- und Gewissensfreiheit; Freiheit der Organisationen, der Presse und Versammlung; Feiheit der Lehrtätigkeit, der wissenschaftlichen Forschung und künsterlichen Gestaltung; Wiederherstellung des freien, gleichen und direkten Wahlrechts; Selbstbestimmungsrecht für das österreichische Volk und für die Bevölkerung in allen von Hitler annektierten Gebieten.

b) Enteignung der faschistischen Trustkapitalisten. Durchführung einer Wirtschaftspolitik, die der Hebung des Volkswohlstandes und dem Frieden dient, an Stelle der heutigen wirtschaftszerstörenden Rüstungs- und Autarkiepolitik der nationalsozialistischen Diktatur. Schutz des bäuerlichen und mittelständischen Eigentums. Demokratische Bodenreform zugunsten der Bauern und Landarbeiter.

c) Sicherung einer Außenpolitik, die die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und die Lebensrechte des deutschen Volkes in jeder Hinsicht gewährleistet und für die Erhaltung des Friedens im Geiste der Völkerverständigung wirkt.

d) Die neue, demokratische Republik wird die Schwächen der Weimarer Republik gegenüber der Reaktion nicht wiederholen, eine gründliche Demokratisierung des Staatsapparates durchführen und solche Maßnahmen zur Verteidigung der neu errungenen Freiheit treffen, die eine Wiederkehr der faschistischen Tyrannei ein für allemal unmöglich machen.

(Die Berner Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, 1939, 30. Januar/1. Februar 1939, Berlin 1974, S. 137)



Zahl und Betrag der gezahlten Renten

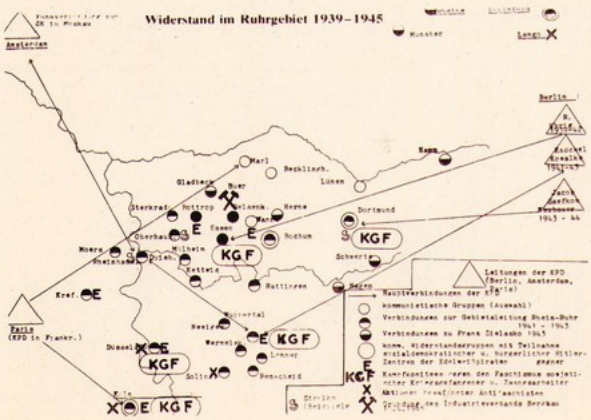
Jahr	Krankenrenten		Altersrenten		Witwenrenten	
	Zahl 1000	Mio Mark	Zahl 1000	Mio Mark	Zahl 1000	Mio Mark
1932	18,4	4,	40,2	13,4	0,65	141,4
1933	14,1	3,6	354	10,5	0,56	130,4
1934	16,7	3,4	30,9	9,1	0,58	135,8
1935	14,9	3,3	26,2	7,8	0,59	141,4
1936	13,7	3,1	21,3	6,7	0,61	146,2
1937	12,9	2,9	18,0	5,5	0,63	151,3
1938	12,2	3,0	14,7	4,6	0,65	164,1
1939	11,7	3,1	12,2	3,6	0,72	177,5

Unfälle – Schlachtbilanz des Kapitals

Zahl der Unfälle, 1932 bis 1937
(in Tausend und pro Tausend Versicherten)

Jahr	Zahl	Unfälle Pro tausend Versicherten
1932	827,0	339
1933	929,6	368
1934	1173,6	441
1935	1354,3	472
1936	1527,3	505
1937	1789,2	565

Antifaschistischer Kongreß zum Kampf um die Befreiung Ernst Thälmanns in Zürich



Sechsstündiger Streik bei Krupp, Essen

Bei der Firma Krupp, Essen, einem der größten Betriebe der Kriegsindustrie, ist es zu einem Streik gekommen. Der Streik dauerte sechs Stunden und endete mit einem Sieg der Arbeiter, die eine zweiprozentiger Lohnerhöhung durchsetzen konnten. Es wurde den Arbeitern streng verboten, irgendwo von dem Streik zu erzählen.

(„Informationsbulletin", Nr. 5, 1935 nach Walter A. Schmidt, S. 30)

Ergebnisse der Vertrauensrätewahlen

Die Wahlen zu den Vertrauensräten haben sich als eine große Pleite der Nationalsozialisten herausgestellt. Trotz Wahlterrors und gemeinster Wahlverschiebungen kamen in einer Reihe wichtiger Betriebe revolutionäre antifaschistische Mehrheiten zusammen, die sich darin äußerten, daß die Mehrzahl der Arbeiter die Liste ganz durchstrich oder auch der Wahl fernblieb, oder revolutionäre Arbeiter, die aus demagogischen Gründen aufgestellt wurden, wählten, während die NSBO-Obleute eine verschwindende Minderheit an Stimmen erhielten. Die Pleite der Nazis war so stark, daß sie es aufgegeben hatte, Ziffern bekanntzugeben ...

An der Spitze steht in unserem Bezirk jetzt das Hasper Stahl- und Eisenwerk. Hier stimmten von rund 1800 Mann Belegschaft ganze 400 für die Nazi-Liste, während 800 die Liste durchstrichen und 450 bis 500 überhaupt der Wahl fernblieben. In der Uerdinger Waggonfabrik stimmten bei den Arbeitern 200 für und 350 gegen die Nazi-Liste; bei den Angestellen 20 für und 100 gegen.

Press- und Walzwerk Reisholz: Bei 1044 abgegebenen Stimmen 421 für und 370 gegen die Nazi-Liste, Rest ungültig.

Die Belegschaft von Lebensmittel Beck lehnten fast einstimmig die Nazi-L[illegible]ab und schrieb auf dem Zettelrand den Namen des alten Betriebsrates.

Wittmann, Haspe: 650 Mann Belegschaft, höchste Stimmenzahl 432, 167 durchgestrichen, 16 ungültig.

Der Ausgang der Vertrauensrätewahlen zeigt das Wachsen der antifaschistischen Stimmungen der Arbeiter. Diese müssen jetzt in verstärktem Maße organisatorisch erfaßt werden.

(Auszüge aus der hektographischen Zeitung „Freiheit" der KPD, Bezirk Niederrhein, 1934 nach: Aurel Billstein, S. 168)

Kampf gegen Rüstungspolitik

In dem Kampf der deutschen Arbeiterschaft gegen das fieberhafte Kriegsrüsten des Faschismus fällt dem revolutionären Proletariat im niederrheinischen Industriegebiet eine bedeutungsvolle Aufgabe zu. Die Zahl der Betriebe, die mit der Kriegsindustrie eng verbunden sind, ist außerordentlich hoch. In Düsseldorf, Krefeld, Wuppertal, Remscheid-Solingen und Hagen macht die Industrie aus der Vorbereitung des imperialistischen Massenmordes ihre blutigen Profite. Die Produktion geht weit über den Rahmen der im Kriegsgerätegesetz erlaubten Rüstungen hinaus. Es ist notwendig, daß das gesamte niederrheinische Proletariat von diesem Treiben Kenntnis nimmt, damit es in der Lage ist, unter der Führung der Kommunistischen Partei den täglichen Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen zu führen.

Rheinmetall, Düsseldorf steht unter der Leitung des Reichswehrministeriums und wird mit staatlichen Mitteln finanziert. Im Laufe der letzten Monate w[illegible]en 2500 Neueinstellungen vorgenommen. Das Werk arbeitet mit mörderischem Arbeitstempo in 3 Schichten. Einstellungen erfolgen nur über die SA-Brigade Düsseldorf. Während im vergangenen Jahre durchschnittlich wöchentlich 30 Abnahmen fertiger Lieferungen erfolgten, erhöhten sich diese im Monat März 1934 auf durchschnittlich wöchtlich 150. Hier werden Langrohrgeschütze neuster Konstrukton gebaut, die dan zur völligen Fertigstellung nach Borsig, Berling, gehen. Augenblicklich werden schwere Tanks hergestellt, ferner Mörser, Maschinengewehre und Flugzeugteile, sowie Stahlbleche für Stahlhelme. Man ist mit der Konstruktion eines Maschinengewehrs beschäftigt, das mit dem Flugzeugmotor gekoppelt wird und seine Mündung in der Propellernabe hat. Rheinmetall arbeitet aber nicht nur für den deutschen Rüstungsbedarf, sondern auch für die chinesischen und japanischen Räuber. Im Februar war eine Kommission japanischer Offiziere anwesend, die die Abnahme von Teilen für Flugzeuge, Kanonen und leichte Maschinengewehre überwachte.

Krefelder Stahlwerk, Krefeld, ist eifrig mit der Herstellung besonders zäher und einschlagsicherer Stahlpanzerplatten beschäftigt. Dort und in dem jetzt aufgekauften Stahlwerk Becker in Willich werden ferner schwere Tanks gebaut.

Das Edelstahlwerk Remscheid fabriziert Kurbelwellen für Tanks, die in Krefeld eingebaut werden.

(Auszüge aus der Zeitung „Freiheit", ebenda S. 169)

Bergarbeiterjugend im erfolgreichen Widerstand

Schon mußten die faschistischen Söldlinge der Monopolkapitalisten den unter Tage beschäftigten Jungbergleuten an der Ruhr die Schichtlöhne, dieses Mal sind es sogar die Tariflöhne, generell um 5 bis 10 Prozent erhöhen. Betrug bisher der Schichtlohn eines 16jährigen Jungbergmanns bei Untertagebeschäftigung 2,69 Mk, so wurde er durch die Verordnung vom 5. Februar auf 2,95 Mk bzw. 3,23 Mk erhöht. Ein 19jähriger Kumpel, der seither im Schichtlohn 4,30 Mk je

Schicht verdiente, hat jetzt Anspruch auf einen Schichtlohn von 4,57 Mk, und insofern er die sogenannte Knappenprüfung bestanden hat, auf 4,84 Mk je Schicht. Wo liegen aber die Gründe, daß 5 Tage nach der nochmals verkündeten „Lohnstabilität" der Faschismus gezwungen ist, der Bergarbeiterjugend diese Lohnerhöhung zu gewähren?

Mit allen Mitteln des Terrors und der Demogogie versuchten die Faschisten im vergangenen Jahre das drückende Problem des Nachwuchsmangels im Bergbau durch die Einführung eines sogenannten Ausbildungsabkommens zu lösen. Dieses Ausbildungsabkommen, das die Freizügigkeit der Bergarbeiterjugend vollkommen aufhob, den angehenden Bergmann zwingen wollte, eine siebenjährige Lehrzeit durchzumachen, ihn einschließlich der Arbeits- und Militärdienstzeit zehn Jahre lang an eine Grube fesseln wollte, das den Tariflohn mit entsprechender Kürzung in eine Erziehungsbeihilfe verwandeln sollten, stieß auf den heftigsten Widerstand der Bergarbeiterjugend und der erwachsenen Kumpels. Die Bergleute weigerten sich in großem Maße, ihre aus der Schule entlassenen Söhne Bergmann werden zu lassen. In ausgesprochenen Bergarbeiterorten meldeten sich stellenweise 5 bis 6 Prozent der aus der Schule Entlassenen für den Bergarbeiterberuf, während in den Jahren vor Hitler in denselben Orten 20 bis 30 Prozent der Schulentlassenen den Weg zum Pütt einschlugen.

Auf den Gruben selbst wehrte sich die Bergarbeiterjugend mit allen nur möglichen Mitteln gegen dieses Ausbildungsabkommen. Mit Unterstützung der erwachsenen Bergleute verweigerten die jungen Kumpels in Massen trotz Drohungen und demogogischen Versprechungen die Unterzeichnung des Ausbildungsabkommens. Auf zahlreichen Gruben kündigten die Bergarbeiterjunges, an manchen Stellen kollektiv, das Arbeitsverhältnis, wenn die Grubenverwaltungen sie zur Unterschrift zwingen wollten. In anderen Fällen wieder nahmen die Jugendlichen selbst Kontraktbruch mit seinen materiellen Folgen auf sich und blieben der Grube ohne Kündigung fern. Die erwachsenen Bergleute unterstützten aktiv den Kampf der Bergarbeiterjugend.

(„Neue Presse, Paris, 26.2.1939 nach Walter A. Schmidt, S. 166)

Bedeutsame Vorgänge im Großbetrieb „Rheinmetall", Düsseldorf

Brachten dieser Tage schon der englische und der russische Rundfunk aufsehenerregende Mitteilungen über die zunehmende Unruhe und wachsende Widerstandsaktionen in den deutschen Rüstungs- und Bergbaubetrieben, so wird uns das jetzt noch von glaubwürdiger Seite aus dem Lande selbst bestätigt. Aus diesen Berichten sind die Vorgänge in einer Betriebsversammlung des Werkes „Rheinmetall" in Düsseldorf hervorzuheben. Als Folge des großen Rückganges der Arbeitsleistungen hatten die Nazibonzen im Rahmen ihrer Betriebsversammlungs-Kampagnen auch hier vor kurzem eine Versammlung durchgeführt. Bezeichnend ist, daß der Arbeitsfront-Gauobmann Bangert nicht einmal wagte, vor den Arbeitern in der großen WErkhalle selbst zu reden, sondern seine Rede durch eine Übertragungsanlage vom Direktionsgebäude aus hielt. Schon als die Arbeiter das hörten, soll es ironische Zwischenrufe gegeben haben, wie „Die können uns schon nicht mehr in die Augen sehen!" Bangert soll sich dann über das viele „Blaumachen" den „Luxus des Krankfeierns" usw. ausgetobt und erklärt haben, daß das „großdeutsche Ziel" auch über die zu steigernden Leistungen und den Lebensmittelmangel nie vergessen werden dürfe. Als er dann jedes weitere unbegründete Feiern als Sabotageakt bezeichnete, gab es einen unglaublichen Tumult unter der Belegschaft. „Noch mehr Opfer für Großdeutschland?" und viele solcher Zwischenrufe fielen, schließlich der Ruf, „Freiheit!" und dann noch „Nieder mit Hitler!" Dieser Ruf soll von der Belegschaft mit minutenlangem Beifallklatschen aufgenommen worden sein und auf die Arbeiter wie die Befreiung von einem Alpdruck gewirkt haben. Auch bei den Angestellten hat man die tiefste Zufriedenheit über die Aktion der Arbeiter feststellen können. Selbst die Direktoren sollen sich das Grinsen über die Abfuhr des DAF-Bonzen nicht haben verkneifen können.

Bezeichnend ist, daß kurz nach der Versammlung die Direktion an das Schwarze Brett eine Bekanntmachung hängen mußte, in der jede Verlautbarung über „Betriebsgespräche" mit dem Tode bestraft wird! In der Presse der Nazis ist ebenfalls nur eine kurze Notiz über die Bangertsche Rede erschienen. In Düsseldorf selbst werden die Vorgänge in der für schlimmste Ausbeutung bekannten Firma weit und breit diskutiert. Von ähnlichen wesentlichen, sehr aktiven Widerstandsregungen wird gleichzeitig aus dem oberschlesischen Bergbaubezirk berichtet.

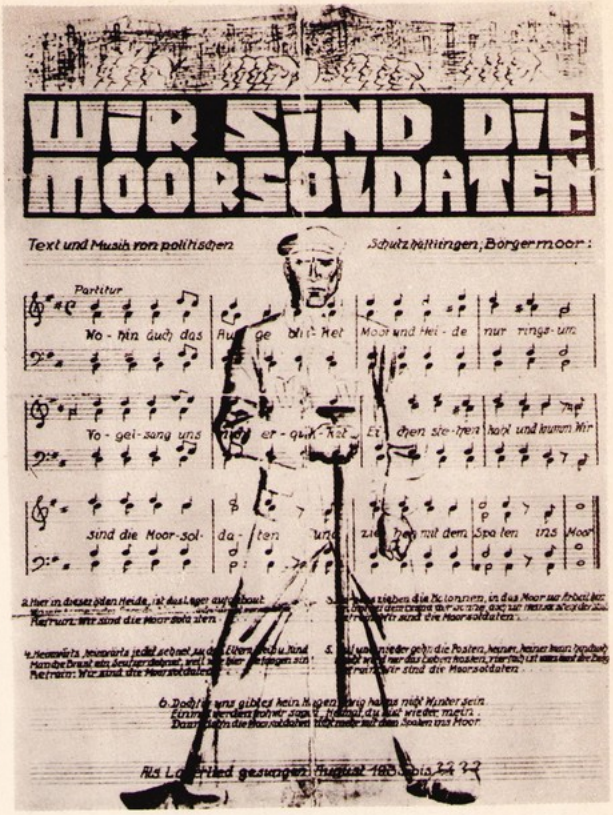
(„Volksrecht", Zürich, 22.5.1939 nach Walter A. Schmidt, S. 45)

Bauern im Kampf gegen die Ausplünderung durch den faschistischen Staat

Hartnäckige Widerstandsaktion westfälischer Bauern

Westfalen. Zu einer hartnäckigen Widerstandsaktion der Bauern kam es im Dorf H., als Anfang Juni Kontrolleure des Reichsnährstandes, mit allen Vollmachten ausgerüstet, die letzten Getreidevorräte von den Bauerngehöften wegholen wollten. Wie ein Lauffeuer ging es durch das Dorf: „Die Schnüffler kommen, gebt acht!" Wo die Bauern auf den Feldern arbeiteten, wurden sie von anderen Dorfbewohnern alarmiert. Obwohl die Bauern ihre Ablieferungsscheine vorzeigten, bestanden die Kontrolleure darauf, daß alles Getreide herausgegeben werden müßte, wenn es nicht gutwillig geschehe, würde es einfach beschlagnahmt. Diese Drohung brachte das Dorf erst recht gegen die Darré-Vögte auf.

Einige Bauern verließen ihre Höfe, viele andere schlossen sich ihnen an. Beim Ortsbauernführer angelangt, forderten sie, dieser solle über den Erlaß Aufklärung geben, auf den sich die Beschlagnahmekommission berufe. Er wußte nichts



Das Präsidium des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Juli/August 1935

Intensivierung der Arbeit

Arbeitsleistung pro beschäftigtem Industriearbeiter, 1932 bis 1937
(1932 = 100)

Jahr	Gesamtindustrie	Produktionsguter	Verbrauchsguter	Eisen, Stahl	Fahrzeuge	Textilien	Nahrungsmittel
1932	100	100	100	100	100	100	100
1933	101	101	101	115	135	109	99
1934	102	105	99	130	145	104	96
1935	197	118	95	143	163	96	98
1936	110	121	98	149	173	103	96
1937	111	124	97	144	187	101	100

von einem solchen Erlaß. Unter dem Beifall der Bauern verlangte einer, der Ortsbauernführer solle sofort dafür sorgen, daß die Kommission aus dem Dorf verschwinde, denn er wisse doch daß das Getreide bis zur neuen Ernte kaum für das Brot der Bauernfamilie reiche.

Die Darré-Vögte wagten es nicht, eine einzige Beschlagnahme durchzuführen. Vor dem einheitlichen Widerstand eines ganzen Dorfes mußten sie sich zurückziehen. Unter Verwünschungen der Bauern fuhren sie mit ihren Autos ab. Ein alter Bauer, froh darüber, daß die Kommission nichts ausgerichtet hatte, meinte: „So einig wie heute war das Dorf noch nie, seitdem die Nazis regieren!"

(„Deutsche Volkszeitung", Paris-Prag, 3.7.1938 nach Walter Schmidt, S. 228)

Steinkohlenförderung 1913 – 1940

Niederrhein-Westfalen

Jahr	Gewinnung in t	Wert je t jeweilige Preise (RM)	Gesamtbelegschaft (einschl. Angestellte)
1913	114182576	11,83	410385
1929	123589764	15,56	395169
1932	73274922	11,30	218841
1933	77800758	10,66	223426
1936	107477932	10,54	258666
1937	127751674	11,10	305716
1938	127283507	11,96	328898
1939	130183239	12,31	329102
1940	129188972	13,86	335290

Ausdehnung der Arbeitszeit

Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit

Jahr und Monat	Männer	Frauen	Insgesamt	Jahr und Monat	Stunden
1938	49,2	46,2	48,5	1941 März	49,1
1939	49,6	45,2	48,7	1941 Sept.	49,5
1940	50,4	44,2	49,2	1942 März	48,7
1941 März	5,14	44,8	49,9	1942 Sept.	48,7
				1944 März	49,1
				1943 Sept.	47,9
				1944 März	48,3

Die Helden von Wuppertal

In Wuppertal, der westdeutschen Industrie-Großstadt, herrscht eine lebendige Kampftradition im Proletariat. Spontan kam es hier bald nach dem Antritt Hitlers zu Massenzusammenschlüssen auf der Grundlage der freien Gewerkschaften. Ohne Erfahrung in dem Aufbau einer illegalen Organisation, aber von einem fanatischen Haß gegen den Faschismus beseelt, schlossen sich Sozialdemokraten, Kommunisten, freie und christliche Gewerkschafter, ja selbst Unorganisierte, zu Tausenden zusammen. In den Betrieben trat der Widerstand ganz offen zutage. Eintausend Mann Gestapo zur besonderen Verwendung werden eingesetzt, über 600 Verhaftungen erfolgen, 10 Kollegen werden sofort totgeschlagen.

Und in diesen Tagen nimmt das braune System seine ganze Rache. In Wuppertal läuft der größte Prozeß, der je gegen Illegale geführt wurde. Jeden Tag werden neue Abteilungen aus dem Heer der Angeklagten ins Gericht geführt. Jeden Tag sind die Zufahrtsstraßen dicht umsäumt von Angehörigen und Freunden, die stumm den Hut abnehmen, wenn die Genossen vorbeigeführt werden. Trotz Elend und Terror eine gewaltige Demonstration der Solidarität. Heroisch wie ihr Kampf ist auch das Auftreten unserer Genossen vor dem Gericht des Klassenfeinde. Hören wir statt jeder Schilderung sie selbst:

Ein junger Arbeiter sagte: „Mein Bruder war 1914 Kriegsfreiwilliger. Ich war damals noch sehr jung. 1917 kam mein Bruder zum ersten Mal auf Urlaub, da sagte er zu mir: ‚Wenn du einmal so alt bist wie ich, und es bricht wieder Krieg aus und du meldest dich freiwillig, dann schlage ich dich tot!" Das war der stärkste Eindruck, den ich aus der Kriegszeit mitgenommen habe, aus diesem Grunde bin ich Revolutionär geworden." Der Prokurist einer großen Firma erklärte: „Ich bin früher Demokrat gewesen, erst nach Hitlers Machtantritt bin ich Kommunist geworden. Der Terror der Nazis, von dem ich immer zu hören bekam, gab mir zu denken. Ich überprüfte meine alte Einstellung und wurde Kommunist." Auf die warnende Bemerkung des Richters, „Das, was sie hier anführen, kann Ihnen unter Umständen den Kopf kosten", erwiderte der Angeklagte: „Für das, was ich gemacht habe, stehe ich voll und ganz ein. Ich bin jederzeit auch bereit, die Folgen zu tragen."

Der 18jährige SAJler Otto Funk beantwortete das gefällte Zuchthausurteil mit dem Ausruf: „Ihr seid wohl verrückt geworden mit eurem Urteil. In vier Jahren sitzt ihr nicht mehr da oben, dann sitzen wir da!"

Der Bankangestellte Karl Dickhagen, der wie die anderen Jugendlichen in dem Luftschutzkeller des Polizeipräsidiums mißhandelt wurde, sagte zu seiner im Zuhörerraum sitzenden alten Mutter gewandt: „Mutter, sechs Jahre Zuchthaus, weil ich für Freiheit und Brot gekämpft habe!"

Ein 62jähriger Gewerkschafter schleuderte den Richtern unerschrocken ins Gesicht: „Ihr könnt doch nicht von mir verlangen, daß ich, der ich im Klassenkampf aufgewachsen bin, nun plötzlich glaube, es gäbe keinen Klassenkampf. 1891 stand an derselben Stelle, an der ich heute stehe, August Bebel unter derselben Anklage. Auch damals wollte man die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf vernichten. Das ist damals nicht gelungen und wird auch heute nicht gelingen!"

Der Massenprozeß in Wuppertal ist Warnung und Lehre zugleich. Noch sind Massenorganisationen in dieser primitiven Form verfrüht und zum auffliegen verurteilt. Aber der Prozeß beweist gleichzeitig, daß der Wille zum Widerstand, zum Opfer in allen Schichten lebendig ist, bei jung und alt, beim Arbeiter und beim Angestellten. Es ist unsere Aufgabe, diese Aktivität in die Form einer gewerkschaftlichen Organisation zu leiten, die durch ständige Verbesserung ihrer Kampfmethoden ein Höchstmaß von Erfolg mit einem umfassenden Schutz ihrer Anhänger verbindet. Die Helden von Wuppertal sollen ihre Opfer und ihre Leiden nicht umsonst gebracht haben!

(„AFA-Nachrichtenblatt" – Allgemeiner Freier Angestelltenbund, Januar 1936, nach Walter Schmidt, S. 139)

Berichte von Essener Kommunisten über antifaschistische Demonstrationen

„Im Februar 1933 hatten wir eine Karnevalsfeier in Essen-West organisiert, wo wir uns relativ gut getarnt treffen konnten, da hier nicht nur Genossen, sondern eine gute Zahl sympathisierender Jugendlicher, im wesentlichen der Krupp-Werke, anwesend war.

Dort hatten wir beschlossen, zu Ostern einen Marsch zunächst in die Natur, hinter Werden, Richtung Hespertal mit verschiedenen Gruppen zunächst dezentralisiert durchzuführen, uns alsdann gegen Abend konzentrisch auf Essen-West, Kaulbachhöhe (einer Arbeitersiedlung) zuzubewegen, um mit einer kurzen Kundgebung den Osterjugendmarsch abzuschließen.

Gegen Spätnachmittag bewegten wir uns durch Werden mit lustigen Wander- und Fahrtenliedern in Richtung Bredeney-Essen-West, Kaulbachhöhe. Meine Gruppe hatte zunächst etwa 40 Genossinnen und Genossen. Sie schwoll in der weiteren Folge, je näher wir dem vereinbarten Punkt kamen, auf ca. 200 bis 250 Teilnehmer an. Während wir zunächst recht harmlose Gesänge vom Stapel ließen, wurden die Lieder immer kämpferischer und erreichten auf dem Berge das gerade noch mögliche „Wenn wir schreiten Seit an Seit ...". Die Gesänge erreichten dann in der Arbeitersiedlung Kaulbachhöhe mit dem Lied ‚Wir sind die junge Garde des Proletariats ...' ihren Höhepunkt und Abschluß. In einem Häuserviertel wurden Sprechchöre an die Bevölkerung gerichtet, wie: ‚Wir lassen uns niemals verbieten! Trotz Hitler, Göring, Goebbels sein Verbot – Essen bleibt rot! Nieder mit dem KPD-Verbot! Rot Front!'.

Sodann lösten wir uns auf und verkrümelten uns schnellstens in verschiedene Richtungen. Während dieser kurzen Kundgebung traten eine Reihe Arbeiter an uns heran und gaben uns Tips, wie wir am besten sicher verschwinden könnten. Einige SA-Leute, die ich bemerkt hatte, hatten nicht den Mut, einzugreifen. Sie verzogen sich alsbald, wahrscheinlich, um telefonisch Polizei und SA herbeizuholen. Mit gehobenem Gefühl ob unseres Erfolges dampfe ich nach Hause."

„Am Morgen des 1. Mai wanderten wir in kleinen Gruppen in Richtung Kupferdreh. Die beiden Ausfallbrücken über die Bahnlinie in Richtung Rüttenscheid waren von SA-Leuten besetzt. Diese trieben jeden, der die Stadt verlassem wollte, zurück mit dem Befehl, sich an der Nazi-Feier zu beteiligen. Über den Bahnkörper hinweg umgingen wir die Sperre und trafen uns am verabredeten Treffpunkt vor Kupferdreh. Die mitgenommenen Flugblätter verteilten wir dort verdutzten Einwohnern.

Da stürzte ein Nazipolizist auf uns zu, packte einen Genossen am Arm und rief, indem er seine Kriminalmarke herauszog: ‚Ihr seid alle verhaftet!' Ein Genosse schlug dem Nazi die Kriminalmarke so kräftig aus der Hand, daß sie im weiten Bogen wegflog. Verdutzt, daß wir seiner Macht nicht Achtung zollten, war er zuerst bestrebt, seine Marke wiederzuerlangen. Wir flohen und gingen in kleinen Trupps auf den Höhen der Ruhrberge wieder in Richtung Essen. Wobei wir sahen, daß SA und SS auf den Straßen Sperren errichteten, um nach uns zu fahnden. Aber sie haben keinen von uns erwischt."

(D. Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus, Frankfurt/Main 1976, S.153)

Aus dem Lagebericht der Staatspolizei Dortmund über die Illegale Arbeiterbewegung für das Jahr 1937

Im weiteren Bereich der Staatspolizei Dortmund ist es im Berichtsjahre zu größeren Aktionen gegen die illegale KP nicht gekommen. Das scharfe Durchgreifen im Jahre 1936 mit seinen Aktionen in Dortmund, Bochum, Wattenscheid und angrenzenden Großstädten dürfte seine Wirkung nicht verfehlt haben. Diese Feststellung soll aber nicht zu der Annahme verleiten, als ob in einem wesentlichen Teil des Ruhrgebietes die kommunistische Gefahr endgültig gebannt sei. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß der Gegner sich zur Zeit abwartend verhält,

um zu einer für ihn günstiger erscheinenden Zeit noch über ein genügendes Kräfte-Reservoir verfügen zu können. Die illegale KP. und der mit ihr sympathisierende Kreis vertritt – trotz aller Maßnahmen, die für den schaffenden Deutschen seitens der Regierung getroffen werden – die Meinung, daß die Zeit für sie arbeite und sie selbst nur durch geschickte Mund-Porpaganda in der Bevölkerung und in den Betrieben das Tempo beschleunigen brauche, um es eines Tages zu spontanen Bewegungen innerhalb der deutschen Arbeiterschaft kommen lassen zu können. Ein ernster Hinweis war in dieser Richtung die Streikgefahr im Sommer 1937 auf dem Eisen-und Stahlwerk Hoesch, dem größten Schwer-Industrie-Unternehmen Dortmunds. Nach größten Bemühungen gelang es, diese Gefahr zu bannen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Unterminierarbeit und Stimmungsmache auf dem Werk von den Drahtziehern so geschickt durchgeführt worden war, daß keiner der Streikhetzer ermittelt werden konnte, Es dürfte weiter zu beachten sein, daß es den Hetzern möglich geworden ist, auf diesem Werk eine so ernste Situation zu schaffen, obwohl die Arbeiter dort ein monatliches Einkommen von 220,- bis 340,- RM. haben.

In verschiedenen anderen Unternehmen ist es gleichfalls vorgekommen, daß einige Arbeiter ihren Arbeitsplatz demonstrativ verlassen haben. Wenn diese Arbeitsniederlegungen z.Zt. auch noch als Einzelerscheinungen gewertet werden können, so müssen sie jedoch bei Betrachtung der allgemeinen Lage ernstlich berücksichtigt werden. Auf Grund dieser gegebenen Tatsachen ist festzustellen, daß der Gegner in seiner Kampfesweise viel beweglicher und damit gefährlicher geworden ist. Der deutsche Arbeiter ist zum größten Teil wieder in den Arbeitsprozeß eingereiht. Es ist daher nicht mehr erforderlich, daß der politische Gegner seine Anhänger in ihren Wohnbezirken erfassen muß. Die Zersetzungsarbeit auf den Arbeitsplätzen ist weit einfacher und erfolgversprechender; hier dürfte auch der Ausgangspunkt für die Arbeit der Geheimen Staatspolizei liegen. Nur durch ein engmaschiges Vertrauensmännernetz auf jedem Werk dürfte der Geheimen Staatspolizei die Möglichkeit gegeben sein, die ernstlichen Arbeiten, die eines Tages an sie herantreten können, zu meistern. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, jederzeit in der Lage zu sein, staatswichtige Betriebe im Ernstfall von staatsfeindlichen Drahtziehern mit einem Schlage zu säubern. Daß hierunter die evtl. zur A.L. und den im Reiche organisationsmäßig arbeitenden Gruppen der KP. und ihren Gliederungen bestehenden Verbindungen nicht leiden dürfen, kann als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Konnte in den Jahren 1935 und 1936 über Parolen-Schmiereien nur in einigen wenigen Ausnahmefällen berichtet werden, so ist in diesem Berichtsjahr festzustellen gewesen, daß auch dieses Übel an Umfang bedeutend zugenommen hat. Die Parolen wurden auf öffentliche Straßen und Plätze und in den Betrieben geschmiert. Inhaltlich stellten sie die gemeinsten Angriffe gegen den Führer und seine Regierungsmaßnahmen . Den gleichen Inhalt hatten auch die angebrachten Handklebezettel die eingeleiteten Ermittlungen verliefen erfolglos.

(T.W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opdaden, 1975)

e) Der Kampf gegen Besatzung und Restauration der Herrschaft des deutschen Imperialismus.

Aus dem Potsdamer Abkommen vm 2.8.1945

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen....

(II) sind in ganz Deutschland alle demokratischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einschränkung des Rechtes, Versammlungen durchzuführen....

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen....

14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Mit diesem Ziel sind gemeisame Richtlinien aufzustellen hinsichtlich:

...

a) der Erzeugung und der Verteilung der Produkte der Bergbau- und der verarbeitenden Industrie;...

e) der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und Zölle

(Huster, S.276)

Eisenhower zu den ökonomischen Interessen der US-Imperialisten an der Spaltung Deutschlands

„Hier im Herzen Europas liegt ein 246000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißigen und hochquallifizierten Arbeitskräften. Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der jährlichen Stromproduktion der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebiets und die Industriezentren die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten Gegebenheiten in Europa überhaupt. Als dem geographischen Zentrum Europas kommt Westdeutschland eine große strategische Bedeutung für die Verteidigung des Kontinents zu. Mit Westdeutschland auf unserer Seite weden die NATO-Streitkräfte eine fast durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden."

(KuK, Arbeitsheft 3, S.7)

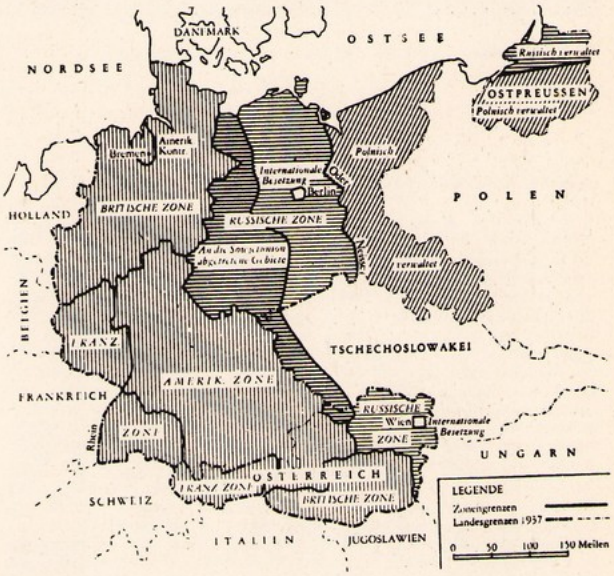
Die Morgenthau-Linie geht von der Spaltung Deutschlands aus

Die Aufteilung des neuen Deutschland.

Was von Deutschland übrigbleibt, solle in zwei autonome und unabhängige Staaten eingeteilt werden, nämlich in einen

a) süddeutschen Staat, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und kleinerer Gebietsteile, und

b) norddeutschen Staat, bestehend aus dem Großteil des alten preußischen Staates, aus Sachsen, Thüringen und einigen kleineren Staaten.



— **Industrieproduktion**

Industrieproduktion

Nach dem ersten Weltkrieg (1913 = 100)		*Nach dem zweiten Weltkrieg* (1936 = 100)		
Jahr	Index	Jahr	Index*	Index**
1919	38	1946	34	22
1920	55	1947	40	26
1921	66	1948	60	39
1922	71	1949	89	58
1923	47	1950	113	73

* 1936 westdeutsches Gebiet.
** 1936 Gesamtdeutschland.

(So war es wirklich, S. 55)

Britische Soldaten bei der Beschlagnahme einer westdeutschen Fabrik

Gesetz für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 (Marshall-Plan)

Artikel 102, Absatz a:

„a) In Anerkennung der engen wirtschaftlichen und anderweitigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den eurpoäischen Nationen und in der Erwartung, daß die Zielsetzung als Folge des Kreises nicht durch nationale Grenzen aufgehalten wird, befindet der Kongreß, daß die in Europa bestehende Lage die Schaffung eine dauerhaften Friedens, die allgemeine Wohlfahrt und das nationale Interesse der Vereinigten Staaten sowie die Erreichung der Ziele der Vereinigten Nationen gefährdet. Die Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung der Grundsätze individueller Freiheit, freiheitlicher Einrichtungen und echter Unabhängigkeit in den europäischen Ländern beruht weitgehend auf der Errichtung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse, fester internationaler Wirtschaftsbeziehungen und der Herstellung einer gesunden Wirtschaft Europas, die von außergewöhnlicher auswärtiger Hilfe unabhängig ist.

Die Verwirklichung dieser Ziele verlangt einen Plan für die Wiederherstellung Europas, der allen denjenigen Nationen offensteht, die in einem solchen Plan zusammenarbeiten, dessen Grundlage eine energische Produktionssteigerung, die Ausdehnung des Außenhandels, die Schaffung und Aufrechterhaltung nationaler finanzieller Stabilität und die Entwicklung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf, einschließlich aller möglichen Schritte, um angemessene Wechselkurse festzusetzen und aufrechtzuerhalten und die weitere Beseitigung der Handelsbeschärnkungen zu erreichen. Eingedenk der Vorteile, die die Vereinigten Staaten durch das Vorhandensein eines großen, heimischen Marktes ohne interne Handelsbeschränkungen erfahren haben, und in der Überzeugung, daß ähnliche Vorteile den Ländern Europas erwachsen können, wird hiermit , daß es die Politik des amerikanischen Volkes ist, diese Länder durch eine gemeinsame Organisation zu ermutigen, sich mit vereinten Kräften zu bemühen, (...) um die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa rasch zustande zu bringen, die für dauernden Frieden und Wohlstand wichtig ist. Es wird weiterhin erklärt, daß es die Politik des amerikanischen Volkes ist, die Grundsätze der individuellen Freiheit, freiheitlicher Einrichtungen und echter Unabhängigkeit in Europa durch Hilfe auch an solche europäische Länder zu stützen und zu stärken, die an einem gemeinsamen, auf Selbsthilfe und gegenseitige Zusammenarbeit gegründeten Wiederaufbauprogramm teilnehmen, vorausgesetzt, daß eine Hilfe an die Teilnehmerstaaten, die hier in Betracht gezogen werden, die wirtschaftliche Stabilität der Vereinigten Staaten nicht ernstlich beeinträchtigt. Es wird weiterhin erklärt, daß es die Politik der Vereinigten Staaten ist, die dauernde Hilfe der Vereinigten Staaten zu allen Zeiten von der dauernden Zusammenarbeit der an diesem Programm beteiligten Staaten abhängig zu machen."

(Huster, w.75)

Zwischen dem neuen süddeutschen Staat und Österreich soll eine Zollunion geschaffen werden...

Das Ruhrgebiet ... sollte nicht nur aller jetzt dort vorhandenen Industrien entkleidet werden... Aus den Bergwerken soll die gesamte Einrichtung entfernt werden. Die Gruben selbst sind zu schließen....

Die Militärverwaltung soll in der Anfangszeit unter dem Gesichtspunkt der späteren Aufteilung Deutschlands arbeiten."

(So war es wirklich)

Senator James O. Eastland Ende 1945 für ein deutsches Bollwerk gegen den Kommunismus

„Wir sind auf dem besten Wege, die Grundsätze christlicher Zivilisation aufzugeben ... Es handelt sich bei dem trostlosen Schicksal Deutschlands ... um die gesamten Beziehungen zwischen der östlichen und westlichen Zivilisation. Deutschland ist stets eine Grenzmark gewesen. Deutschland ist stets die Aufgabe zugefallen, eine Zivilisation, die mehr als 2000 Jahre alt ist, gegen die orientalischen Horden zu verteidigen ... Deutschland ist der Schlußstein des gesamten (europäischen) Baus, und Deutschland muß auf jede nur erdenkliche Weise einer demokratischen freiheitsliebenden christlichen Gesellschaft, die auf dem privatkapitalistischen System aufgebaut ist, erhalten bleiben ..."

(So war es wirklich, S.15)

Schreiben des Kommandanten der britischen Militärregierung des Sieg-Kreises an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Herchen-Leuscheid vom 10. Mai 1946

Headquarters Military Government
L/K Siegburg
(CCG/BE)

Ref.:1016/Fol.410
Date: 10.5.1946

Betrifft Versammlungen SPD-KPD

An den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Herchen Lüdenscheid

1. Es liegt nicht in der Linie der Militärregierung, eine Verschmelzung der SPD mit der KPD zuzulassen, da es der Politik der SPD in der britischen Zone widerspricht.
2. Infolgedessen sind alle Versammlungen, die eine solche Verschmelzung zum Ziel haben, nicht zugelassen.
3. Cap.Stoop ist nicht mehr bei der hiesigen Stelle der Mil.-Regierung. Wenn Sie mich zu sprechen wünschen, werde ich Ihnen einen Zeitpunkt einer Unterredung angeben.

Siegburg
lesa/IH

gez. J.F.Collings
Comd. 1016 Dt. Mil. Gov.
(Lt. Col. J.F.Collings)

Geschichte der deeutschen Arbeiterbewegung Bd. 6, S. 421)

Rundfunkansprache des US-Governeurs Oberst Dr. James R. Newman an die Bevölkerung von Hessen am 16.5.47

„General Clay ist gerade von Washington unterrichtet worden, daß im Kongreß eine entscheidende Neigung besteht, sich weiteren Geldbewilligungen für Lebensmittel für Deutschland zu widersetzen. Dies ist zurückzuführen auf die jüngsten Gerüchte über Streiks, Androhungen von Streiks und einen gewissen Widerstand in der Haltung gegenüber der Besatzung, der in letzter Zeit zutage getreten ist. Streiks oder andere Umtriebe gegen die Politik der Militärregierung, die in irgend einer Weise die Forderungen oder Pläne der Besatzungsmacht gefährden könnten, werden in Hessen nicht geduldet werden; dabei spielt es keinen Rolle, ob ihr Zweck ein politischer oder ein anderer sein möge. Jede Person oder Gruppe von Personen, die so handelt, wird bestraft werden, und vergessen Sie nicht, daß nach den Gesetzen der Besatzungsarmeen und der Militärregierung die Schuldigen sogar mit der *Todesstrafe* belegt werden können ... Wie schon gesagt, nehme ich an, daß sich die Mehrzahl des Volkes von Hessen als gute Bürger betragen und den Gesetzen ihrer Regierung ebenso wie den Forderungen der Militärregierung gehorchen wird. ... Vermeiden Sie Streiks, meiden Sie Agitatoren, die Streiks anschüren, und lehnen Sie es ab, jenen zuzuhören, die aus politischen oder selbstsüchtigen Gründen die Besatzungspolitik unnötig kritisieren und zum Widerstand gegen die Gesetze und Forderungen der Militärregierung hetzen. Seien Sie fleißig!...Ich will Ihrer Regierung in jeder möglichen Weise bei der Durchsetzung der Maßnahme unter dem Motto ‚keine Arbeit - kein Brot' gegen Parasiten und Müssiggänger helfen ... Mit Agitatoren wird ungeachtet ihrer Position sofort abgerechnet werden. Außer den anderen Bußen und Strafen, die auferlegt werden können, habe ich die Vollmacht - und werde sie gebrauchen - die *Zuteilungsmenge derjenigen Arbeiterführer, die zu Streiks und anderen Unruhen aufheizen, und ebenso die Zuteilungen der anderen die solchen Ausführungen bei ihrem Unterfangen folgen, herabzusetzen.* Diese Herabsetzungen werden drastisch sein und werden sich auf eine unbestimmte Zeitspanne hin erstrecken. Während es in gewissen Gegenden notwendig werden könnte, den Belagerungszustand zu erklären oder sogar den gesamten Staat unter völlige militärische Aufsicht zu stellen, falls die Haltung des Volkes sich nicht bessert ..."

(Schmidt/Fichter, S. 28ff)

Aus dem Genehmigungsschreiben des amerikanischen, des britischen und des französischen Militärgouverneurs zum westdeutschen Grundgesetz, 12. Mai 1949

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!

1. Das am 8. Mai vom Parlamentarischen Rat angenommene Grundgesetz ist hier mit beachtlichem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Nach unserer Auffassung verbindet es sehr glücklich deutsche demokratische Überlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung und einer Herrschaft des Rechts, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind ...

9. Wir möchten es auch klar verstanden wissen, daß nach Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften, die das Grundgesetz vorsieht, und nachdem entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Verfahren die Wahl des Präsidenten sowie die Wahl und Ernennung des Kanzlers bzw. der Bundesminister erfolgt sind, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist und das Besatzungsstatut daraufhin in Kraft tritt.

gez. B.H. Robertson, General
Militärgouverneur Britische Zone

Pierre Koenig, Général d'Armée
Militärgouverneur Französische Zone

Lucius D. Clay, General US Army
Militärgouverneur Amerikanische Zone

(Geschichte der Arbeiterbewegung Bd. 6, S.512 f)

Sicherheitsmemorandum des Bundeskanzlers an die Alliierten Hohen Kommissare

29. August 1950

Druck, Auszug, veröffentlicht am 24. November 1950 durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

... Das Problem der Sicherheit des Bundes stellt sich zunächst unter dem äußeren Gesichtspunkt. Die Verteidigung des Bundes nach außen liegt in erster Linie in den Händen der Besatzungstruppen. Der Bundeskanzler hat wiederholt um die Verstärkung dieser Besatzungstruppen gebeten und erneuert diese Bitte hiermit in dringendster Form, denn die Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen in Westeuropa kann allein der Bevölkerung sichtbar den Willen der Westmächte kundtun, daß Westdeutschland im Ernstfall auch verteidigt wird. Eine solche Verstärkung der alliierten Truppen ist aber auch deshalb notwendig, weil nur hinter dem Schutz einer ausreichenden Zahl gut ausgerüsteter alliierter Divisionen die gegenwärtig in Westeuropa anlaufenden Verteidigungsmaßnahmen ungestört durchgeführt werden können. Der Bundeskanzler hat ferner wiederholt seine Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten.

Stellungnahme der sozialistischen Sowjetunion zum Marshall-Plan

Die „Direktiven an General Clay" wurden am 11. Juli, das heißt einen Tag vor der Eröffnung der Pariser Konferenz einer Gruppe von europäischen Ländern, veröffentlicht, die entsprechend den Erfordernissen des Marschall-Plans einberufen worden war. Das ist selbstverständlich kein Zufall. Damit hat die USA-Diplomatie die Grundzüge des Marshall-Plans in der Deutschen Frage enthüllt die der amerikanische Handelsminister, Harriman, kurz aber klar zum Ausdruck brachte, als er erklärte, daß für die USA von allen westeuropäischen Fragen die Hebung der Wirtschaft an der Ruhr an erster Stelle stehe.

Die „Direktiven an Clay" schreiben vor, daß der Föderalisierungsprozeß, das heißt die Aufteilung Deutschlands, abgeschlossen und in keiner Form eine Nationalisierung der Industrie zugelassen werden, daß eine Aufspaltung der deutschen Konzerne durchgeführt wird, die Großunternehmen aber bestehen bleiben, die, da sie nicht nationalisiert, das heißt nicht dem Staat übergeben werden, in Wirklichkeit in die Hände der amerikanischen Monopolisten fallen müssen.

Die Ruhr-„Aktion" der USA bedeutet in Wirklichkeit keineswegs die berüchtigte „Europäisierung" Deutschlands, sondern die völlig unbemäntelte Amerikanisierung Westeuropas. Sie bestimmt die politischen Grundlagen des gesamten Marshall-Plans und nicht nur sein Ausgangstadium.

Auf diese Weise haben sich in der Lösung des Deutschen Problems zwei entgegengesetzte Richtungen herauskristallisiert. Die eine fand ihren Ausdruck in den geschichtlichen Beschlüssen der Potsdamer Konferenz. Diese Richtung setzt die Erhaltung der Einheit Deutschlands voraus, die Demokratisierung seiner politischen Ordnung, die Vernichtung seines industriellen Kriegspotentials und die sukzessive Aufnahme des neuen Deutschlands in die Gemeinschaft der europäischen Völker. In dieser Richtung verbindet sich der Verzicht auf eine kurzsichtige Rachepolitik gegenüber dem besiegten Deutschland mit der festen Entschlossenheit, eine „Wiederholung des Gewesenen" nicht zu gestatten. Die andere Richtung ist die Richtung von Dulles-Hoover-Marshall. Sie läßt die Erfordernisse der europäischen Sicherheit unberücksichtigt und stellt die Interessen der amerikanischen Expansion an die Spitze macht Westdeutschland zum Bollwerk der amerikanischen Macht und zum Werkzeug des Drucks auf das gesamte übrige Europa.

(Neue Welt 17/47, S.48)

Höhe der Marshall-Plan-Mittel für Deutschland 1948-1952

Höhe der Marshall-Plan-Mittel für Deutschland 1948–1952

1. Jahr	3.4.1948 – 30.5.1949	613,550	Mill. Dollar
2. Jahr	1.7.1949 – 30.6.1950	457,133	Mill. Dollar
3. Jahr	1.7.1950 – 30.6.1951	384,758	Mill. Dollar
4. Jahr	1.7.1951 – 30.6.1952	106,000	Mill. Dollar
		1.561,441	Mill. Dollar

(Huster, S. 83)

Schwarzmarktpreise 1946

1 Brot (3 Pfund)	RM 20,00 bis RM	30,00
1 kg Bohnen	„	20,00
1 kg Mehl	„	30,00
1 kg Zucker	„	90,00
10 g Süßstoff	„	20,00
1 kg Fett	„	320,00
1 kg Nährmittel	„	24,00
1 kg Nierenfett	„	320,00
1 Rolle Nähgarn	„	20,00
1 Stück Seife	„	20,00
1 Büchse Fleisch (800 g)	„	20,00

(Rohlfing, S. 20)

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Hausfrauen!

Der Hunger würgt uns!

Zwei Jahre sind seit Kriegsende vergangen. Wir haben der Welt bewiesen, daß wir arbeiten wollen, wenn man uns die Möglichkeit dazu gibt. Kein Mensch kann von den heutigen Lebensmittelzuteilungen leben! Eure Gewerkschaften und Betriebsräte rufen Euch deshalb zu einem

Proteststreik am Donnerstag

dem 3. April 1947

auf! Alle Betriebe, Geschäfte, Verwaltungen und Behörden beteiligen sich an dieser Aktion,

um der Welt zu zeigen, daß ein Weiterleben mit diesen Hungerrationen nicht möglich ist.

Die arbeitende Bevölkerung von Buer trifft sich **Donnerstag vormittag 10 Uhr auf dem Rathausplatz.**

Während der Demonstration ist strengste Disziplin zu wahren

Übt Solidarität! Erscheint in Massen!

Der Ortsausschuß der Gewerkschaften Gelsenkirchen

Soldaten der Roten Armee unterstützen die deutschen Volksmassen in ihren Forderungen nach einem Friedensvertrag und Abzug der Besatzertruppen

(KPD (Hrsg.): Arbeiter, es ist an der Zeit)

Steigerung der Intensität der Arbeitsleistung im Steinkohlebergbau

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten im Steinkohlebergbau der britischen Zonen ist

von Dezember 1946 von 336661
bis Dezember 1947 auf 420566 gestiegen

Die arbeitstägliche Förderung von Steinkohle in der britischen Zone stieg
von Dezember 1946 von 198500 to.
bis Dezember 1947 auf 262300 to.

Das ist eine arbeitstägliche Steigerung in einem Jahr von 32,14%. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg im Jahre 1947 auf 24,92%. Die Steigerung der täglichen Kohlenförderung war also größer als die Steigerung der beschäftigten Arbeiter im Kohlebergbau.

(Bergbau-Jahrbuch 1947, S. 122)

Aus dem Aufruf des Zentralen Komitee der KPD vom 11. Juni 1945 an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschland

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Wege sind gegenwärtig vor allem:

1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mit Hilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung versteckter Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben.

Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.

2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen.

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten, sowie der antifaschistischen, demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse – vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der „Lehre vom Lebensraum", über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung...

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Boden sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- und Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden...

9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

(Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd.1 S. 18ff)

Aus dem Aufruf der sowjetischen Militärverwaltung vom 19.6.48 zur Währungsreform in den Westzonen

„Gegen die staatliche Einheit Deutschlands ist ein neuer schwerer Schlag geführt worden. Die Abkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland und die Potsdamer Beschlüsse, die eine Behandlung Deutschlands als einheitliches Ganzes und die Notwendigkeit der einer Beibehaltung der Einheit des Geldumlaufs vorsahen, sind verletzt worden. Die in den drei westlichen Besatzungszonen durchgeführte Währungsreform vollendet die Spaltung Deutschlands...

Indem sie die Zerstückelung Deutschlands durchführen, stützen sich die amerikanischen, englischen und französischen Monopole in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands auf die Vertreter des deutschen Großkapitals und Junkertums, die seinerzeit die Machtergreifung des Faschismus gewährleistet sowie den Zweiten Weltkrieg vorbereitet haben. Die separate Währungsreform verstärkt die politischen und wirtschaftlichen Positionen dieser reaktionären Kreise zum Schaden des werktätigen Volkes...

Die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands führt zu einem Bruch der im Laufe von Jahrhunderten entstandenen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Teilen Deutschlands. Sie wird sich negativ auf die wirtschaftliche Lage sämtlicher Gebiete Deutschlands, darunter der Westzonen, auswirken, deren Wirtschaft immer unlösbar mit den Ostgebieten Deutschlands verbunden war. Sie bedeutet die Vollendung der Spaltung Deutschlands..."

(KuK Arbeitsheft 3, S. 10f.)

Aus dem Auruf der KPD Bezirk Ruhrgebiet-Westfalen vom Dezember 1945 zur Verwirklichung ihres Aktionsprogramms

Aus vollem Herzen unterstützen wir die Forderung der Betriebsrätekonferenz aller Schächte des Ruhrgebietes in Bochum, die die Übereignung aller Schachtanlagen des Ruhrgebietes an die Provinzialregierung in Münster gefordert hat. Mit aller Kraft unterstützen wir den entschlossenen Einsatz der Betriebsräte, Gewerkschaften und antifaschistischer Techniker des ehemaligen Krupp-Betriebs in Essen zur Übereignung der Werke an die Stadt Essen und sind erfreut über den Beschluß der Stadtverwaltung Essen, diesen Übereignungsvertrag zuzustimmen.

In gleicher Weise begrüßen wir die Initiative der Betriebsräte und Antifaschisten des Bochumer Vereines, der Dortmunder Union, der Hoesch-Werke und aller anderen Großbetriebe unseres Bezirks, die entschlossen sind, dem Beispiel der Belegschaft der ehemaligen Krupp-Werke zu folgen. Sie können unserer vollsten Unterstützung gewiß sein.

(Dokumente der KPD, S. 37)

Die Freiheit vom 4.4.1947 über Hungermärsche

31. März: „Hungermasch der Hagener Betriebe". Bei der von ca. 25000 Teilnehmern besuchten Kundgebung spricht der Ortsvorsitzende der IG Metall als Redner, 2500 demonstrieren in Herdecke auf dem Rathausplatz, 3000 in Wetter. In Resolutionen werden u.a. gefordert: Beseitigung des Reichsnährstandes, Zentralverwaltungen, Freilassung der Kriegsgefangenen, Kontrollausschüsse (ebd.).

„Hungermarsch der Krefelder Betriebe – 30000 Arbeiter demonstrieren gegen Hunger". Die Demonstration wurde auf Beschluß des Ortskartells der Gewerkschaften in Übereinstimmung mit den Betriebsräten organisiert. Gefordert wird u.a. die Absetzung Schlange-Schöningens (Freiheit vom 4.4.1947).

(nach Klaßmann, Friedemann S.47ff)

Frankfurter Rundschau über die Essener Hungerdemonstrationen

„Seit ungefähr 12 Tagen sind in Essen auch nicht annähernd die Mehlmengen vorhanden, um den Bedarf der Bevölkerung zu befriedigen. Die Frauen stehen nachts ab 1 Uhr Schlange, um Brot zu bekommen. Am Montagmorgen haben die Belegschaften der Schachtanlage Gottfried-Wilhelm und Victor-Mathias gestreikt und sind geschlossen vor dem Rathaus erschienen. Ebenso die Belegschaften der Grube Stinnes I und II, weiterhin die Gruben Zollverein I-III. Auch die Schachtanlage Amalie streikte 20 Minuten. Alle Belegschaften sandten Delegationen zum Rathaus, auch die Frauen schickten Abordnungen aus allen Stadtteilen. Die Vertreter der Militärregierung erschienen ebenfalls auf dem Rathausplatz und versicherten ihr Mitgefühl. Sie wiesen darauf hin, daß der Streik der Bergarbeiter die Lage nur verschlechtern würde. Ein englischer Oberst erklärte, daß die Militärregierung auf keinen Fall dulden würde, daß diese Demonstrationen zu Drohungen auswüchsen. Ihm wurde erwidert, daß es sich nicht um Drohungen handle, sondern daß um Hilfe gebeten würde. Während der Verhandlungen traten die Fraktionsführer aller Parteien zusammen und beschlossen, daß alle Personen, die in der ablaufenden Versorgungsperiode kein Brot erhalten konnten, anstelle des Brotes Trockenkartoffeln im üblichen Verhältnis erhalten. Der Vertreter des Ernährungsamtes A. in Essen erklärte, daß am Mittwoch mit einer gewissen Entspannung zu rechnen sei, die aber eine Höchstdauer von 8 Tagen habe. Am Montag vormittag waren bereits 30000 Menschen vor dem Rathaus aufmarschiert, die stürmisch die Forderung nach Schaffung von Kontrollausschüssen verlangten. Am Montag nachmittag marschierte die Belegschaft der Firma Krupp auf dem Rathausplatz auf, so daß ungefähr 10000 Menschen versammelt waren, die sofortige Beseitigung der Ernährungskrise verlangten."

(Schmidt/Fischer, S.25)

10-Punkte-Programm der Essener Betriebsräte im Frühjahr 1947

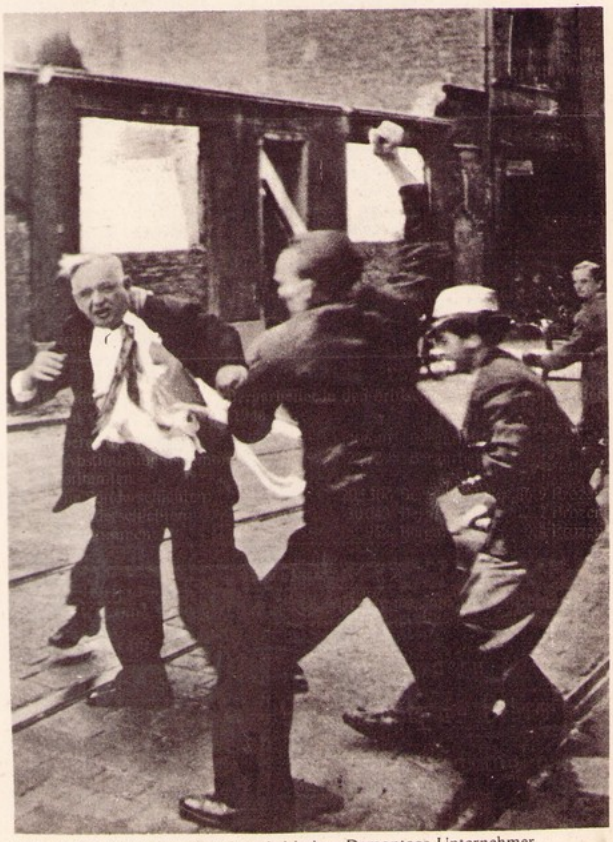
1. Ausgiebige Brotversorgung ist die Generalforderung für das gesamte Rhein-Ruhrgebiet.
2. Sofortige Nachlieferung der uns vorenthaltenen Nährmittel.
3. Nach Beendigung der Frostperiode schnellste Heranschaffung aller verfügbaren Kartoffelbestände für die hungernde Rhein-Ruhr-Bevölkerung.
4. Die sofortige Absetzung von Schlange-Schöningen mitsamt seinem Zentralamt. Eine neue Körperschaft unter Hinzuziehung der besten Sachkenner aus den demokratischen Parteien und vor allem der Gewerkschaften. Das ist das Gebot der Stunde.
5. Schnelle Durchführung der demokratischen Bodenreform.
6. Bildung von Kontrollausschüssen in Stadt und Land zur Sicherstellung der Ernährung.
7. Verstärkter Kampf dem Schwarzhandel, Schieberei und Wucherei.
8. Todesstrafe für Engrosschwarzhändler durch sofortiges Erhängen.
9. Schonungslose Säuberung aller öffentlichen Verwaltungsstellen und Wirtschaftsorganisationen von faschistischen und reaktionären Elementen.
10. Verstaatlichung der Bergbaubetriebe sowie die entschädigungslose Enteignung der Schlüsselindustrien und der Betriebe der Kriegsverbrecher und Nazis und ihre Überführung in die öffentliche Hand."

(Freiheit (KPD) vom 14.2.1947)

Urabstimmungsergebnis der Bergarbeiter in den britischen Zonen gegen Sonderschichten vom 16.November 1946

Stimmberechtigt:	306403 Bergarbeiter	
an der Abstimmung teilgenommen:	236298 Bergarbeiter	
davon stimmten		
gegen die Sonderschichten:	205304 Bergarbeiter	= 86,9 Prozent
für die Sonderschichten:	30043 Bergarbeiter	= 12,7 Prozent
ungültige Stimmen:	952 Bergarbeiter	= 0,4 Prozent

Kundgebung im Ruhrrevier



Hoesch-Arbeiter vertreiben einen britischen Demontage-Unternehmer

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD zur Demontage

November 1947

Gegen die von der amerikanischen und britischen Militärregierung veröffentlichte Demontageliste erhebt die Arbeitsgemeinschaft der SED-KPD sehr ernste Einwände, weil kein Unterschied gemacht wird, zwischen den dem Friedensbedarf dienenden Betrieben und den nach den Potsdamer Beschlüssen zu liquidierenden Kriegsbetrieben. Die Arbeitsgemeinschaft ist für den Aufbau einer unabhängigen demokratischen Friedenswirtschaft und fordert deshalb die entschädigungslose Enteignung der Betriebe der Konzernherren und anderer Kriegsverbrecher und Überführung dieser Betriebe in die Hände des Volkes. Soweit diese Betriebe Kriegsbetriebe waren, unterliegen sie nach den Potsdamer Beschlüssen der Demontage. Die Betriebe aber, deren Produktion der Deckung des Friedensbedarfs dient, müssen von der Demontage ausgenommen werden.

Die Arbeitsgemeinschaft lehnt jeden Versuch ab, die Demontage zu einer Hetzpropaganda gegen andere Völker auszunutzen. Statt die Kriegsverbrecher aus ihrer Machtposition zu entfernen, würde diese Hetze nur der Verschleierung der Schuld der deutschen Kriegsverbrecher , der Konzern- und Bankherren und Militaristen dienen. Die Arbeitsgemeinschaft protestiert aufs schärfste gegen die Vorschläge von maßgebender Seite, daß die für die demontierten Betriebe obendrein noch auf Kosten des deutschen Volkes entschädigt werden sollen. Die Arbeitsgemeinschaft fordert deshalb die entschädigungslose Enteignung der Betriebe der Konzernherren und anderer Kriegsverbrecher und Überführung dieser Betriebe in die Hände des Volkes; daß von der Demontage nur die Kriegsbetriebe betroffen werden, daß statt der Demontage der für den Friedensbedarf tätigen Betriebe die Wiedergutmachung aus der laufenden Produktion entnommen wird.

(Dokumente der KPD, S.130)

Entschließung der Ruhrrevierkonferenz vom 2.4.1947

„Die wichtigste Forderung der Vertreter des Industrieverbandes Bergbau nach der die Besserstellung der Bergarbeiter durch Kohleexporte und Lebensmittelimporte erfolgen sollte, ist von den Besatzungsmächten nicht erfüllt worden. Die Bergarbeiter aber lehnen es ab, auf Kosten der übrigen Bevölkerung bessergestellt zu werden. In den unzähligen Entschließungen und einmütigen Urabstimmungen haben die Bergarbeiter die Sozialisierung des Bergbaus gefordert. Der im Auftrag der NGCC in Essen-Hügel gebildete achtgliederige Ausschuß für die Neuordnung des Bergbaus, in welchen nur ein Vertreter des Industrieverbandes Bergbau einbezogen wurde, wird von den Bergarbeitern auf das entschiedenste abgelehnt.

Die Konferenz verlangt:

1. Beseitigung all derjenigen Personen in den Ernährungs-und Wirtschaftsämtern, die durch Unfähigkeit oder politische Böswilligkeit zu der jetzigen Katastrophe beigetragen haben.
2. Verwaltung, Ämter und Behörden müssen mit demokratischen Kräften, vor allem mit Gewerkschaftsvertretern besetzt werden.
3. In allen Städten und Gemeinden sind sofort von den Gewerkschaften zu ernenndende Kontrollausschüsse zu bilden. Durch diese ist eine gerechte Erfassung und Verteilung der vorhandenen Lebensmittel vorzunehmen.
4. In allen Gebieten sind unverzüglich Hofkontrollen durch Ausschüsse, die von den Gewerkschaften zu bilden sind, vorzunehmen. Es ist ein sozialgerechtes Erfassungssystem einzuführen.
5. Gegen Schwarzhändler und Schieber ist mit schärfsten Mitteln vorzugehen. 6. Die Sozialisierung ist zu einer Sache des arbeitenden Volkes, vor allem aller Bergarbeiter zu machen. Der Industrieverband Bergbau muß dabei stärkstens eingeschaltet werden. In allen zu bildenden Ausschüssen verlangt die Konferenz die stärkste Vertetung ihrer Organisation.

Die Konferenz beschließt die Durchführung dieser Forderung mit allen Mitteln zu bestreiten und fordert die Bergarbeiter und Bergbauangestellten des Ruhrgebietes auf, in einer großen Protestaktion ihre Kampfentschlossenheit zum Ausdruck zu bringen."

(Kleßmann, Friedemann, S.43 ff)

Antrag der Bundestagsfraktion der KPD

8. Dezember 1950

Betr.: Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundesregierung wird untersagt, Maßnahmen irgendwelcher Art zu ergreifen, zu veranlassen oder zu unterstützen, die der Durchführung des Planes der drei Westmächte für die Aufstellung deutscher Truppeneinheiten für eine „Atlantische" oder „Europäische" Armee dienlich sind.

Der Bundesregierung wird insbesondere untersagt, den Empfehlungen nach Errichtung von Rekrutierungsbüros für diese Armee nachzukommen.

Die Bundesregierung wird beauftragt, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Aufnahme von Rüstungsproduktion jeglicher Art verbietet und unter schwerste Strafe stellt.

Bonn, den 8. Dezember 1950

Renner und Fraktion

Einwohner von Werl bei Soest protestieren gegen den Bau eines amerikanischen Militärflugplatzes, Oktober 1951

„Freies Volk" vom 26.5.1952 über Demonstration in Essen

„Zehntausend junge Deutsche aus allen Schichten unseres Volkes, aus den verschiedenen Jugendorganisationen hatten sich trotz der kurzfristigen Einberufung der Kundgebung in Essen eingefunden und gestalteten dieses Treffen der Jungen Generation auf dem Gerlingplatz zu einer eindrucksvollen Demonstration für einen Friedensvertrag.

‚Eure Kundgebung ist ein großer moralischer Sieg der deutschen Jugend über die Absichten der Regierung, den Generalvertrag zu verwirklichen', schrieb der am Essener Blutsonntag schwer verwundete Bernhard Schwarz in einem Begrüßungsschreiben an die Kundgebung.

Das an diesem Sonntag in Ruhe und Ordnung durchgeführte Treffen hat den unleugbaren Beweis erbracht, daß die Schuld an den Ausschreitungen vor 14 Tagen in ihrer ganzen Schwere Bonn und den eingesetzten Polizeiapparat trifft.

Auf Dutzenden Transparenten brachte die Jugend unmißverständlich ihren Willen zum Ausdruck, gegen den Generalvertrag mit allen Mitteln zu kämpfen und den Abschluß eines Friedensvertrages zu erzwingen. ‚Volksentscheidung gegen Generalvertrag', ‚Friedensvertrag statt Generalvertrag', so und ähnlich lautete der Text."

Anhang

I Quellensammlungen

Agartz/Deist: Gesetz 75 und Ruhrstatut , Köln 1949
Billstein, Aurel: Der eine fällt, die anderen rücken nach. Dokumente des Widerstandes und der Verfolgung in Krefeld 1933-1945. Frankfurt/M. 1973
Fricke, Dieter (Hrsg.) Dokumente zur Deutschen Geschichte 1897/98-1904, Frankfurt 1977
ders. (Hrsg.) Dokumente zur deutschen Geschichte 1905-1909, Frankfurt 1977
ders. (Hrsg.) Dokumente zur deutschen Geschichte 1910-1914, Frankfurt 1977
ders. (Hrsg.) Dokumente zur deutschen Geschichte 1914-1917, Frankfurt 1977
Die Gewerkschaftsbewegung in der Britischen Besatzungszone, Gewerkschaftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Britische Besatzungszone) 1947-1949, Köln 1949
Hohlfeld, J. (Hrsg.) Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1948 bis zur Gegenwart, Berlin o.J.
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Reihe II, Band 1 Berlin 1958
dass. (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III. Berlin 1974
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, BandIV, März 1898-Juli 1914, Dietz Verlag Berlin 1975
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Reihe III, Bd. I, Mai 1945-April 1946, Berlin 1959
Institut für Marxismus-Leninismus bei ZK der SED (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. VII, 1. Halbband, Berlin 1966
dass. (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. VII, 2. Halbband, Berlin 1966
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Spartakusbriefe, Berlin 1959
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins, Berlin 1959
Jäckel, Junkel, Kühn: Deutsche Parlamentsdebatten, Band I, 1871-1914, Hamburg 1970
Die Berner Konferenz der KPD, Herausgegeben und eingeleitet von Klaus Mammach, Frankfurt/M. 1975
Ruge, Wolfgang (Hrsg.): Dokumente zur Deutschen Geschichte 1917-1919. Frankfurt 1977
derselbe und W. Schürmann (Hrsg.): Dokumente zur Deutschen Geschichte 1919-1923. Frankfurt 1977
dieselben: Dokumente zur Deutschen Geschichte 1924-1929. Berlin 1975
Schmidt, Walter A. (Hrsg.): Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstand 1933-45, Berlin 1958
Stern, Leo, (Hrsg.): Archivalische Forschungen zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1959
Verhandlungen des deutschen Bundestages, I. Wahlperiode, Bonn, Stenographische Berichte
Zur KPD (Hrsg.): Dokumente der KPD 1945-56, Berlin 1965
Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933-1945. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914-1946, o.O., o.J.

II Ausgewählte Literatur

Badstübner, R., Zum Kampf der Arbeiterklasse um die Beseitigung des Ruhrmonopolkapitals 1946/47, in: Beiträge zur Zeitgeschichte, 1960, Heft 1
Balfour, M., Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945-46, Düsseldorf 1959
Bartels, Wolfgang; Müller, Philipp, Der Polizeimord in Essen, Dortmund 1977
Belecke: Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten
Berger, Georg: die Sozialisierung der Bergbauwirtschaft, Bochum 1947
Bettelheim: Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, München 1974
Bludau, K., Gestapo – geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945, Bonn, 1973
Brauer, Erwin, Der Ruhraufstand von 1920, Berlin 1930, Internationaler Arbeiterverlag
Churchill, Winston: Der eiserne Vorhang, Stuttgart 1954
Deutsche Akademie der Wissenschaften: Deutschland im 1. Weltkrieg, Berlin 1971
DGB (Hrsg.): Geschichte der Bochumer Arbeiterbewegung, Bochum 1978
Dimitroff, Georgi: Arbeiterklasse gegen Faschismus, Mannheim 1975
Dollinger, Hans (Hrsg.): Deutschland unter den Besatzungsmächten 1945-1949, München 1967
Engel: Zum Ausstande der Bergarbeiter im Ruhrbezirk, Berlin 1905
Eschenbach, A.: Die Lehren des Bergarbeiterstreiks vom Mai 1889. Mit 12 Aktenstücken. Berlin 1889
Gebhardt, Gerhard (Hrsg.): Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen. Essen 1959
Hauptvorstand Industrieverband Bergbau (Hrsg.): Jahrbuch 1947, Bochum 1948
Holtfrerich, Carl-Ludwig: Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert. (Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte, hrsg. von der Gesellschaft für westfälische Wirtschaftsgeschichte e.V.) Dortmund 1973
Hue, Otto: Die Bergarbeiter. Zweiter Band, Bochum 1923
Huster, u.a.: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-49, Frankfurt 1972
Imbusch, Heinrich: Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau. Essen 1909
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 2. Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917, Dietz Verlag Berlin 1977
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3
dasselbe: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4, Berlin 1966
dasselbe: Band 5, Von Januar 1933 bis Mai 1945, Berlin 1966
dasselbe: Band 6, Berlin 1966
Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution. Internationaler Arbeiter Verlag (Hrsg.), Berlin 1929, Nachdruck, Graphische Industrie e.G.m.b.H., Hamburg, o.J.
Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.): Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1904-1945. Frankfurt 1975 = Neudrucke zur sozialistischen Theorie und Gewerkschaftspraxis, Bd. 7
Kleßmann, Christoph / Friedemann, Peter: Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-48, Frankfurt, New York 1977
Koch, Max-Jürgen: Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelm II. (1889-1914). Düsseldorf 1954
Klotzbach, Kurt: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930-1945. Hannover 1969
Kommunismus und Klassenkampf 9/1977: Die Lohnsumme der Arbeiter soll weiter gesenkt werden
Kommunismus und Klassenkampf 11/1978: Der zweite Anlauf unter Führung Hitlers – Energiepolitik im Kampf um die Weltherrschaft
Könnemann, Erwin u.A. (Herausgeber)
Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse, Berlin, Dietz-Verlag, 1972
Könnemann, Erwin: Berthold, Brigitte, Schulze, Gerhard (Herausgeber). Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, Quellen ausgewählt und bearbeitet. Band I u. II., Glashütten 1971
KPD (Hrsg): Arbeiter, es ist an der Zeit, Düsseldorf 1951
Kuszynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 7a, Berlin 1963
Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5, Berlin, Dietz-Verlag 1966
Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6, Berlin 1964
Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 14, Berlin 1961
Kuczynski, Jürgen: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918-1945, Berlin 1963 = Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 15
Kuczynski, Jürgen: So war es wirklich, Berlin 1966
verpers: Kriegsarbeit der Stadt Bochum 1914-1918, Bochum 1926
Lenin: Gegen den Revisionismus, Dietz-Verlag, Berlin 1959
Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Dietz-Verlag, Berlin 1960

Der erste Roman des Kapp-Putsches

Lenin: Hefte zum Imperialismus, Dietz-Verlag, Berlin 1957
Lucas, Erhard: Märzrevolution 1920, Bd. 3, Verhandlungsversuche und deren Scheitern; Gegenstrategien von Regierung und Militär; Die Niederlage der Aufstandsbewegung; Der weiße Terror, Frankfurt 1978
Lucas, Erhard: Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamborn und im westlichen Ruhrgebiet 1918/19. In: Duisburger Forschungen, Band 15, S. 1-120 Duisburg 1917
Mannschatz, Gerhard/Seider, Josef: Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet 1945-47, o.O.o.J.
Marienfeld, Wolfgang (Hrsg): Konferenzen über Deutschland 2. Teil, Die alliierte Deutschlandplanung und -politik 1941-49, Hannover 1962
Mönnich, Horst: Aufbruch ins Revier, Aufbruch nach Europa, Hoesch 1871-1971. Jubiläumsschrift der Hoesch-AG, München 1971
Mottek, Hans; Becker, Walter; Schröter, Alfred: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Band III
Müller, Richard: Die Novemberrevolution, Berlin 1974, Oktoberdruck
Müller, Richard: Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin 1974, Oktoberdruck
Der Nürnberger Prozeß, Berlin 1958
Peukert: D. Ruhrarbeiter gegen Faschismus, Frankfurt/M, 1976
Reimann, Max: Entscheidungen 1945-56, Frankfurt 1971
Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Wuppertal 1974
Rohlfing, Marga: Dortmunder Schriften zur Sozialforschung. Lohn und Lebenshaltungskosten, Hamburg 1947
Ruge, Wolfgang: Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, Berlin 1962 = Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Reihe 1, Bd. 12
Scheel, Heinrich: Zur Geschichte der Massenkämpfe im 1. Weltkrieg, B[illegible] 1957
Schmidt, Ute/Fichter, Tilmann: Der erzwungene Kapitalismus, Klassenkämpfe in den Westzonen 45-48, Berlin 1971
Spethmann, Hans: Der Ruhrkampf 1923-1925, Volksausgabe, Berlin 1933
derselbe: Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Bd.III. Der Ruhrkampf 1923 bis 1925 in seinen Leitlinien, Berlin 1929
derselbe: Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Bd IV. Der Ruhrkampf 1923 bis 1925. Das Ringen um die Kohle, Berlin 1930
derselbe: Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Bd. V. Der Ruhrkampf 1923 bis 1925 in Bildern. Berlin 1931
Stenkewitz, Kurt: Gegen Bajonett und Dividende. Die politische Krise in Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges, Berlin 1960
Uhlemann, Manfred: Arbeiterjugend gegen Cuno und Poincare, Berlin 1960
Wagner, Johannes Volker (Hrsg.): Deutschland nach dem Krieg. Kapitulation, Neubeginn, Teilung, Bochum 1975
Wiel, Paul: Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets, Essen 1971
ZK des KBW (Hrsg.): Kampf um das Programm der Revolution in Deutschland, Frankfurt 1977
ZK des KBW (Hrsg.): Kommunismus und Klassenkampf. Arbeitsheft 3, Restauration und Ausbau der imperialistischen Unterdrückungsmaschinerie, Mannheim 1976

III. Proletarische Kultur

Reihe Arbeiterbühne, Leipzig, o.J.
Sozialistische Theaterstücke:
Preczany, Töchter der Arbeit (1894)
Krauße, Wieder ein Kämpfer (1894)
Scavola, Der entlarvte Spitzel (1894)
Grünberg, Karl, Brennende Ruhr, Essen, Roman
Kläber, Kurt, Barrikaden an der Ruhr, Erzählungen
Langhoff, W., Die Moorsoldaten, Stuttgart, Roman
Marchwitz, Hans, Sturm auf Essen, Roman

perialisten gegen die Sowjetunion verschaffen dem Faschismus außenpolitisch Spielraum. An der Seite der Völker leistet die Sowjetunion schließlich den entscheidenden Beitrag für die Zerschlagung des Faschismus.

6.10. Nach der Zerschlagung des NAZI-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag. · a) Für die Restauration ihrer Herrschaft brauchte die deutsche Finanzbourgeoisie nicht Demokratie und Frieden, sondern imperialistischen Besatzerschutz und Kalten Krieg. · b) Die Imperialisten, allen voran die US-Imperialisten, waren von vornherein auf die Spaltung Deutschlands aus, um ihre Positionen bei der Beherrschung der Welt auszubauen. Die revolutionäre Sowjetunion hat dagegen den Kampf unterstützt. · c) Gegen den heftigen Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Deutschland bauen die US-Imperialisten Westdeutschland zu einem Brückenkopf gegen die SU aus. Gründung der BRD. · d) Mit dem Farbwechsel der SU wird Deutschland zu einem Zentrum der Rivalität der Supermächte um die Weltherrschaft. Die DDR wird zum Aufmarschgebiet der Truppen der Sozialimperialisten. Die US-Truppen in Westdeutschland bleiben Besatzertruppen. · e) Immer noch ist die Verwirklichung des demokratischen Friedensvertrages eine entscheidende Kampfaufgabe. Im Kampf gegen die Vorherrschaft der beiden Supermächte und im Kampf gegen die Kriegsgefahr kann es Einheit der Volksmassen in beiden deutschen Staaten und in Westberlin geben. Aber nicht „Einheit der Nation", sondern Volkssouveränität in beiden deutschen Staaten und Westberlin ist das Ziel.

7. Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition: 7.01. Die Ministerien des Inneren, der Justiz, der Finanzen und der Wirtschaft · a) Das Bundesministerium des Inneren. „Wehrhafte Demokratie" gegen demokratische Massenbewegungen und die soziale Revolution des Proletariats. Notstandsgesetze, Polizeigesetz, Bundesgrenzschutz, Innere Sicherheit. · b) Das Bundesministerium der Justiz. Justizreform. Auch Zuckerbrot, aber die Peitsche ist die Hauptsache. Ein Jahrhundertwerk der kleinlichen Reaktion. Betriebsverfassungsgesetz zwecks Ausschaltung der Arbeiterklasse aus der Politik. · c) Das Bundesministerium der Finanzen. Mobilisierung und Sammlung aller Gelder der Werktätigen für die Finanzbourgeoisie. Finanzreform, Staatshaushaltssicherungsgesetz, Steuerreform. Der Finanzminister immer an der Strippe der Banken. · d) Das Bundesministerium für Wirtschaft. „Konzertierte Aktion" für kapitalistische Rationalisierung und Lohnsenkung. Weltwirtschaftspolitik ist Voraussetzung für Weltpolitik. Aber die „Ruhe an der Heimatfront" ist der Ausgangspunkt für alles weitere.

7.02. Die Ministerien für Arbeit, Verkehr, Post, Forschung · a) Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Das Arbeitsministerium organisiert die industrielle Reservearmee und bringt sie zum Einsatz. Wer noch schwitzen kann, soll auf den Arbeitsmarkt drücken, wer völlig ausgelaugt ist, soll ins Grab. Arbeitsgesetze und Rentenreform. Das läßt den Mehrwert anschwellen und bringt Geld. · b) Das Bundesministerium für Verkehr. Transportpolitik ist Profitpolitik. Straßen- und Schienennetzausbau für den Handelskrieg und den Krieg mit den Waffen. Der imperialistische Staat braucht Marine und Lufthansa. · c) Das Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen. Mit allen Mitteln das Monopol der Bourgeoisie über die Kommunikationsmittel sichern. Die Postarbeiter sollen wirbeln und die Massen zahlen. · d) Das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Ohne Datentechnik und Energiewirtschaft ist weder der Handelskrieg noch der Krieg mit Waffen zu führen. Die Forschungsprogramme der Bundesregierung zwecks kapitalistischer Rationalisierung.

7.03. Die Ministerien für Bildung, Jugend und Familie, Raumordnung und Ernährung · a) Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Bildungsreform. Mobilmachung unqualifizierter Arbeitskraft. Rekrutierung von Unteroffizieren und Offizieren des Finanzkapitals. · b) Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Das alles soll der Kontrolle des imperialistischen Staates unterworfen sein. Mit dem Elend wächst die Unterdrückung. Das wird organisiert sein. · c) Das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Die Millionenmassen müssen dem Kapital zugriffig bleiben. Raumordnung und Städtebau für Profite und andere Schlachten ... · d) Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Ministerium für Bauernlegen im EG-Maßstab und für Entwertung der Arbeitskraft durch Lebensmittelverschlechterung.

7.04. Die Ministerien für Auswärtiges, Innerdeutsches, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verteidigung · a) Das Auswärtige Amt. Der BRD-Imperialismus braucht die EG als erweiterte Basis, aber es geht um die Welt. Die ist schon aufgeteilt, vor allem unter die Supermächte. Bündnis mit den USA, liebäugeln mit der SU und stets gegen die Völker. Das diplomatische Korps ist eine Sondertruppe der Finanzbourgeoisie, das Auswärtige Amt der Stab. Neue Ostpolitik, Nord-Süd-Konflikt, Mehrpolarität – ob da nicht was zu holen ist? · b) Das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen. Wer will schon auf Millionen Arbeitskräfte verzichten, gar qualifizierte? Das innerdeutsche Ministerium hat seinen guten Sinn. Laut Verfassungsgericht darf die DDR niemals als souveräner Staat anerkannt werden. Deutsch-deutsche Abkommen. · c) Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Kapitalexport will koordiniert und gesichert sein. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit steht in der Tradition des Kolonialministeriums. · d) Das Bundesministerium für Verteidigung. Was wäre die Bourgeoisie ohne Armee. Das Privateigentum will geschützt sein. Große Truppenmassen aus den besitzlosen Klassen sind notwendig. Wie sich gegen die schützen? Wehrpflichtgesetz, Wehrstruktur und Ausbau des Militärapparates. Vorbereitung auf Krieg und Bürgerkrieg.

8. Reihe Europäische Gemeinschaft · a) Die Europäische Gemeinschaft – Ein Treibhaus zur Bauernvernichtung und der Entwicklung des Kapitalismus auf dem Land. · b) „Europa der Menschen". Ein mobiler Arbeitsmarkt und ein finsteres Völkergefängnis. · c) Europäische Rohstoffe und Energiepolitik. · d) Die EG in der imperialistischen Konkurrenz und im Kampf um Einflußsphären. Fortsetzung der Kolonialpolitik mit neuen Mitteln und gegen mächtigere Rivalen.

9. Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales · a) Recht auf Arbeit. Die Gesetzesmaßnahmen des Arbeitsministeriums organisieren das „Recht" der Kapitalistenklasse auf schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft. · b) Mit den Versicherungsgeldern der Arbeiterklasse werden die Arbeitslosen unter Druck gesetzt, um die Lebenshaltung der gesamten Klasse zu senken. · c) Die Sozialversicherungsgesetzgebung: Wer durch die kapitalistische Produktion ruiniert ist, soll sehen, wo er bleibt. So werden die Kassen „saniert". · d) Die Rentensanierung trifft den schwächsten Teil der Arbeiterklasse. Sie soll gespalten und dieser Teil vernichtend geschlagen werden. · e) Der Zivile Ersatzdienst – ausgerichtet nach dem Vorbild des Reichsarbeitsdienstes.

10. Lohnsumme und Lohnsummenverteilung · a) Spalten Festgeldforderungen? Warum die Gesamtlohnsumme zum Ausgangspunkt für die Berechnung einer Lohnforderung genommen werden muß. Methode der Berechnung: Potenzen, Logarithmen, Darstellung einer Lohnverteilung im logarithmischen Maßstab. · b) Es bleibt nichts übrig! Ausgabefähiges Einkommen von Arbeiterhaushalten und ihre Wirkung auf die Lohnverteilung. · c) Die Kapitalisten versuchen zu spalten! Der Dreh mit der Teilzeitarbeit. Entlassungen und Höhergruppierungen. Tariflohn. Tatsächlicher Lohn. Zulagen für Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit. · d) Was vom Bruttolohn übrig bleibt! Das System der Lohnabzüge: Lohnsteuer, Steuerklassen, Freibeträge, Sozialversicherungsbeiträge. · e) Der größtmögliche Betrug! Kombinierte Wirkung von Lohnerhöhung und „kleiner Steuererhöhung". Mit „schräger Spaltung" geht die Regierungssozialdemokratie auf Lohnsenkung. · Anhang: Einführung in die benötigte Mathematik. · 1. Wie erstellt man eine Lohnsummenverteilung. · 2. Abzüge vom Lohn. · 3. Lohnpreiskontenberechnung.

11. Reihe zur Kritik am Reformismus · a) Lassalles „ehernes Lohngesetz" und seine „gerechte Verteilung des Arbeitsertrages" unter „alle Gesellschaftsglieder". Reformistische Theorie zur Verewigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung. · b) Über den „demokratischen Kapitalismus" zum „demokratischen Sozialismus". Bernsteins Revision des Marxismus. · c) „Wirtschaftsdemokratie" und „Aufbau neuer demokratischer Wirtschaftsformen". Naphtalis Programm zur „Mitwirkung" der Arbeiteraristokratie an der Ausbeuterordnung der Monopole. · d) „Gerechter Anteil an der gesamten Leistung des Menschen" – Der „demokratische Sozialismus" entpuppt sich als humanistischer Imperialismus. Das Godesberger Programm der SPD.

12. Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre · a) Bischoff Kettelers „Unmäßigkeit der Arbeiter" – Sozialchristliche Ideologie zur Durchsetzung der schärferen Schweißauspressung. · b) „Rerum Novarum" – Päpstliche Antwort auf die „Soziale Frage". · c) Das Ahlener Programm der CDU – Christlich-Soziales nach dem Zusammenbruch. · d) Kohls Mannschaft stellt die „neue soziale Frage" und gibt die alte Antwort: Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Das Mannheimer Programm der CDU.

13. Kritische Theorie · a) Arbeit macht eindimensional – Die Theorie Herbert Marcuses · b) Dialektik der Aufklärung – oder warum die Entwicklung der Produktivkräfte angeblich in den Abgrund führt. · c) Die Entstehung des Faschismus aus der Familie – Was die Kritische Theorie kritisiert und was nicht. · d) Vom Zins lebt es sich besser als vom Verkauf der Kunst – Adorno und der Warenfetisch. · e) Existenzialismus und christliche Reaktion – die Theorie Heideggers.

14. Reihe Türkei · a) Die Türkei bleibt im Feudalismus stecken. Die Imperialisten machen sich an ihre Verteilung. England, Rußland, Österreich und das Deutsche Reich. · b) 1898. Der deutsche Kaiser turtelt mit dem Sultan. Die Absicht, die Türkei in eine Halbkolonie des Deutschen Reiches zu verwandeln, ist durchsichtig; in der Türkei erstarkt die Bewegung für eine demokratische Revolution. · c) 1905. Das Deutsche Reich nutzt den Expansionsdruck des russischen Zarismus gegen die Türkei aus, um die Türkei in das Bündnis zu zwingen und auszubluten. Krupp macht glänzende Geschäfte; die britischen Imperialisten versuchen, die arabische Nation zu spalten und sich immer tiefer einzunisten. · d) 1923. Die demokratische Revolution des Kemal Atatürk. Die große Oktoberrevolution hat den Kampf gegen den Imperialismus und Feudalismus machtvoll gefördert. Die Politik der Bolschewiki unterscheidet sich grundlegend vom Expansionismus der alten Zaren.

15. Reihe Arabien. Der Kampf für die Einheit der arabischen Nation und für ihre Befreiung. · a) 1956. Die Vereinigte Arabische Republik schlägt mit der Unterstützung der Völker der Welt die Suezintervention zurück. · b) Die Versuche der Imperialisten sich in Nordafrika festzukrallen sind zum Scheitern verurteilt. Die Niederlage der französischen Imperialisten gegen die algerische Befreiungsbewegung war historisch gesetzmäßig. Die Niederlage des Kolonialismus ist unrevidierbar. · c) Die Gründung der PLO 1964, der entscheidende Wendepunkt im Kampf des palästinensischen Volkes. Eröffnung einer neuen Kampffront der Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus. · d) Die Vernichtung der Bar-Lev-Linie 1973, eine große militärische Leistung, die durch die wachsende Bewußtheit der arabischen Volksmassen über die Gesetzmäßigkeit ihres Kampfes möglich geworden ist. Der Oktoberkrieg ein nationaler Verteidigungskrieg. Die historische Rolle des Ölboykotts der OPEC. · e) Der Nahe Osten ist ein Zentrum der Rivalität der beiden Supermächte. Die Instrumente der arabischen Einheit.

16. Reihe Iran · a) 16. Jh. Entstehung des iranischen Staates. Agrarstruktur. Handwerk und Handel. Rolle der schiitischen Geistlichkeit. Schon bald beginnen sich Rußland vom Norden her und England vom Süden her, um den Iran zu raufen. · b) Der iranische Nationalismus entwickelt sich im Kampf gegen das britische und russische Vorherrschaftstreben und gegen die abhängige Zentralregierung. Revolutionäre Bewegung nach 1905. Die Mullas an der Seite des Volkes. · c) Im ersten Weltkrieg versucht der deutsche Imperialismus Fuß zu fassen, aber der britische Imperialismus sichert sich die Vorherrschaft. Die russische Revolution stärkt die national-revolutionäre Bewegung. Befreite Gebiete. Sieg der Pahlevi-Diktatur. Tudeh-Partei. · d) Mit dem II. Weltkrieg verliert der britische Imperialismus seine Vorherrschaft an den US-Imperialismus. Die nationale Befreiungsbewegung nimmt einen neuen Aufschwung. Mossadegh. · e) Entwicklung des Kapitalismus, „weiße Revolution". Die beiden Supermächte verschärfen ihre Rivalität um den Iran. Der US-Imperialismus klammert, die SU sickert ein. Die nationale Befreiungsbewegung sucht erneut die Entscheidung. Zusammensetzung der Klassen des Volkes. Ihre Forderungen.

17. Afrika-Reihe · a) Die afrikanischen Völker haben den Widerstand gegen die europäischen Kolonialmächte nie aufgegeben. Die Hereros im Kampf gegen den deutschen Imperialismus. · b) Die Monokultur ist das Ergebnis des Kolonialismus und Imperialismus. Methoden und Profite der Plantagenwirtschaft. Die vom Land vertriebenen Bauern werden in den Bergwerken umgebracht. Kongo, Rhodesien und Südafrika. · c) Afrika erhebt sich aufs Neue gegen Kolonialismus und Imperialismus. Aber mit der Unabhängigkeit von den alten Kolonialmächten ist der Kampf nicht vorbei. Erst intervenieren die US-Imperialisten, dann folgen die Sozialimperialisten. Von der „Kongo-Krise" zur „Shabakrise". Die alten Kolonialmächte halten auch noch tausend Fäden in der Hand. · d) Einheit der afrikanischen Völker ist Voraussetzung ihrer Unabhängigkeit und Befreiung. Angola. · e) Kampf um Unabhängigkeit ist unaufhaltsam. Durchsichtige Hetze gegen Uganda. Auch gesteuerte Putsche bringen nicht mehr zuverlässige Marionetten hervor. Aber die neudemokratische Revolution ist noch notwendig.

18. Der Aufbau des Sozialismus in der VR China. Eine große Unterstützung für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker. · a) Die chinesische Revolution setzt den Weg fort, den die Große Oktoberrevolution den Völkern des Ostens und allen unterdrückten Völkern eröffnet hatte. Arbeiter-Bauern-Bündnis. · b) Gründung der VR China und Vollendung der neudemokratischen Revolution. · c) Beseitigung des Privateigentums. Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft. Die Landwirtschaft als Basis, die Industrie als führender Faktor. · d) Große Proletarische Kulturrevolution. Ihre Erfolge, ihre Mängel und Fehler. · e) Die vier Modernisierungen, eine neue große Revolution, die die Ausstrahlungskraft der VR China stärkt.

19. Regionale Klassenkämpfe · 19.01 Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein · 19.02 Geschichte der Klassenkämpfe in Hamburg nach 1945 · 19.03 Klassenkämpfe in Berlin nach 1945 · 19.04 Geschichte der Klassenkämpfe im Ruhrgebiet und Rheinland · 19.05 Klassenkämpfe in Bayern

KBW

Kommunistischer Bund Westdeutschland